Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (09.02.2011)

Sand im Getriebe 88

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Dégagez! Partez! Get out! Haut ab!

"Der Mensch ist ein *Ja*…
***Ja* zum Leben.**
***Ja* zum Großmut.**
Aber der Mensch ist auch ein *Nein*.
***Nein* zur Missachtung des Menschen.**
Nein
zur Herabwürdigung des Menschen.
***Nein* zur Ausbeutung des Menschen.**
***Nein* zur Vernichtung dessen,**
was das Menschlichste
am Menschen ist: die Freiheit."
(Frantz Fanon
– Schwarze Haut, weiße Masken)

Revolte oder Revolution? Die arabische Welt befindet sich in Aufruhr. Wie ein Kartenhaus bricht die Heuchelei des Westens in sich zusammen. Seit über seit 30 Jahren werden die dortigen Diktatoren ausgehalten (z.B. mit 1,3 Milliarden US-Waffen jährlich allein für Mubarak und seine Clique), damit sie den Interessen des Westens dienen. Ergebnis: soziale Polarisierung, Korruption und Unterdrückung. Doch jetzt ruft das Volk: **Haut ab!**
Attac Tunesien, jetzt endlich nach 12 Jahren Repression legalisiert, jubelt: *„Nach 29 Tagen hat die Bevölkerung Tunesiens es geschafft, eine soziale und demokratische Revolution in Gang zu setzen und den Diktator Ben Ali loszuwerden. Dies ist ein großartiger Sieg! Dies ist ein großer Tag für uns, den wir mit all jenen teilen wollen, die die globale kapitalistische Ordnung bekämpfen!" ->>*

Tunesien /Ägypten	
Alain Gresh, Le Monde Diplomatique: Die dritte Welle innerhalb der arabischen Welt	**3**
Samir Amin: Der Westen könnte echte Demokratie durch die 'Islamische Alternative' zunichte machen	**5**
German Foreign Policy: Die deutsche Bundesregierung zu Ben Ali = „Ein ausgezeichneter Partner"…	**6**
F. Chamkhi, attac Tunesien: Weshalb muss die Regierung von Mohammad Ghannouchi gestürzt werden?	**7**
Tunesien: Linker Zusammenschluss gebildet - Gründungsdokument der Front 14. Januar	**9**
Französische Gewerkschaft „Solidaires": Die Rolle der Gewerkschaftsbewegung in Tunesien	**10**
Mamdouh Habashi: Mubarak-Nachfolger muss vom Volk legitimiert werden	**11**
DFG-VK u.a.: Waffenexporte nach Ägypten beenden!	**12**
Uri Avnery: Welche Lehren zieht Israel aus dem Aufstand in Ägypten?	**13**

Weltsozialforum	
Alexis Passadakis, Bericht aus dem WSF: Ägypten: von der Revolte zur Politisierung zur Revolution	**13**
Eric Toussaint: Auf dem Weg zum Weltsozialforum in Dakar	**14**
Strategische Bestimmungen	
Attac Österreich: Eine andere Welt gestalten! Ein gutes Leben für alle ermöglichen**!**	**16**
Kampagnen von Attac Frankreich 2011 – Ergebnisse der Vollversammlung, November 2010	**19**
Vielfachkrisen	
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland: Manifest zur Krise des Euro	**24**
Beverly J. Silver/Giovanni Arrighi: Das Ende des langen 20. Jahrhunderts	**29**

Eine Schande dagegen, wie die deutsche Wirtschaft und ihre Regierung die tunesischen und ägyptischen Diktatoren noch bis vor kurzem hofierten und mit Waffen versorgte. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung nannte [Ben Alis] Regime noch vor wenigen Wochen *einen "ausgezeichneten Partner"*.
Alain Gresh sieht drei Wellen eines langen Lernprozesses, in dem sich die Länder des arabischen Raums in einem wechselvollen Prozess aus der imperialen Dominanz des Westens zu lösen versuchen. Die erste Welle war durch den Willen gekennzeichnet, die Kontrollen über die vom Ausland beherrschten nationalen Reichtümer wieder zu erlangen. Eine zweite Welle brachte u. a. autoritäre und neoliberale Regime unterschiedlicher Ausprägung. Die neue, dritte Welle bringt große Herausforderungen. *„Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zu verknüpfen wird eine harte Aufgabe sein, die sicherlich viele Kämpfe benötigen wird.“*
Samir Amin warnt: *„Der Westen könnte echte Demokratie durch die 'Islamische Alternative' zunichte machen“* und bemerkt, *„es ist nicht leicht für ein kleines, sehr verwundbares Land und mit wenigen Ressourcen (kein Erdöl!). Solidarität und Süd – Süd- Kooperation könnten sich als wichtige Alternative erweisen.“*
Wir dokumentieren auch einige Anstrengungen in Tunesien und Ägypten, eine echte politische Alternative zu schaffen.

Auf dem diesjährigen WSF in Afrika (Dakar) stehen die arabischen sozialen Bewegungen im Mittelpunkt des Interesses (Bericht von **Alexis Passadakis**). **Eric Toussaint** benennt Stärken und Schwächen des Weltsozialforums, dieser viel versprechenden Bewegung des neuen Internationalismus. *„Das Forum ist fast der einzige Ort auf der Welt, auf dem Sozialbewegungen, NGOs, linke politische Organisationen und sogar fortschrittliche Regierungen zusammen kommen, und daher bin ich der Auffassung, dass dieser Prozess verstärkt werden muss. Es gibt keine andere Instanz dieser Art“*. Die nächste SiG wird ausführlich berichten.

Attac Österreich hat die Erfahrungen der letzten 10 Jahre ausgewertet und bietet eine erweiterte Programmatik an: *“Wenn wir allen Menschen das Recht auf ein gutes Leben zugestehen, ist ein „Weiter wie bisher“ nicht möglich. Wir müssen die Art und Weise, wie, für wen und wofür wir produzieren und wie wir konsumieren, gänzlich umgestalten und an Zielen und Prinzipien orientieren, die aus sozialer, ökologischer und demokratischer Perspektive dem Gemeinwohl dienen.*“ Dazu wird eine Reihe von Transformationspfaden aufgezeichnet.
Die Vollversammlung von **attac Frankreich** hat - neben der Fortführung der Kämpfe um soziale Forderungen - mehrere Schwerpunkte der Aktivitäten im Jahr 2011 bestimmt, u. a. soll eine internationale Kampagne gegen die G8- und G20-Gipfel in Frankreich organisiert werden. Die Strukturprobleme der EU sollen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden – das sei besonders dringlich angesichts *„der zunehmenden Widersprüche innerhalb Europas und des Aufstieges der extremen Rechte, die das Fehlen einer klare politischen Perspektive zur Lösung der Krise ausnutzt“*. Breite Zustimmung fand auch die Resolution *„Aktionen für Frieden und Abrüstung“*, denn *„ein konsequenter und stimmiger Einsatz für die Überwindung des Kapitalismus erfordert nicht nur den Kampf gegen die Finanzdiktatur und für die Rettung der Umwelt zu führen, sondern auch sich mehr denn je für den Frieden einzusetzen.“* Das bedeutet u. a. *„die „Auflösung der NATO“* einzufordern.

Mitglieder des **Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland** haben ein Manifest zur aktuellen Krise des EURO formuliert. Es wird auf die *„gefährliche Dynamik“* hingewiesen *„von der Schuldenkrise der Privaten zur Schuldenkrise der Staaten, zur Währungskrise, zur geopolitischen Auseinandersetzung.“* Sie stellen fest: *„Der Euro ist im Jahr 2011 eine europäische Realität, die gegen die destruktiven Tendenzen der Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise gestützt werden muss, um das Abrutschen in ein ökonomisches Chaos... zu verhindern, das unfriedlich enden könnte“*. Nötig ist also eine radikale alternative Politik, u. a. eine Änderung des Lissabon-Vertrages, eine konsequente Umverteilung durch ein progressives Steuersystem, die Umschichtungen der Ausgaben (weg von Rüstungsausgaben und unsinnigen Großprojekten, siehe S21) sowie eine generelle Überprüfung der Legitimität der aufgelaufenen Schulden.
Résumé: *„Die Finanzmärkte liegen wie ein Alp auf den sozialen Systemen in aller Welt, und so auch in Europa.. .Der Euro wird durch diejenigen in Gefahr gebracht, die vorgeben, seine Retter zu sein.“*

Beverly Silver und **Giovanni Arrighi** bezeichnen das aktuelle Weltsystem **nicht** als Finanzmarktkapitalismus. Vielmehr entdecken sie in den letzten 500 Jahren ein wiederkehrendes Muster vom Aufstieg und Niedergang imperialer Mächte, in dem die Finanzialisierung **nur eine Phase** im **Abstieg** der jeweils dominierenden Macht ist. Noch vor 20 Jahren glaubten viele an ein *„zweites amerikanisches Jahrhundert“*. Davon spricht heute niemand mehr. Generell sehen sie keine Zukunft für das westlich-kapitalistische Entwicklungsmodell: *„Der Aufstieg des Westens beruhte auf einem ökologisch nicht tragbaren Modell, das nur solange funktionieren konnte, wie die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung von diesem Entwicklungspfad ausgeschlossen blieb.“* Vieles ist noch nicht erkennbar am neuen Zeitalter:*„Der »globale Nebel« hat sich nicht gelichtet“*. Soviel ist aber sicher: Die durch den globalen Kapitalismus Ausgeschlossenen und Marginalisierten lassen sich dieses System nicht mehr bieten. Sie proben den Aufstand.

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken gedruckte Exemplare von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Alain Gresh, Le Monde Diplomatique

Die dritte Welle

innerhalb der arabischen Welt

„Auf, Kinder des Vaterlands! Der Tag des Ruhms ist da!“ An diesem 14.Juli werden die Bewohner per Radio mit der „Marseillaise“ geweckt. Die Menschen strömen auf die Straßen und rufen: „Es lebe die Republik!“, „Tod dem König“. Sie wissen noch nicht, dass der Monarch und ein Teil seiner Familie exekutiert worden sind. Am Abend liest der große Dichter Abdel Wahhab Bayati vor der amerikanischen Botschaft ein Gedicht vor:

„*Fanfare für die Helden*“:
„In meiner Heimat erhebt sich die Sonne
Und die Fanfaren ertönen für die Helden,
Oh, viel Geliebte, erwachet,
Denn wir sind frei wie das Feuer,
Frei wie der Vogel und wie der Tag.“

Bagdad 1958. Die Armee hat soeben die Macht ergriffen, aber es handelt sich bei weitem nicht um einen traditionellen Staatsstreich. Die Menschenmassen, die auf die Straßen strömen, unterstützen das neue Regime vehement. Sie begrüßen die Isolierung der pro-westlichen Monarchie, die nach dem ersten Weltkrieg mit den Bajonetten Britanniens eingesetzt worden war. Zu dieser Zeit hatten sich Großbritannien und Frankreich den Nahen Osten aufgeteilt und dazu willkürliche Grenzen gezogen. Paris erhält ein Mandat für das, was dann Libanon und Syrien wird. London kontrolliert Palästina, Transjordanien und Irak.

In den dreißiger Jahren und erneut nach dem zweiten Weltkrieg organisieren sich in diesen Ländern mächtige nationalistische Bewegungen gegen die Kolonialherrschaft. Die irakische Revolution von 1958 bildet den Höhepunkt dieser Welle, die den ganzen Nahen Osten und den Maghreb erschüttert. Sie fällt aber mit der arabischen Niederlage durch Israel in sich zusammen.

Die zweite Welle ist gekennzeichnet vor allem durch militärische Staatsstreiche und durch den Beginn einer Periode der tiefen Stagnation der arabischen Welt. Diese Periode wird nun zu Anfang des Jahres 2011 durch die von den Tunesiern eingeleitete Bewegung erschüttert.

Die erste Welle

Mehrere Ereignisse kennzeichnen diese Welle. Die „Freien Offiziere“ unter Leitung von Gamal Abdel Nasser erobern am 23.6.1952 die Macht in Kairo. Die algerische Revolution beginnt am 1.11.1954. Marokko und Tunesien werden unabhängig. In Jordanien gibt es riesige Demonstrationen gegen das Regime vom König Hussein. In Saudi-Arabien gibt es soziale Bewegungen und Putschversuche. Von Kairo aus ermuntert der Radiosender „Die Arabische Stimme“ diese Bewegungen, die 1958 zur Bildung der „Vereinigten Arabischen Republik“ (VAR) führten. Am 14. Juli dieses Jahres stürzen Offiziere die irakische Monarchie. 1962 findet in Jemen das gleiche Szenario wie im Irak statt, während sich der Kampf gegen die Briten intensiviert, und zwar um Aden herum und um das, was später Jemen wird.

Diese Welle ist auch durch den Willen gekennzeichnet, die Kontrollen über die vom Ausland beherrschten nationalen Reichtümer wiederzuerlangen. Nasser verstaatlicht die Suez-Kanal-Gesellschaft im Juni 1956. Der Versuch der iranischen Mossadegh-Regierung, das Erdöl dieses Landes zu kontrollieren, scheiterte nach dem Umsturz, den Washington und London 1953 inszenierten. Trotzdem verbreitet und verstärkt sich der Ruf nach der Kontrolle über das schwarze Gold.

Diese nationalistische Welle wird nicht nur von den traditionellen Kolonialmächten abgelehnt, sondern auch von den USA. Diese sind zwar nicht unzufrieden über die britischen und französischen Schwierigkeiten, aber sie akzeptieren den

Unabhängigkeitswillen der neuen Regime nicht. Vor allem akzeptieren sie nicht die Weigerung dieser Länder, sich antisowjetischen Abkommen anzuschließen. Trotz einiger Schwankungen bekämpft Washington diese Unabhängigkeitsbestrebungen. Es wird daher zur Zielscheibe der Nationalisten, die sich Moskau annähern. Historische Untersuchungen haben auf die ständigen Befürchtungen des Westens gegenüber der Sowjetunion hingewiesen – überall im Nahen Osten wird die „Hand Moskaus" gesehen. Diese Untersuchungen haben auch gezeigt, wie realitätsfern diese Angst war. Sie hatte allerdings verheerende Folgen, denn sie brachte den Westen dazu, die nationalistischen Bewegungen mit allen Mitteln zu schwächen, bis hin zur Unterstützung der reaktionärsten islamistischen Bewegungen.

Roger Louis und Owen Roger (1) berichten über die Ereignisse des Jahres 1958 und die falsche Interpretation durch den Westen: Umsturz der irakischen Monarchie; militärische Landung des USA im Libanon; Intervention von britischen Fallschirmjägern in Jordanien.

Diese erste Welle fällt mit der arabischen Niederlage im Krieg von 1967 in sich zusammen. Die Gründe dieses Scheiterns sind vielfältig: westliche Interventionen; Unfähigkeit der neuen Regime, eine wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land einzuleiten; zunehmend autoritäre Verhältnisse, begründet mit der Ablehnung der „parlamentarischen Demokratie", begleitet von einer Disziplinierung der Gewerkschaften, Einparteiensystemen sowie zunehmender Einschränkung der Meinungsfreiheit.(2)

Zweite Welle (1967-2010)

Diese zweite Welle ist eine Reaktion auf die Niederlage von 1967: Machtergreifung 1968 durch die Baath-Partei in Bagdad; 1970 durch Hafez El-Assad in Syrien, 1969 durch Gaddafi in Libyen und Numeiri im Sudan. Im Südjemen, das im November 1967 unabhängig wurde, siegt im Juni 1969 der marxistische Flügel der Nationalen Befreiungsfront. In den anderen Ländern konsolidieren sich die konservativen Regierungen, sowohl in Saudi-Arabien als auch in Marokko.

In dieser Zeit beginnt auch die wirtschaftliche Öffnung (Infitah) und jeder Versuch eines sozialistischen Weges der Entwicklung wird aufgegeben. Hingegen können alle Länder ihren Erdölreichtum wieder kontrollieren, meistens durch Verstaatlichungen. Saudi-Arabien profitiert davon am meisten und erringt zunehmend eine regionale Rolle zum Nachteil seiner Rivalen. Es zeigt sich allerdings, dass diese Reichtümer sich mehr als ein Fluch für diese Länder erweisen als dass sie ein wirksames Mittel zur Entwicklung sind.

Dieser Zeitraum von 1967-2010 hat folgende Merkmale:

* Absicherung der autoritären Regierungen, seien sie republikanisch oder monarchisch, die bestenfalls nur eine genehme Opposition ertragen;
* ständige Begrenzung der individuellen und Bürgerrechte, nicht nur in Hinblick auf die Meinungsfreiheit, sondern auch in Bezug auf ein Leben in Würde statt eines Lebens in Willkür und Unterdrückung durch einen willfährigen Polizei- und Justizapparat;
* Kontrolle der Wirtschaft durch eine kleine Minderheit, die sich im Schutze der Regierung bereichert bei gleichzeitiger Verstärkung der Ungleichheiten und der Armut;
* starkes Wachstum der Bevölkerung, so dass Millionen von jungen Menschen sich auf dem Arbeitsmarkt befinden und keine Perspektiven haben außer der Auswanderung in die Golfstaaten oder nach Europa;
* Fortsetzung der Besatzung Palästinas und der Unterdrückung der Palästinenser bei gleichzeitiger Lähmung der bestehenden Regierungen gegenüber den israelischen Angriffen, insbesondere gegen Gaza im Winter 2008/9 (3).
* Das Verbot aller Demonstrationen für die Palästinenser während dieser Ereignisse ist bezeichnend für diese Politik und für die Angst der Regime, dass diese Demonstrationen sich gegen sie wenden könnten. Diese Regime verlieren somit den Vorteil des nationalistischen Diskurses des Kampfes gegen den israelischen Feind. Sie erscheinen immer mehr als Komplizen;
* aufkommende Globalisierung der Information mit Satellitensendern wie Al Jazeera und dem Internet.

Dritte Welle

Man weiß nie, warum Revolutionen zu einem bestimmten Zeitpunkt ausbrechen. Die hier beschriebenen Bestandteile gibt es seit Jahren. Der Funke ist jedoch – wie häufig – von einem relativ „unbedeutenden" Ereignis ausgegangen. Ein junger Mann hat sich geopfert. Dieses Ereignis hat unerwarteter Weise die Tunesier aus verschiedenen sozialen und politischen Gruppen vereint. Die direkte Übertragung dieser Ereignisse durch die Satellitensender haben in der ganzen arabischen Welt begreifbar gemacht, was einige Wochen davor noch unmöglich erschien: die bestehenden Regime sind nicht ewig, sie können umgestürzt werden. Jetzt weht ein Wind der Freiheit durch die arabische Welt (4).

Es ist noch zu früh, um zu wissen, wie stark dieser Wind sein wird und welche Regime er hinwegfegen wird. Aber man kann schon voraussehen, dass es für diese Regime nicht mehr möglich sein wird, so wie früher zu regieren, und dass sie nicht mehr diese „arabische Besonderheit" in der Welt aufrechterhalten können. Die Erklärungen des Königs Abdallah von Saudi-Arabien oder von Mahmut Abbas zugunsten des Präsidenten Mubarak werden daran nichts ändern.

Aber die künftigen Herausforderungen sind nicht gering: Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zu verknüpfen wird eine harte Aufgabe sein, die sicherlich viele Kämpfe benötigen wird.

(1) Siehe zur Geschichte http://www.ibtauris.com/Books/Humanities/History/Regional%20%20national%20history/Asian%20history/Middle%20Eastern%20history/A%20Revolutionary%20Year%20The%20Middle%20East%20in%201958.aspx?menuitem={E8ADA562-D7CD-4449-901D-558593EBFA74}

(2) Monde Diplomatique http://blog.mondediplo.net/2010-09-27-Nasser-quarante-ans-apres

(3) http://blog.mondediplo.net/2008-12-28-Gaza-choc-et-effroi

(4) http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2011-01-28-Egypte

Übersetzung: Redaktion von „Sand im Getriebe"

Quelle: http://www.monde-diplomatique.fr/index/pays/egypte

Blog von Alain Gresh: http://blog.mondediplo.net/-Nouvelles-d-Orient-

Tunesien: Eine soziale und demokratische Revolution ist in Gange!

Pressemitteilung von Attac Tunesien und von CADTM Tunesien (Komitee zur Abschaffung der Schulden der dritten Welt) vom 15. Januar.

Die Bevölkerung von Tunesien hat soeben auf spektakuläre Weise die politische Bühne betreten! Nach 29 Tagen hat sie es geschafft, eine soziale und demokratische Revolution in Gang zu setzen und den Diktator Ben Ali loszuwerden. Dies ist ein großartiger Sieg! Dies ist ein großer Tag für uns, den wir mit all jenen teilen wollen, die die globale kapitalistische Ordnung bekämpfen! Am wichtigsten ist, dass wir unsere Würde und unseren Stolz wieder hergestellt haben, die lange Zeit durch die Diktatur besudelt und verhöhnt wurden. Nun müssen wir ein neues, ein freies, demokratisches und soziales Tunesien aufbauen.

Samir Amin

Tunesien: Der Westen könnte echte Demokratie durch die 'Islamische Alternative' zunichte machen

Professor Samir Amin, angesehener politischer Denker, Ökonom und Schriftsteller gibt seine Einschätzung der Entwicklungen in Tunesien in einem Interview mit dem Magazin Aydinlik wieder. (...) Wir geben hier eine grobe Zusammenfassung des Interviews mit Amin, der unsere Fragen per Telefon in Dakar beantwortete.

Die Volksbewegung

AYDINLIK: Wie siehst du die Bewegung in Tunesien?
SAMIR AMIN: Die Ereignisse in Tunesien müssen als sehr starke Erhebung einer Volksbewegung, als allgemeiner Aufstand gesehen werden. Etwa 80 % der Bevölkerung des Landes waren überall und auch in der Hauptstadt seit 45 Tagen auf den Straßen und machen immer noch weiter. Sie führten ihre Proteste trotz der Repression durch und gaben nicht auf. Diese Bewegung hat politische, soziale und ökonomische Dimensionen. Das Ben Ali Regime war eins der repressivsten Polizeiregime der Welt. Tausende Menschen wurden in Tunesien ermordet, verhaftet, gefoltert, aber der beste Freund der westlichen Mächte ließ diese Tatsachen niemals bekannt werden. Das Volk von Tunesien erwartet Demokratie und Respekt seiner Rechte.

Ökonomische und soziale Faktoren spielten auch beim Aufstand des Volkes eine Rolle. Das Land hat eine ständig wachsende Arbeitslosigkeit erfahren, besonders unter der Jugend und gut ausgebildeter Leute. Der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung ist gesunken, trotz des wachsenden, von der Weltbank und internationalen Agenturen gepriesenen Steigens des Bruttonationalprodukts. Das erklärt die zunehmende Ungleichheit. Der Einfluss einer Mafiaähnlichen Organisation ist ein anderer wichtiger Faktor. Das System wurde zum beinahe ausschließlichen Nutzen der Ben Ali Familie und ihrer Organisation ausgenutzt.

Es gibt einen weiteren sehr interessanten Aspekt der Bewegung. Der islamische Einfluss spielte bei dem Aufstand keine Rolle. Tunesien ist wirklich ein säkulares Land. Den Leuten gelingt es, Religion und Politik auseinander zu halten. Das ist sehr wichtig und positiv. Es wurde gesagt, dass Ben Ali das Land vor den fundamentalistischen Moslems beschützte. Er benutzte dieses Argument sehr effektiv seit vielen Jahren. In Wirklichkeit war es nicht Ben Ali, sondern das Volk, das das Land vor den Fundamentalisten schützte.

Die Tatsache, dass die Armee nicht gegen das Volk vorging, gab dem Volk auf den Straßen Kraft. Die Ben Ali Regierung gab Unterstützung und Geld der Polizei, nicht der Armee. Daher spielte die Polizei so eine wichtige Rolle bei der Unterdrückung in den Ereignissen der Vergangenheit.

Es ist nicht leicht, Demokratie und eine säkulare Regierung in Tunesien zu errichten

AYDINLIK: Wer oder welche Macht lenkt diese Bewegung?
AMIN: Ich will betonen, dass diese Bewegung nicht zu einer bestimmten Gruppe des Volkes gehört. Dies ist eine allgemeine Volksbewegung. Es stecken keine fremden Mächte oder Gruppen dahinter. Dem Wesen nach ist sie sozial. Es muss jedoch gesagt werden, dass die westlichen Mächte versuchen werden, eine islamische Alternative zu schaffen und versuchen werden, eine Bewegung solcher Art zu unterstützen, um eine wirklich demokratische Alternative zu verhindern. Sie haben damit schon begonnen, indem sie im Lande wieder die Sprache 'Saudi Arabiens' einführten, wie manche Kommentatoren aus der tunesischen Bevölkerung es bereits nannten.

Es ist sehr schwierig zu erraten, was die Zukunft für das Land bereit hält. Gewiss wird es nicht leicht sein, ein demokratisches und säkulares Regime zu errichten. Im besten Falle also eine vom Volk unterstützte demokratische Regierung, (was absolut nicht sicher ist), und eine solche Regierung würde mit wirtschaftlichen und sozialen Forderungen konfrontiert werden. Wie kann man diese Demokratisierung der politischen Führung mit sozialem Fortschritt verbinden? Das ist nicht leicht. Tunesiens zeitweiliger 'Erfolg' beruhte auf drei Quellen: Verlegung einiger Leichtindustrien aus Europa, Tourismus und Massenmigration nach Libyen und Europa. Jetzt haben diese drei Kanäle ihren Höchstpunkt erreicht und gehen sogar zurück. Welche Methoden könnten sie ersetzen? Das ist nicht leicht für ein kleines, sehr verwundbares Land und mit wenigen Ressourcen (kein Erdöl!). Solidarität und Süd – Süd- Kooperation könnten sich als wichtige Alternative erweisen. Die westlichen Mächte werden alles tun, um ein demokratisches Regime in dieser Hinsicht scheitern zu lassen, um somit Bedingungen zu schaffen für eine falsche 'islamische Alternative', Typ 'gemäßigt'. (...)

Übersetzt von Einar Schlereth
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=3638

auch von Samir Amin:
Welche Bewegungen gibt es in **Ägypten**?
http://www.zmag.de/artikel/welche-bewegungen-gibt-es-in-aegypten
„Mubarak hat das politische Islam in sein System integriert: http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article20153

German Foreign Policy

Die deutsche Bundesregierung zu Ben Ali = „*Ein ausgezeichneter Partner*“...

18.01.2011 TUNIS/BERLIN –
(...) Ben Ali, den Berlin heute verteufelt, um nach seinem Sturz in Tunis Einfluss behaupten zu können, wurde von der deutschen Wirtschaftspresse vor nicht allzu langer Zeit als "milder Diktator" gelobt.

Verlängerte Werkbank
Mit dem Regime des jetzt gestürzten tunesischen Staatspräsidenten Zine el-Abidine Ben Ali waren Berlin und deutsche Unternehmen in den letzten 20 Jahren gewöhnlich eng verbunden. Einige Bedeutung besitzt Tunesien für die deutsche Industrie - als verlängerte Werkbank. Deutschland ist drittgrößter Handelspartner Tunesiens. Es lässt insbesondere industrielle Vorprodukte in das Land einführen, die dort weiterverarbeitet werden - oft von Firmen mit deutscher Beteiligung -, um dem Konsum in Deutschland zugeleitet zu werden.
Als klassisches Beispiel gilt die Textilindustrie, die Materialien importiert und sie in Tunesien zu Niedrigstlöhnen weiterverarbeiten lässt. Auf solche Durchlaufbetriebe entfallen rund 40 Prozent der tunesischen Einfuhren aus Deutschland sowie 80 Prozent der Exporte in die Bundesrepublik. *"Tunesien ist der bedeutendste deutsche Exportpartner unter den Maghreb-Ländern*", schreibt das Auswärtige Amt über die ökonomische Handlangerrolle des nordafrikanischen Staates.[1] Gleichzeitig ist Deutschland der viertgrößte Auslandsinvestor in Tunesien: In dem nordafrikanischen Land sind mehr als 250 meist exportorientierte Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung aktiv; bekannt ist etwa der Standort des Automobilzulieferers Leoni, der rund 12.000 Tunesier für deutsche Gewinne arbeiten lässt.

Hungerlöhne
Über die Ursachen der Beliebtheit Tunesiens bei deutschen Managern berichtete die bundeseigene Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (gtai) exemplarisch im Jahr 2008. Damals war bei gtai zu lesen [2], *"die Lohnkosten in Tunesien" lägen "im internationalen Vergleich am unteren Ende der Skala".* Nur einige Länder in Ostasien wiesen *"ein niedrigeres Lohnniveau*" auf; selbst "*in Marokko und der Türkei*" müssten "*höhere Löhne gezahlt werden*". Damit sind die Armutszustände recht präzise beschrieben, die - in Verbindung mit für deutsche Firmen offenbar nicht schädlicher Korruption - nun die Revolte gegen das Regime von Staatspräsident Ben Ali ausgelöst haben. "*Ein aufgeklärtes Land mit liberaler Wirtschaftsordnung*" sei Tunesien, lobte die Wirtschaftspresse vor Jahren angesichts der Hungerlöhne; es profiliere sich so "*als Standort für industrielle Investoren*". Maßgeblich verantwortlich für die lukrativen Bedingungen sei der "*milde Diktator*" Ben Ali.[3]

Nicht ernst gemeint
Tatsächlich sorgte Ben Ali dafür, dass sein Land europäischen Unternehmen gewinnbringend zur Verfügung stand. Unter seiner Regierung schloss Tunis im Jahr 1995 ein Assoziationsabkommen mit Brüssel, näherte sich danach der EU handelspolitisch weiter an und trat 2008 in eine Freihandelszone mit Europa ein - als erstes Land in Nordafrika. Dabei half auch die deutsche Entwicklungspolitik, die sich dem Auswärtigem Amt zufolge die "*Modernisierung der tunesischen Wirtschaft*" auf die Fahnen schrieb - zwecks "Vorbereitung" des Landes "auf die Zollunion mit der EU".[4]
Auch in der Migrationsabwehr erfüllte Ben Alis Regierung gewöhnlich Europas Wünsche, nicht zuletzt mit einigen gebrauchten Marine-Schnellbooten, die Tunis im Jahr 2005 der deutschen Kriegsmarine abkaufte. Lediglich Menschenrechtsorganisationen protestierten. Es gebe im Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Tunesien eine Klausel, die theoretisch die Achtung der Menschenrechte vorschreibe, erinnerte Amnesty International im Jahr 2006: "*Wenn die EU diesen Passus wirklich ernst nähme*", hätte sie das Abkommen mit Tunesien längst "*kündigen*" müssen.[5]

Kein Anspruch auf Hilfe
(...) Selbst wenn man die Bundesregierung mit Vorwürfen konfrontiere, denen zufolge die tunesischen Repressionsapparate folterten, bekomme man lediglich zu hören, "*dass die tunesische Regierung die Vorgänge anders darstellt*", berichtete der Journalist Marc Thörner im Herbst 2005 im Gespräch mit dieser Redaktion. Thörner selbst war im Jahr 2003 bei der Recherche in Tunesien illegaler Polizeirepression ausgesetzt. Als er die deutsche Botschaft als deutscher Staatsbürger um Unterstützung bat, erhielt er die Auskunft, er habe sich den Behörden des Landes zu fügen - einen Anspruch auf Hilfe durch die Botschaft habe er keinesfalls.[6] Oberster Dienstherr der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik war damals Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen). Änderungen in seiner Tunesien-Politik nahm Berlin bis Jahresende 2010 nicht vor. Als etwa im November 2010 eine hochrangige Parlamentarierdelegation aus Tunis die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin besuchte - unter der Leitung eines auch für "Menschenrechte" zuständigen Ausschussvorsitzenden -, da nannte der stellvertretende Generalsekretär der deutschen Stiftung Ben Alis Tunesien einen "*ausgezeichneten Partner*".[7]

Grotesk
Mit einer grotesken Volte sucht Berlin sich nun von seinem gestürzten Partner Ben Ali abzusetzen. Schon am Wochenende verkündete die Kanzlerin - auch Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, die den tunesischen Repressionsstaat soeben noch gelobt hatte -, es sei nun "*unabdingbar, die Menschenrechte zu respektieren, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit zu garantieren*". Die EU und insbesondere Deutschland stünden selbstverständlich bereit, "*bei einem solchen Neuanfang unterstützend zur Seite zu stehen*".[8]
Der Außenminister, dessen Behörde zuvor selbst Journalisten aus Deutschland im Stich gelassen hatte, die von den tunesischen Repressionsapparaten bedrängt wurden, teilt nun mit, Tunesien brauche "*einen nachhaltigen und dauerhaften Reformkurs*".[9] Dass seine Behörde gewisse Schwierigkeiten hat, den Sturz ihres langjährigen Verbündeten in Tunis zu verarbeiten, zeigt ein Blick auf die aktuellen Informationen des Auswärtigen Amts über Tunesien. Dort findet sich - Stand: August 2010 - die Feststellung: "*Die Beziehungen zwischen Deutschland und Tunesien sind gut und intensiv.*"[10] Über die Menschenrechtslage in dem nordafrikanischen Repressionsstaat heißt es, zwar gebe es "*in der Praxis*" gewisse "*Defizite*". Pessimismus sei jedoch unangebracht: "*Die Verfassung garantiert die Menschenrechte und eine unabhängige Justiz.*"[11]

[1] Beziehungen zu Deutschland; www.auswaertiges-amt.de August 2010
[2] Lohn- und Lohnnebenkosten - Tunesien; www.gtai.de 28.03.2008
[3] Milder Diktator; www.wiwo.de 03.06.2006
[4] Beziehungen zu Deutschland; www.auswaertiges-amt.de August 2010
[5] Nichts hören, nichts sehen; AI-Journal April 2006
[6] s. dazu Interview mit Marc Thörner
[7] Ausgezeichnete Partnerschaft stärker in Wert setzen; www.kas.de 11.11.2010
[8] Bundeskanzlerin Merkel zur Lage in Tunesien; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 15.01.2011
[9] Bundesaußenminister Westerwelle begrüßt Bildung einer Regierung der nationalen Einheit in Tunesien; Pressemitteilung des Auswärtigen Amts 17.01.2011
[10] Beziehungen zu Deutschland; www.auswaertiges-amt.de August 2010
[11] Innenpolitik; www.auswaertiges-amt.de August 2010
http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/57986

Fathi Chamkhi, attac Tunesien

Weshalb muss die Regierung von Mohammad Ghannouchi gestürzt werden?

In Tunesien wie in Ägypten haben die Aufstände einiges errungen, wie die Freilassung von (der?) politischen Gefangenen, die Aufhebung der Zensur (teilweise!!), einige Verbesserungen im sozialen Bereich – eine Bilanzierung steht noch aus. Es gibt auch –vereinzelte und schwache – Formen der Doppelherrschaft durch die gegründeten Komitees. Bis heute (7.2.) ist aber in beiden Ländern immer noch eine Regierung an der Macht, die von den Aufständischen nicht anerkannt wird. Fathi Chamkhis Text ist vom 19. Januar. Mit dem Bericht über die „Karawane der Freiheit", über die Bildung der linken „Front des 14. Januars" und über die Bündnisverhandlungen zwischen den oppositionellen Kräften möchten wir die Anstrengungen dakumentieren, eine echte politische Alternative zu schaffen.

Tunis, 19.01.11.

Die Regierung, die am 14. Januar in Tunesien, direkt nach der Amtsenthebung von Ben Ali ausgerufen wurde, und deren Vorsitz Mohammad Ghannouchi innehat, ist keine siegreiche Revolutionsregierung sondern politischer Ausdruck einer lokalen Bourgeoisie und ihrer Herren - die globale Bourgeoisie.

Wir fordern den Sturz der Regierung von M. Ghannouchi aus den folgenden Gründen:

Wer ist Mohammad Ghannouchi?

Er wurde 1975 von Bourguiba zum leitenden Plandirektor ernannt und erschien am 27. Oktober 1987 zum ersten Mal als gewählter Minister von Premierminister Ben Ali. Schließlich wurde er von Ben Ali nach dem Staatsstreich vom 7. November im Juli 1988 zum Planminister berufen. In mehreren Ministerposten hat Ghannouchi sich an der Ausarbeitung und Umsetzung einer neoliberalen kapitalistischen Politik beteiligt. Neben seiner Aufgabe als Planminister war er mit dem Ressort Wirtschaft und Finanzen betraut.

1992 ernannte ihn Ben Ali zum Minister für internationale Zusammenarbeit und Auslandsinvestitionen. Er führte also die Verhandlungen mit den internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) über die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Regimes von Ben Ali. Nach seiner Benennung als Premierminister im November 1999 war er für deren Umsetzung verantwortlich. Auf Kosten der Interessen der Mehrheit verfolgte er seine Aufgabe mit solcher Hingabe, dass die Regierung von Ben Ali in internationalen Finanzkreisen als vorbildlich bezeichnet wurde.

Bis zum Sturz Ben Ali's und dessen Flucht aus Tunesien war er Premierminister. Ghannouchi blieb, um die revolutionären Wellen des Volkes zu glätten und es daran hindern, die Grundpfeiler des etablierten Systems zu erschüttern.

Auf politischer Ebene ist Mohammad Ghannouchi seit seiner Jugend Mitglied der konstitutionellen Versammlung und deren neuen Formierung der demokratischen konstitutionellen Versammlung (RCD. Er wurde dann zum Vizepräsident dieser Partei.

Ghannouchi vereinigt also alles in sich, was das etablierte System auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene ausmacht: Die grausame kapitalistische Ausbeutung der einheimischen Arbeitnehmer, die Zerschlagung des Sozialsystems, die Unterdrückung durch die Polizeigewalt und die Erniedrigung des tunesischen Volkes.

1. Die demokratische Frage:

Ghannouchi ist auch seit 2002 Mitglied des Politbüros der Partei RCD, die das Land dominiert, Menschen unterdrückt, gefoltert, verschleppt und terrorisiert hat, die Mut bewiesen haben und sich der Willkürherrschaft entgegen stellten.
Diese Partei hat Bestechungen und Korruption in der Gesellschaft und in allen Staatsinstitutionen verankert.

Die Herrschaft von Ben Ali ist allgegenwärtig, auch nach dem Sturz des Tyrannen und dessen Flucht aus dem Land. Der Beweis dafür: Der Apparat des Innenministeriums, der immer treu über die Sicherheit von Ben Ali gewacht hat.
Am 14. Januar wurden auf Befehl von Ben Ali die Polizeikräfte von Innenminister Frey's mobilisiert, das dem Premierminister unterstellt ist, um eine friedliche Demonstration des Volkes brutal aufzulösen. Dieselben Kräfte lösten am 18. Januar den friedlichen Marsch gegen die Regierung von Ghannouchi und dessen Innenminister Frey's mit gleicher Brutalität auf.

Das friedliche Demonstrationsrecht ist eines der wichtigsten politischen Rechte, ein Recht, von dem die Masse des Volkes in der gesamten Zeit, in der Ben Ali und Ghannouchi regierten, nie Gebrauch gemacht haben, mit Ausnahme von sehr seltenen und begrenzten Fällen.

Die Freiheit, die sich hier und da zaghaft entwickelt, der vorsichtige Beginn der Wiedererlangung der Rede- und Kritikfreiheit, das alles ist *gegen* die Tyrannen errungen worden. Diejenigen, die weiterhin die Feinde der Freiheit sind, und deren Verbündete haben nicht das Recht, sich hinter den zaghaften Errungenschaften zu verstecken, um die illegitime Regierung von Ghannouchi zu rechtfertigen.

Die heutige Legitimität nach dem Losbrechen der Revolution ist nicht diejenige, die sich auf die Verfassung oder die ungerechten Gesetze von Ben Ali stützt, wie es diejenigen betonen, die sich an den Überbleibseln des gestürzten Regimes festhalten. Die Legitimität stützt sich heute auf die Revolution, also auf das Volk, das solange auf den Straßen demonstriert, bis die Verfassung und neue Gesetze formuliert sind. Das neue demokratische und soziale Tunesien, das das Volk anstrebt, muss auf diese Elemente aufbauen.

Ghannouchi hat immer nur dem Weltkapitalismus gehorcht und gedient und sich um seine Interessen in Tunesien gekümmert. Diese Interessen widersprechen dem nationalen Interesse. Er hat dafür gesorgt, dass sich dieser Kapitalismus im öffentlichen Sektor breit gemacht hat, denn das Privatisierungskomitee unterstand direkt seiner Leitung. Er hat den Verkauf der Zementfabriken an italienische, portugiesische und spanische Unternehmen geleitet… um nur einige aus dieser langen Liste zu nennen. Das Weltkapital und insbesondere das europäische hat es geschafft, zwei Drittel dessen aufzukaufen, was privatisiert wurde, obwohl dies eine große Beeinträchtigung der Souveränität des Volkes über seine Güter bedeutet. Ghannouchi hat ebenfalls als Premierminister das Land für internationales Kapital geöffnet, aber auch dadurch, dass er als bester Kenner der ausländischen Interessen in Tunesien diese am meisten respektiert. Unter seiner Regierung wurden über 60 bilaterale Abkommen geschlossen, mit denen Investitionen in Tunesien „geschützt" werden sollten, insbesondere das bilaterale Abkommen mit Frankreich 1997. Vor wem sollen diese Investitionen geschützt werden? Daran sieht man, welche Auswirkungen die Politik unter der Regierung Ben Ali / Ghannouchi hinsichtlich einer äußerst wichtigen Frage hat: Das Recht des tunesischen Volkes, sein Schicksal selbst und in Freiheit,

ohne irgendeine Vormundschaft zu bestimmen. Es handelt sich hierbei um eine sehr wichtige demokratische Frage.

Die Regierung von Ben Ali unter dem Vorsitz von Ghannouchi hat eine Politik der Normalisierung mit dem zionistischen Regime verfolgt – dies brachte die Regierung des israelischen Staates dazu, den Sturz von Ben Ali heftig zu bedauern. Genau diese Politik hat die Gefühle der überwältigenden Mehrheit der Tunesier ignoriert, die ein zionistisches Regime ablehnen und die nationalen Forderungen der Palästinenser unterstützen.

Ist Ghannouchi überhaupt legitimer Vorsitzender der Revolutionsregierung? Ist es nicht an der Zeit, dass Ghannouchi endlich aufhört, die echten Interessen der Tunesier zu gefährden?

2. Die soziale Frage:

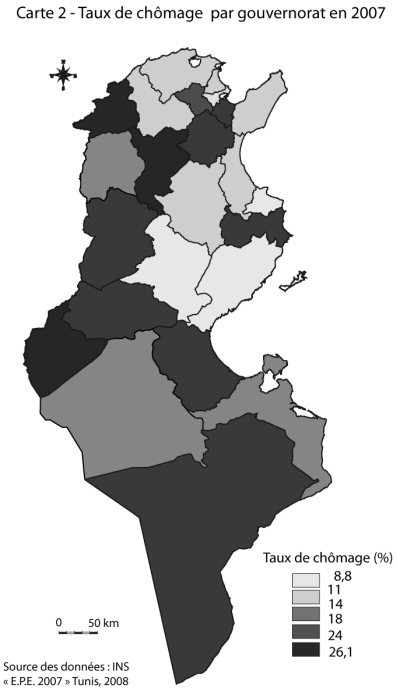
Die wirtschaftlichen und sozialen Ebenen sind untrennbar miteinander verbunden, sie stellen die beiden Fundamente der Regierungstätigkeit dar. In der Politik und insbesondere durch den Staatsapparat werden jene politischen Entscheidungen entworfen und unterstützt, die die wirtschaftlichen Interessen der herrschenden gesellschaftlichen Klasse dienen. Die Verteidiger von Ghannouchi zählen seine persönlichen Qualitäten auf, jedoch unterlassen sie es, den wichtigsten Punkt, den Ghannouchi von den anderen Symbolen des gestürzten Regimes unterscheidet: Er ist die fähigste Person, eine neoliberale kapitalistische Politik durchzusetzen und hat seit 1987 diese Politik vom Regime Ben Alis angewendet. Unter dieser Politik hat die Masse des tunesischen Volkes - in erster Linie die Arbeiter und die jungen Leute - stark gelitten. Sie haben lange gewartet, aber deren Geduld ist nun am Ende, und das Volk hat sich wie ein Vulkan gegen die Ausbeutung, die Armut, die Marginalisierung und den Hunger erhoben und sein Recht auf eine gesicherte Lebensgrundlage und in erster Linie sein Recht auf Arbeit eingefordert. Dies ist der wesentlichen Hintergrund der großen Massenbewegung in Tunesien, neben der demokratischen Dimension dieser Ereignisse.

Hat Ghannouchi etwa offen oder indirekt die Notwendigkeit einer Umwälzung der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Politik betont, unter der das Volk erlitten und die es schließlich auf die beste Art und Weise, durch die Revolution, abgelehnt hat? Hat Ghannouchi denn nicht beispielsweise in einem Interview von france24 behauptet, dass diese schlechte Politik viel Erfolg hatte? Ghannouchi und seine Gleichgesinnten preisen ständig die Errungenschaften und Erfolge des früheren Regimes! Könntet ihr euch jemals vorstellen, dass sie die Absicht hätten, das ungerechte sozioökonomische System umzustürzen und ein alternatives System aufzubauen, das den Interessen und Bestrebungen des Volkes dient? Es ist doch eher so, dass ihre Hauptsorge darin liegt, die ins Schwanken geratene Macht von Ben Ali zu stabilisieren, um an der Macht zu bleiben, um weiterhin die „Interessen des Volkes“ zu verfolgen, wie es der geschasste Tyrann vor ihnen schon vorgab?

Es liegt auf der Hand, dass die Regierung von Ghannouchi auf das Fortbestehen der sozioökonomischen Politik besteht, die von den globalen kapitalistischen Kreisen vermittelt durch die weltweiten Finanzinstitutionen verfolgt wird. Zum neuen Direktor der Zentralbank wurde beispielsweise Mostafa Kamal Nabili ernannt, der vorher bei der Weltbank Leiter der Wirtschaftswissenschaftler in der Abteilung Mittlerer Osten und arabische Region war. Genau dies macht die Absichten der Regierung deutlich und zeigt, wie wenig sie den Volkswillen vertritt. Was wird diese Regierung tun, damit hunderttausende Arbeitslose, insbesondere die Studierten, wieder Arbeit finden? Hat nicht genau diese Politik die Arbeitslosigkeit verstärkt? Reichen der Kampf gegen die Finanzkorruption (falls dieser im Falle des Fortbestehens der Regierung von Ghannouchi überhaupt stattfindet) und die „Verbesserung des Investitionsklimas“ aus, Arbeitsplätze zu schaffen? Wird ein verstärktes Wirtschaftswachstum (falls dieses überhaupt stattfindet) ausreichen, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern? Ganz sicher nicht, hundertprozentig nicht.

Alle politischen Gruppen müssen den Menschen darlegen, welches sozioökonomische Programm ihnen geeignet scheint, um diesen vielfachen Anforderungen gerecht zu werden. Sie dürfen sich nicht damit zufrieden geben, nur demokratische Forderungen zu erheben, selbst wenn diese so bedeutend sind: Denn welchen Wert nimmt die Freiheit für einen Arbeitslosen oder einen Kranken ein, wenn er sich keine Behandlung leisten kann?

(Der Artikel würde gekürzt, SiG-Redaktion)
Original: http://www.cadtm.org/Pourquoi-le-gouvernement-de



Arbeitslosigkeit (chômage) in Tunesien:
Oben: Angaben von 2007
2009: Offiziell 14,9%, die jungen Menschen (15-34 Jahre) stellen 85% der Arbeitslosen dar.
Da die Beschäftigungsquote nur 40% beträgt, ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit noch viel höher, darüber hinaus sind 60% der Arbeitsplätze prekäre Arbeitsplätze.
(*Angaben entnommen aus: Fathi Chamkhi, die Auslandsschulden Tunesiens, in dem Aufsatz findet man auch viele Angaben über die Kontrolle durch ausländisches Kapital und die soziale Lage http://www.cadtm.org/La-dette-exterieure-de-la-Tunisie*)

„Karawane der Freiheit“

Ab dem 22.1 hatten sich aus allen Teilen Tunesiens Menschen, darunter viele junge Leute, auf den Weg nach Tunis gemacht, mit dem Ziel, ihre Revolution zu verteidigen. **Sie forderten die Auflösung der Übergangsregierung und insbesondere den Rücktritt von Ghannouchi**.
Sie harrten ab dem 24.1. in Tunis vor dem Sitz des Premierministers auf dem Kasbah Platz aus. Diese Besetzung haben -zig Tausende Menschen durch ihre Anwesenheit und die Versorgung mit Lebensmitteln und Decken unterstützt.

Die Besetzer hatten am Freitag 28.1. die Fortführung der Besetzung beschlossen, aber die am 27. Januar gebildete Regierung von Ghannouchi hat am 28.1. die Menschen angegriffen, Die Polizei hat sie mit Tränengasgranaten und Schlagstöcken vertrieben, mehrere Besetzer mussten ins Krankenhaus.
Die Besetzer haben daraufhin auf der Bourguiba Avenue demonstriert, die Polizei hat gegen sie ebenfalls Tränengasgranaten und Schlagstöcke eingesetzt.
(Quelle: http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article19988)

Mehr über diese „Karawane der Freiheit“ unter
http://fr.allafrica.com/stories/201101280692.html?page=2
http://www.rebelion.org/mostrar.php?tipo=5&id=Alma%20Allende&inicio=0.

Tunesien: Linker Zusammenschluss gebildet

Gründungsdokument der Front 14. Januar

Wir bekräftigen unser Engagement für die Revolution unseres Volkes, das für sein Recht auf Freiheit und nationale Würde gekämpft und große Opfer gebracht hat - Dutzende Märtyrer und Tausende Verwundete und Gefangene.

Wir wollen den Sieg gegen innere und äußere Feinde vervollkommnen und jeden Versuch zu vereiteln, die Früchte dieser Opfer zu zerstören.

Darum haben wir die "Front des 14. Januar " als einen politischen Rahmen gegründet, der sich dem Fortschreiten der Revolution unseres Volkes zur Erreichung seiner Ziele und dem Kampf gegen die Kräfte der Konterrevolution verpflichtet. Die Front besteht aus nationalen demokratischen und fortschrittlichen Parteien, Kräften und Organisationen.

Die dringenden Aufgaben dieser Front sind:

1. Sturz der gegenwärtigen Ghannouchi-Regierung oder jeder Regierung, die Repräsentanten des alten Regimes enthält, die eine antipatriotische und gegen das Volk gerichtete Politik durchführt und den Interessen des abgesetzten Präsidenten dient.

2. Auflösung der RCD und Beschlagnahme ihres Hauptquartiers, ihres Eigentums, ihrer finanziellen Mittel, da sie dem Volk gehören.

3. Bildung einer Übergangsregierung, die das Vertrauen des Volkes, der aktiven fortschrittlichen politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Kräfte und der Jugend genießt.

4. - Auflösung des Repräsentantenhauses und des Senates, aller existierenden künstlichen Körperschaften und des Obersten Gerichtes,
- Zerschlagung der politischen Struktur des alten Regimes,
- Vorbereitung von Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung in maximal einem Jahr, die eine neue demokratische Verfassung formuliert und ein neues Rechtssystem für das öffentliche Leben begründet, welches die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte des Volkes garantiert.

5. Auflösung der politischen Polizei und Aufbau einer neuen Politik der öffentlichen Sicherheit, die auf dem Respekt für Menschenrechte und der Herrschaft des Rechtes gegründet ist.

6. Gerichtsverhandlung für alle diejenigen, die schuldig sind, das Geld des Volkes gestohlen zu haben, Verbrechen gegen das Volk begangen zu haben, wie Unterdrückung, Gefangenschaft, Folter, Erniedrigung, sei es als Entscheidungsträger oder als Ausführender, und schließlich für all diejenigen, die der Korruption und der Entwendung öffentlicher Güter überführt sind.

7. Enteignung der früheren regierenden Familie, ihrer engen Verwandten und Gefährten, und all der öffentlich Bediensteten, die ihre Position dazu genutzt haben, um auf Kosten des Volkes reich zu werden.

8. Schaffung von Arbeitsplätzen für die Arbeitslosen und Ergreifung von dringenden Maßnahmen, um Arbeitslosenhilfen zu gewähren, ein breites System der sozialen Sicherung zu schaffen und die Kaufkraft der Beschäftigten zu erhöhen.

9. Aufbau einer nationalen Wirtschaft im Dienste des Volkes, bei der die grundlegenden und strategischen Sektoren unter der Aufsicht des Staates stehen, Renationalisierung der Institutionen, die privatisiert wurden und Ausarbeitung einer wirtschaftlichen und sozialen Politik, die mit dem neoliberalen kapitalistischen Ansatz bricht.

10. Garantie der öffentlichen und privaten Freiheiten, besonders der Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit , der Rede- Meinungs- Informations- und Pressefreiheit; Freilassung der Gefangenen und Verkündung eines Amnestiegesetzes.

11. Die Front begrüßt die Unterstützung der Volksmassen und der fortschrittlichen Kräfte in der arabischen Welt und weltweit für die tunesische Revolution, und fordert sie auf, ihre Unterstützung mit allen möglichen Mitteln fortzusetzen.

12. Widerstand gegen die Normalisierung mit dem Zionistischen Regime; Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in der arabischen Welt und weltweit.

13. Die Front ruft die Volksmassen und die fortschrittlichen nationalistischen Kräfte dazu auf, die Mobilisierung und den Kampf in allen Formen des legitimen Protests, besonders in den Straßen, weiterzuführen, bis die vorgeschlagenen Ziele erreicht sind.

14. Die Front begrüßt alle Komitees, Vereinigungen und Formen der Selbstorganisation des Volkes und ruft sie dazu auf, ihr Eingreifen auf alles, was die öffentlichen Angelegenheiten und die verschiedensten Aspekte des täglichen Lebens betrifft, auszuweiten.

Ruhm den Märtyrern des Aufstandes und Sieg den revolutionären Massen unseres Volkes!

Tunis, 20. Januar 2011

Liga der Arbeiter Linken /Bewegung der Nasseristischen Gewerkschafter
Bewegung der Demokratischen Nationalisten (Al-Watad) / Baathistische Strömung
Unabhängige Linke /
PCOT (Tunesische Kommunistische Arbeiterpartei) / PTPD (Patriotische und Demokratische Arbeitspartei)
Quelle:
http://mrzine.monthlyreview.org/2011/tunisia250111.html, www.albadil.org/spip.php?article3675

Fathi Chamkhi (27.1.): Keine Einigung für den Vorschlag der Front des 14.Januar

Zu den Plänen einer Revolutionsregierung
Am Dienstag (25.1.) haben sich die verschiedenen Gruppierungen der Politik, der Zivilgesellschaft und der Berufsverbände – ohne die Arbeitsgeberverbände und die RCD – versammelt.
Es haben sich zwei Positionen heraus kristallisiert:
Die Position der Anwaltskammer: Sie will wie es scheint eine Umbildung der GUN, (Regierung der Nationalen Einheit) aber mit Ghannouchi.
Ein zweiter Vorschlag kommt von der **'14. Januar-Front'**, die sich aus verschiedenen linken Gruppierungen und aus Nationalisten zusammensetzt. Dieser Vorschlag sieht vor:

- Einberufung eines nationalen Kongresses zur Verteidigung der Revolution, mit folgender Zusammensetzung: alle politischen Richtungen, Vereine, Berufsgruppen (Anwälte, Richter, Ärzte, Journalisten, Künstler …), Vertreter der lokalen und regionalen Komites zur Verteidigung der Revolution, unabhängige Persönlichkeiten, aber ohne Arbeitgeberverbände noch RCD und ohne die Ex-Mitglieder der Ben Ali Regierung.
- Anerkennung des Übergangs-Präsidenten als Garanten (Bürgen) der Weiterführung des Staates aber auch als 'Quelle der Legitimierung für die Übergangsregierung'
- Auflösung der GUN
- Einrichtung einer provisorischen Regierung.
- Wahrung des Prinzips der Volkssouveränität.
- Verfassungsgebende Versammlung

Die Verwaltungskommission des Gewerkschaftsbundes UGTT trat am Mittwoch 26.1. zusammen, um beide Vorschläge auszuwerten

Hier die wesentlichen Entscheidungen:
1. Akzeptiert wird nur eine GUN (Regierung der nationalen Union) ohne die alten Minister von Ben Ali, ausgenommen Ghannouchi, Jouini und Chelbi, d. h. drei Minister von Ben Ali würden in der Regierung bleiben. Wir müssen wissen, dass die GUN vom 17. Januar noch 14 Minister und Staatssekretäre des RCD zählte.
2. Die UGTT wird an einer solchen umgebildeten Regierung nicht teilnehmen.
Für: 73, dagegen 10 , 4 Enthaltungen.

http://www.cadtm.org/Au-40eme-jour-de-la-revolution

Französische Gewerkschaft „Solidaires“

Die Rolle der Gewerkschaftsbewegung in Tunesien

Der Gewerkschaftsbund UGTT bildete während der Kolonialzeit den Rahmen der tunesischen nationalen Bewegung. In Tunesien beruft sich jeder auf Ferhat Hached, einem der Gründer der tunesischen Gewerkschaftsbewegung. Er wurde 1952 von rechtsextremen Kolonialisten mit Hilfe der französischen Geheimdienste ermordet. UGTT ist größtenteils aus der französischen CGT entstanden; während des Zweiten Weltkrieges ist es jedoch zu einem Bruch gekommen, weil die PC (Kommunistische Partei) und die PS (Sozialistischen Partei) die Forderung nach Unabhängigkeit ablehnten.

Die UGTT hat sich daraufhin dem nationalen Flügel genähert, den Bourguiba verkörperte, der im Übrigen zur Sozialistischen Internationale gehörte. Aus dieser Zeit stammen also die komplexen Verbindungen zwischen der UGTT und dem tunesischen Staat.

An die Macht gekommen, hat Bourguiba das Prestige der UGTT genutzt, um seine Herrschaft zu sichern. Daraus resultiert ein ständiges Hin und Her der UGTT zwischen zwei großen informellen Strömungen.

Der eine Flügel ordnete sich dem Machtapparat unter, zum Teil bis zur völligen Integration unter den Staatsapparat. Dadurch erhielten sie zahlreiche Geschenke, wie z. B. Posten als Abgeordneter. Als Gegenleistung rief die Gewerkschaftsdirektion auf, die Partei, die an der Macht war, zu wählen. Sie versuchte, die gewerkschaftlichen Kämpfe zu bremsen - sie bekämpfe sie sogar.

Der andere Flügel hatte zum Ziel, der Regierung zu wiederstehen. Ihm gehören starke Verbände wie die Lehrergewerkschaft, die Gewerkschaft für Post und Telekommunikation sowie regionale und lokale Gewerkschaftsgliederungen. Für zahlreiche soziale und/oder politische Oppositionelle dienten die Räumlichkeiten dieser gewerkschaftlichen Strukturen als Basis (Unterschlupf) ihrer Aktivitäten. Diese Strömung hat eine entscheidende Rolle in den Streiks, Versammlungen und den Demonstrationen gespielt, die die Diktatur schließlich zum Sturz gebracht haben.

Zwischen den beiden Flügeln gibt es eine ganze Reihe von unterschiedlichen Positionen.
Zwei Beispiele:
Der UGTT-Sekretär von Gafsa war gleichzeitig Abgeordneter der Ben-Ali Partei und Chef eines Subunternehmens, das für die Phosphatminen Aufträge erhielt. Er war persönlich verstrickt in Kungeleien bei der Einstellung des Minenpersonals und bevorzugte seine Sippe. Als sich die Bevölkerung gegen diese Ungerechtigkeit mobilisierte, entließ er einfach die Gewerkschafter, die darin involviert waren. Um dem Skandal noch die Krone aufzusetzen, wurde er auch noch von der Gewerkschaftszentrale unterstützt. Der für diese Angelegenheit zuständiger Gewerkschaftler – Mitglied seiner Sippe - erklärte die Mobilisierung der vielen Menschen als „das Werk gefährlicher Extremisten“! Auf diese Weise wurde der Repression gegen Mitglieder seiner eigenen Gewerkschaftsorganisation grünes Licht gegeben, sie wurden inhaftiert und einige sogar gefoltert.
Aber ein anderer Teil der Gewerkschaft (u.a. die Lehrergewerkschaft und die Gewerkschaft der Post und der Telekommunikation) hat sich für die Angeklagten in Redeyef-Gafsa eingesetzt. Schlussendlich musste die Gewerkschaftszentrale vor Eröffnung des Prozesses den Gewerkschaftern aus Redeyef ihr Mandat zurückgeben und ihnen und ihren Familien finanzielle Unterstützung geben.

Zweites Beispiel: Die regionale Union von Tunis ist natürlich die wichtigste interprofessionelle Struktur der UGTT. Nachdem sie sich lange Zeit der Macht unterworfen hatte, kam es teilweise zur Kritik am Regime. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass sie unter diesen Bedingungen am 27. Dezember zu einer Versammlung auf dem berühmten Platz vor dem Sitz der UGTT aufrief. Das brachte ihr die öffentliche Ächtung des Generalsekretärs der UGTT: Er kritisierte namentlich den Generalsekretär der Lehrerschaft, der dort eine Rede gehalten hatte und beklagte die feindlich gesinnten Rufe gegen Ben Ali seitens der Demonstranten.

(*Auszug aus einer Analyse der französischen Gewerkschaft Solidaires über die Bewegung in Tunesien, http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article19923*

Internetseite der tunesischen Gewerkschaft: http://www.ugtt.org.tn/fr

S. auch: „Warum die Gewerkschaft UGTT eine große Rolle gespielt hat“ http://www.maghrebemergent.com/actualite/maghrebine/1976-pourquoi-le-syndicat-a-joue-un-role-aussi-important-dans-lintifada-tunisienne.html

ausführlicher Bericht (auf Deutsch) von Bernard Schmid http://www.labournet.de/internationales/tn/ben ali6.html

Die langen Arbeitskämpfe in Gafsa (2008-2009) sind Vorboten der tunesischen Aufstands gewesen http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article19786

Weitere Infos über Tunesien und Ägypten unter:

Blog von Fathi Chamkhi unter http://www.attac.org/fr/blogs/fathi-chamkhi/

http://www.labournet.de/internationales/eg/index.html, http://www.labournet.de/internationales/tn/index.html
http://www.german-foreign-policy.com/
http://www.zmag.de/, www.ag-friedensforschung.de
http://www.democracynow.org, http://www.europe-solidaire.org/ , http://www.cadtm.org/Tunisie?lang=fr

http://www.attac.de/startseite/
attac Spanien: http://www.attac.es/cuidado-que-nos-quedamos-sin-hijos-de-puta/
attac Italien: http://www.italia.attac.org/spip/

Dossiers in „Aufstand in Ägypten“ http://www.jungewelt.de/themen/index.php?tcid=160
„Revolte in Nordafrika“ http://marx21.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1308&Itemid=75

Mamdouh Habashi

»Mubarak-Nachfolger muss vom Volk legitimiert werden«

Nationalisten, Liberale, Muslime und Linke: Nationale Versammlung soll neue Übergangsführung für Ägypten bestimmen. Starke Vertretung der Jugend notwendig.

Mamdouh Habashi ist Vizepräsident des Weltforums für Alternativen und im Vorstand des Arabisch-Afrikanischen Forschungszentrums, Kairo

Seit knapp zwei Wochen erschüttern Demonstrationen Ägypten, die Demonstranten protestieren gegen das »System Mubarak«.
Ja, Mubaraks Rücktritt bedeutet nicht das Ende des Regimes, aber es ist ein großer Schritt dahin.

Was geschieht nach dem Abtritt Mubaraks? Geht die Bewegung nach Hause?
Nach seinem Rücktritt beginnt eine Übergangszeit mit einem langen Prozess, um die Forderungen der Revolution tatsächlich zu erreichen. Das wird die eigentliche Revolution sein. Die Demonstranten haben sich auf viele Vorhaben geeinigt: **Auflösung der Nationalen Demokratischen Partei, Auflösung der Sicherheitsdienste, Auflösung des »gefälschten Parlaments«, wie wir es nennen, und zwar beide Kammern**. Darin besteht Einigkeit, unabhängig von ideologischen Differenzen. Das wird ein Machtkampf zwischen uns und dem Regime. Dabei haben wir keine anderen Waffen als das Volk, den Druck der Straße, unsere Einheit. Das Regime hat alles außer Legitimität.

Der eigentliche Kampf beginnt also erst, wenn Mubarak abgetreten ist?
Nun, diese Übergangszeit wird vielleicht ein Jahr, zwei Jahre dauern. Wir müssen uns auf freie Wahlen einigen. Wir brauchen Zeit zum Atmen, Zeit zur politischen Diskussion, Organisation und Vorbereitung auf die Wahlen.

Viele der Demonstranten scheinen aber auf unmittelbare Änderungen zu hoffen.
Ja, Demokratie ist natürlich mehr als freie Wahlen. **Demokratie ist die radikale Veränderung und soziale Gerechtigkeit**. Wir brauchen eine Umverteilung des Reichtums in der Gesellschaft, die oben müssen an die unten abgeben, nicht von ihnen nehmen. Wir brauchen höhere Löhne, besseres Einkommen für die Armen. Das muss die Übergangszeit leisten, die Menschen können mit ihren sozialen Bedürfnissen, mit ihren sozialen Rechten nicht warten, bis wir freie Wahlen und eine neue Regierung haben.

Die ersten Forderungen am 25.Januar waren Arbeit, gerechte Löhne und soziale Rechte.
Genau darum müssen diese Veränderungen Priorität haben. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Korruption und Vetternwirtschaft im Machtgefüge. Aber wir müssen auch darüber hinaus denken. Darum planen wir die Einrichtung einer Kommission von vielleicht 50 Personen, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Dazu gehört eine lange, ausführliche Debatte in der Gesellschaft. Alle Gruppen mit ihren unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen müssen sich beteiligen, damit wir am Ende eine ausgewogene Machtverteilung erreichen.

Wer kann die politische Führung in dieser wichtigen Übergangsphase übernehmen?
Das ist die Frage. Nach vier Jahrzehnten Diktatur ist die politische Landschaft in Ägypten sehr entstellt. Wir haben keine richtigen Parteien, sondern nur Parteien, die sich dem Regime untergeordnet haben. Dafür haben wir viele illegale Organisationen, wie zum Beispiel die Muslimbruderschaft, die im Westen dämonisiert wird. Natürlich sind sie keine Monster, sie sind Teil dieser Gesellschaft. Wir haben viele zivilgesellschaftliche Gruppen, die wichtig waren, weil sich politische Aktivisten hier organisieren konnten. Es gibt unabhängige Gewerkschaften, Berufsverbände, Nichtregierungsorganisationen und so weiter. Und wir haben die vielen Jugendgruppen, die sich über das Internet zusammengefunden haben. Zum Beispiel diese Gruppe »Wir sind alle Khalid Said«. Das war der junge Mann, der in Alexandria von der Polizei ermordet worden war. Über diese Internetseite kommunizierten vor der Revolution 450000 Leute, und das ist nur ein Beispiel. Da gibt es ein neues Prinzip der dezentralen Organisierung mit Minimalkonsens, und es funktioniert.

Wie verstehen sich diese neuen Gruppen und die traditionell organisierten Parteien? Wie soll aus diesem Gemisch eine politische Führung entstehen?
Nun, die meisten dieser Parteien sind natürlich völlig unglaubwürdig für die Jugend. Aber wir haben ein Szenario, um eine Führung zu bilden. **Eine nationale Versammlung soll ein nationales Komitee bilden, das die Führung übernimmt.** Das geschieht natürlich nicht bei einem Treffen, wir müssen uns einigen. Alle politischen Blöcke müssen gleichberechtigt vertreten sein. Es gibt die vier politischen Blöcke der Nationalisten, der Liberalen, der Muslimen und der Linken. Es gibt Einzelpersonen, gesellschaftliche Gruppen, die NGOs, die Gewerkschaften, die Berufsverbände – und **alle müssen in den Übergangsprozess einbezogen werden**. Und ganz wichtig, mindestens ein Drittel dieser neuen Vertretung muss die Jugendgruppen repräsentieren.

Im Gespräch ist auch eine Kommission von 14 Personen, die den Übergangsprozess politisch leiten soll, sogar Namen werden schon genannt.
Ja, es gibt viele Vorschläge, welcher sich durchsetzen wird, weiß ich nicht. Die Frage ist, welches Mandat haben diese Leute, wer legitimiert sie? Das Wichtigste ist, dass sie aus einem demokratischen Prozess hervorgehen müssen, gewählt durch ein Komitee, das demokratisch gebildet wurde und akzeptiert ist. Und das ist nicht einfach bei unserer schwierigen politischen Landschaft.

Im Westen scheint man sich Mohamed El-Baradei oder auch Amr Moussa, den Generalsekretär der Arabischen Liga, zu wünschen. Was ist Ihre Meinung dazu?
El Baradei oder Amr Moussa oder wer auch immer. Im Gespräch sind auch Mitglieder des Mubarak-Regimes, aber das ist nicht die Veränderung, die das Volk will. Das Regime will Leute, die vom Westen akzeptiert werden, das hat mit Israel zu tun – und das ist nicht einfach für uns. El Baradei könnte eine Chance haben, wenn er mit dem Volk geht, wenn das Volk ihn legitimiert. Das gilt für ihn und jeden anderen. Das Volk muss das Mandat erteilen, nicht das Regime. Aber die so genannte internationale Gemeinschaft, die im Wesentlichen aus den USA und Europa besteht, sie wird von den israelischen Interessen beeinflusst. Sehen Sie sich an, wie die US-Administration nach dem 25. Januar agiert hat, das hat mit der geopolitischen Bedeutung meines Landes zu tun. Ägypten ist ein Eckpfeiler in der Militärstrategie, um die Welt nach Vorstellung der USA zu kontrollieren. Aber Ägypten kann auch in eine andere Richtung gehen, das hat schon Echnaton gezeigt, und Gamal Abdel Nasser. Darum zittern sie jetzt. Sie versuchen, soviel wie möglich vom Status quo zu erhalten.

Interview: Karin Leukefeld, Kairo
http://www.jungewelt.de/2011/02-05/061.php

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL) und RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)

Waffenexporte nach Ägypten beenden!

Gemeinsame Pressemitteilung vom 30.1. 2011

Anm. der SiG-Red.: Die Bundesregierung – u. a. durch solche Proteste in Druck geraten - hat am 4.2. „vorerst" alle Waffenexporte aus Deutschland nach Ägypten gestoppt.

In Ägypten ist seit dem Jahr 1981 die Notstandsgesetzgebung ununterbrochen in Kraft, die Menschenrechtslage katastrophal.[1] Mit der Waffengewalt staatlicher Sicherheitskräfte, die selbst massiv an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren und sind, konnte sich das diktatorische Regime in Kairo drei Jahrzehnte lang an der Macht halten. Derzeit riskieren Ägypterinnen und Ägyptern ihr Leben, indem sie ihren Protest gegen das diktatorische Regime unter Hosni Mubarak öffentlich artikulieren. Ägyptische Polizisten schießen auf weit überwiegend friedliche Demonstranten, mehr als hundert Menschen sind bereits ums Leben gekommen.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle erklärte, *„der Weg zur Stabilität führt über die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte"*.[2] Erklärungen wie diese *„wirken heuchlerisch angesichts der Tatsache, dass Deutschland zu den Hauptwaffenlieferanten der diktatorischen Machthaber in Ägypten zählt"*, sagte Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). Der Freiburger Rüstungsexperte warf der Bundesregierung vor, dass sie 2009 gegenüber dem Vorjahr *„mehr als eine Verdoppelung der Lieferungen von Waffen und Rüstungsgütern an Ägypten genehmigt"* habe. So sei der Genehmigungswert von 33,6 Millionen Euro (2008) auf 77,5 Millionen Euro (2009) *„dramatisch gesteigert worden"*.

„Die Einzelgenehmigungen für ‚Kleinwaffen' sind aufgrund der hohen Opferzahlen besonders folgenschwer", so Jürgen Grässlin. Die für ihre rücksichtslose Vorgehensweise bekannte ägyptische Polizei verfüge über Maschinenpistolen des Typs MP5, entwickelt von Heckler & Koch in Oberndorf. Allein im Jahr 2009 habe Ägypten weitere 884 Maschinenpistolen und Bestandteile im Wert von 866.037 Euro erhalten.[3]

„Die Machthaber in Kairo erhielten Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, militärische Landfahrzeuge und Kommunikationsausrüstung", erklärte Paul Russmann, Sprecher der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL). Insgesamt sei *„Ägypten mittlerweile sogar das bedeutendste Empfängerland in der Liste der aus Deutschland belieferten Entwicklungsländer"*.

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) stufte Ägypten in ihrem Rüstungsexportbericht 2009 als „problematisches" Empfängerland ein. Die dortige Menschenrechtssituation sei laut Bericht der beiden großen christlichen Kirchen „sehr schlecht", die Gefahr der Unverträglichkeit von Rüstung und Entwicklung sei „groß".[4] *„Angesichts der katastrophalen Menschenrechtslage hätte Ägypten unter Diktator Mubarak niemals Waffen aus Deutschland und anderen Ländern erhalten dürfen"*, erklärte ORL-Sprecher Paul Russmann.

Grässlin und Russmann forderten die Bundesregierung auf, *„mit sofortiger Wirkung einen Rüstungsexportstopp gegenüber Ägypten und allen anderen menschenrechtsverletzenden Staaten zu verhängen"*.

Quellen:

(1) AMNESTY INTERNATIONAL REPORT 2010, Ägypten, S. 67 ff.
(2) Focus Online vom 26.01.2011
(3) Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2008 (Rüstungsexportbericht 2008), S. 106 und Rüstungsexportbericht 2009, S. 15, 24, 34, 110
(4) GKKE-Rüstungsexportbericht 2009, Fachgruppe Rüstungsexporte, S. 40

Friedensorganisationen begrüßen Umsetzung ihrer Forderung nach einem sofortigen Rüstungsexportstopp für Ägypten 05.02.2011

Frankfurt / Freiburg. *„Als Einstieg in den Ausstieg"* begrüßte Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.), den Rüstungsexportstopp an Ägypten. *„Damit ist die Forderung der Friedensbewegung nach einem sofortigen Rüstungsexportstopp gegenüber Ägypten umgesetzt worden."* Dabei müsse die seitens des Bundeswirtschaftsministeriums angekündigte Nichtbearbeitung von Exportanträgen *„auch sämtliche Rüstungsgüter, wie beispielsweise gepanzerte Fahrzeuge, umfassen, mit denen die ägyptische Armee in den letzten Jahrzehnten massiv aufgerüstet worden"* sei. (…)
http://www.dfg-vk.de/aktuelles/dfg-vk-neuigkeiten/2011/578

Uri Avnery

Welche Lehren zieht Israel aus dem Aufstand in Ägypten?

Was in Ägypten gerade geschieht, wird unser Leben verändern. Wie gewöhnlich sah es keiner voraus. Der viel gefeierte Mossad war total überrascht, genau wie die CIA und all die anderen gefeierten Dienste dieser Art. Doch sollte es überhaupt keine Überraschung gewesen sein - abgesehen von der unglaublichen Wucht des Ausbruchs: In den vergangenen Jahren haben wir viele Male erwähnt, dass in der ganzen arabischen Welt eine Menge junger Leute heranwächst, die eine tiefe Verachtung für ihre Führer hat, und dass es früher oder später zu einem Aufstand kommen wird. Dies waren keine Prophezeiungen, sondern eher nüchterne Analysen von Wahrscheinlichkeiten.

Der Aufstand in Ägypten wurde durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt: die wachsenden Lebenskosten, die Armut, die Arbeitslosigkeit, die Hoffnungslosigkeit der gebildeten jungen Leute. Aber lassen wir kein Missverständnis aufkommen: **die zugrunde liegenden Ursachen reichen viel tiefer. Sie können mit einem Wort zusammengefasst werden: Palästina.**

In der arabischen Kultur ist nichts bedeutsamer als die Ehre. Die Menschen können Not ertragen, aber keine Demütigungen. Was jeder junge Araber von Marokko bis Oman täglich sah, war, dass seine Führer sich demütigten, indem sie die palästinensischen Brüder im Stich ließen, um Gunst und Geld von den USA zu erhalten. Sie kollaborierten mit der israelischen Besatzung und katzbuckelten vor den neuen Kolonialherren.

Nirgendwo war der Ehrverlust offensichtlicher als in Ägypten, das offen mit der israelischen Führung kollaborierte, in dem es die schändliche Blockade über den Gazastreifen verhängte und so 1,5 Millionen Araber der Unterernährung und Schlimmerem preisgab. Es war niemals nur eine israelische Blockade, sondern eine israelisch-ägyptische, die mit 1,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschmiert wurde.

Ich habe viele Male - laut - darüber nachgedacht, wie ich mich als 15jähriger Junge in Alexandria, Amman oder Aleppo fühlen würde, wenn ich meine Führer sehe, wie sie sich wie unterwürfige Sklaven der Amerikaner und Israelis benehmen, während sie ihre eigenen Untertanen unterdrücken und ausplündern. In diesem Alter schloss ich mich einer terroristischen Organisation an. Warum sollte ein arabischer Junge anders sein?

Ein Diktator kann toleriert werden, wenn er die nationale Würde reflektiert. Aber ein Diktator, der nationale Schande ausdrückt, ist ein Baum ohne Wurzeln - ein starker Wind wird ihn zu Fall bringen. Für mich gab es nur die Frage, wo es in der arabischen Welt anfangen würde. Ägypten - wie auch Tunesien - standen unten auf der Liste. Doch genau hier in Ägypten findet die große arabische Revolution statt.

Wenn Ägyptens Präsident Hosni Mubarak die Realität nicht mehr sieht, so trifft dies auch auf seinen israelischen Amtskollegen Benjamin Netanjahu zu. Er und sein Kabinett sind unfähig, die schicksalhafte Bedeutung der Ereignisse für Israel zu begreifen.

Wenn Ägypten sich bewegt, wird die arabische Welt folgen. Ob es in naher Zukunft in Ägypten Demokratie oder eine Militärdiktatur gibt - es ist nur die Frage der Zeit, bis die Diktatoren in der ganzen arabischen Welt fallen und die Massen eine neue Realität ohne Generäle schaffen.

Alles, was die israelische Führung in den vergangenen 44 Jahren der Besatzung oder der 63 Jahre seit Existenz des Landes getan hat, ist obsolet geworden. Wir stehen vor einer neuen Realität. Wir können sie ignorieren- und darauf bestehen, dass wir »eine Villa im Dschungel« sind, wie Ehud Barak es einmal sagte - oder einen passenden Platz in der neuen Realität finden.

Frieden mit den Palästinensern ist nicht länger Luxus. Es ist eine absolute Notwendigkeit. Frieden jetzt, und zwar schnell. Frieden mit den Palästinensern und dann Frieden mit den demokratischen Massen in der ganzen arabischen Welt, Frieden mit den vernünftigen islamischen Kräften - wie Hamas und den Muslimbrüdern, die sich sehr von Al-Qaida unterscheiden. Frieden mit den Führern, die im Begriff sind, in Ägypten und überall aufzutauchen.

http://www.jungewelt.de/2011/02-07/063.php

Alexis Passadakis, Bericht aus dem Weltsozialforum in Dakar

Ägypten: von der Revolte zur Politisierung zur Revolution

Es klingt pathetisch, aber ohne Pathos kommt man nicht aus, um die Stimmung der Revolte in Nordafrika zu beschreiben, die auch auf dem WSF in Dakar zu spüren ist: Es ist ein historischer Bruch, der in dieser Region von der Bevölkerung ins Werk gesetzt wird, der den Berichtenden aus Tunesien und Ägypten Tränen der hoffnungsvollen Erwartung in die Augen treibt. Gleichzeitig sind die Erzählungen aber nüchtern analytisch, was die Risiken der Gegenrevolution angeht und was die gesellschaftlichen Möglichkeitsräume angesichts der tatsächlichen politischen und ökonomischen Verhältnisse sind.

Auf der Terrasse einer der Uni-Kantinen saßen am Montagnachmittag 30 Leute dicht gedrängt um einen etwa 60-jährigen Ägypter, der ein wichtiger politischer Kopf der ägyptischen Revolte ist und mit im Zentrum der Verhandlungen der oppositionellen politischen Kräfte steht, um den gesellschaftlichen Druck der Revolte politisch-institutionell zu übersetzen. Es ging vor allem um die gegenwärtige Kräftekonstellation. Aber auch um die aktuelle Situation.

Er beschrieb, dass es keine Anhaltpunkte dafür gebe, dass der Revolte der Atem ausginge. Denn durch die Revolte habe die Bevölkerung einen neuen Bewusstseinsstand erreicht. Und zurzeit finde eine rapide Politisierung der Bevölkerung statt. Das Terrain hierfür sind die zivilen Verteidigungskomitees, die sich in den letzten Wochen zum Schutz der Straßen und Stadtviertel gegründet haben. Hier kämen mit Stöcken ausgerüstet Alte und Junge, Arme und Wohlhabende, Christen und Muslime sowie Männer und Frauen zusammen, die an den Kontroll-Posten politisch diskutieren würden. Neben der Internet-Mobilisierung gehörten diese Gruppen nun zur Grundstruktur der Revolte. Er bemerkte, dass etwa ein Drittel der Aktiven der Revolte Frauen seien, eine Frau aber das leisten würde, was er drei Männern zurechnen würde. Aber: "Bisher ist es eine Revolte, noch keine Revolution."

Er beschrieb, dass es sich kulturell um eine linke Bewegung handelt, auch wenn ein ideologisch-politisches Labeling nicht möglich ist. Zu den Kräfteverhältnissen erklärte er Folgendes: wenn man – ganz "traditionell" eine Volkfront-Regierung errichten müsste, käme man zu folgender Rechnung: Je etwa ein Viertel Nasseristen, Liberale, Muslimbrüder und Linke, plus einige einzelne NGO- bzw. Menschenrechtsgruppen-VertreterInnen. Ausgehend von diesen 100 Prozent müsste man dann noch einmal ein Drittel aus VertreterInnen der jugendlichen Internet-Komitees zuschlagen. Wobei er betonte, dass er die Muslimbrüder eigentlich eher dem Regime zurechne als der Opposition. Seiner Meinung nach würde so eine handlungsfähige Struktur geschaffen werden, die freie Wahlen und eine neue Verfassung vorbereiten könnte.

Er endete mit einer heftigen Kritik der EU, die den USA gleich das Regime de facto weiterhin massiv unterstützen. Und er drückte seine Hoffung aus, dass 2013 das WSF in Kairo stattfinden könne. Im übrigen sei für den März bereits seit langem ein ägyptisches Sozialforum geplant.

http://www.attac.de/?id=8698

http://fsm2011.org/en/frontpage

Eric Toussaint

Auf dem Weg zum Weltsozialforum in Dakar, Februar 2011

Sergio Ferrari im Gespräch mit Eric Toussaint, 23. Januar

F: Wie sehen Sie heute das Weltsozialforum?

A: Das Forum ist fast der einzige Ort auf der Welt, auf dem Sozialbewegungen, NGOs, linke politische Organisationen und sogar fortschrittliche Regierungen zusammen kommen, und daher bin ich der Auffassung, dass dieser Prozess verstärkt werden muss. Es gibt keine andere Instanz dieser Art. Trotz der Kritiken, die dem Forum gegenüber angebracht werden können, darf es nicht aufgegeben werden. Etwas anderes auf die Beine zu stellen wäre sinnlos: es wäre eine rivalisierende Struktur mit sehr beschränkter Tragweite. Was wir heute haben, ist das WSF. Das bedeutet nicht, dass es nicht auch gewisse beunruhigende Elemente in seiner Entwicklung gibt.

F: Welche Elemente sind Ihrer Meinung beunruhigend?

A: Es lassen sich mehrere störende Gesichtspunkte feststellen. Zunächst die Entscheidung der Mehrheit der Führungspersonen oder der erfahrenen Veranstalter des WSF, die Forumsstruktur nicht anzutasten, anders gesagt, die Ablehnung, die Grundsatzcharta zu ändern, damit das Forum **Abschlusserklärungen** und Aktionspläne beschließen kann.

Zweitens die Tatsache,, dass etliche Institutionen und private Stiftungen dem WSF - auf Grund seines Erfolges - in immer stärkerem Maße eine Unterstützung anbieten. Es lässt sich eine Neigung beobachten, sehr teure Veranstaltungen mit sehr hohen Budgets auszurichten, und ich finde das beunruhigend.

Außerdem müssen zwei weitere, sehr akute Gefahren genannt werden:

Zunächst die der Schaffung einer „WSF-Industrie“: es gibt sehr einflussreiche NGOs, die im Umfeld des WSF Vorhaben gestalten und davon leben. Dann besteht die Gefahr, dass eine Art „globalisierungskritische Bürokratie“ aufkommt. Es handelt sich um eine Schicht von Führungsfiguren, die kraft ihres Amts über eine gewisse Machtfülle und Vorrechte verfügen und die seit Jahren auf denselben Posten sitzen.

F: Mit welchem „Gegengift“ könnte denn diesen Tendenzen entgegengewirkt werden, oder wie können diese beunruhigenden Elemente bekämpft werden?

A: Zum Glück gibt es positive Initiativen. Der Internationale Rat des Forums schlägt glücklicherweise vor, Maßnahmen zu treffen, um in Dakar nicht dieselben Fehler zu wiederholen wie sie 2007 beim

Eröffnung vom WSF in Dakar

Forum von Nairobi (Kenya) als dem wohl augenfälligsten Fehlschlag eines WSF-Treffens gemacht wurden. Ich habe das Vertrauen, dass sich diese Fehlentscheidungen in Dakar nicht wiederholen werden. Es war zum Beispiel falsch, die Kommunikation auf dem WSF als Exklusivauftrag an einen multinationalen Konzern zu vergeben. Ebenfalls war es ein Fehler sehr hohe Eintrittspreise zu erheben, die für Teilnehmer aus der Bevölkerung vor Ort unbezahlbar waren..

Damit Dakar zu einem Erfolg wird, muss meiner Meinung nach die Anwesenheit der Sozialen Bewegungen der afrikanischen Länderund der übrigen Welt verstärkt werden. Der Wind weht in diese Richtung. Anfang November 2010 haben wir im Auftrag der Versammlung der Sozialen Bewegungen in der Hauptstadt des Senegal ein Vorbereitungstreffen von Volksbewegungen organisiert. Dieses Treffen hat kurz vor der Sitzung des Internationalen Rats in Dakar stattgefunden, aud der die letzten Details für das Weltsozialforum im kommenden Februar geregelt wurden..

F: Welche Bilanz ziehen Sie aus diesem Vorbereitungsseminar?

A: Im Hinblick auf die Beteiligung ist es ein Erfolg. Es waren viele Sozialbewegungen aus Senegal da. Mehr als 60, darunter die vielen großen ländlichen und städtischen Gewerkschaften, sowie die Vertreter der Organisation der Fischer, der Bauern, der Stadtviertel, der Jugendlichen und Frauen. Alle sind gekommen, was zeigt, dass eine echte Dynamik aufkommt und wir zuversichtlich sein dürfen. Was die Unterstützung anbetrifft, die das WSF in den ärmeren Vierteln von Dakar und in den entfernteren Regionen finden kann, haben sich die Teilnehmer begeistert und optimistisch gezeigt, genauso in Bezug auf die Möglichkeit, dass beobachtet wird, was dort verhandelt wird. In den Tagen vor dem Forumsbeginn werden in diesen Vierteln Aktivitäten organisiert. Das CADTM bereitet ein kulturpolitisches Hip-Hop-Festival vor, an dem bekannte Gruppen mitmachen, die es ablehnen, sich vom Markt vereinnahmen zu lassen. Sie werden neue Stücke spielen, bei denen von der Verschuldung die Rede ist, von der Lebensmittelsouveränität, von den für den Senegal nachteiligen Abkommen mit Europa usw.

Auf regionaler Ebene wird die Teilnahme durch die Jugendlichen als besonders wichtig angesehen. In der dritten Januarwoche wird eine Autobus-Karawane von Nigeria auf aufbrechen. Sie wird durch Benin, Togo, Burkina Faso und Mali ziehen, wo sich ihr andere Delegationen aus Conakry anschließen werden.(1). Bevor sie in Kaolak (der zweitgrößten Stadt von Senegal) ankommt, wird sie Tausende von Kilometern zurückgelegt haben.

Wir erwarten einige Hundert Teilnehmer bei dieser Initiative, die wir zusammen mit dem afrikanischen Sozialforum und Netzwerken wie „No vox“ und ATTAC in Gang bringen. Das CADTM unterstützt die Vorbereitung dieser Aktionen.

Am 2. ,3. und 4. Februar werden wir in Kaolak auch ein Seminar über die Kämpfe der Frauen ausrichten, an dem auch Vertreterinnen aller Kontinente teilnehmen. Selbst wenn die Ergebnisse des WSF von Dakar beschränkt ausfallen sollten, hätten allein diese Initiativen schon mobilisierende Bedeutung. Der springende Punkt ist die Verstärkung der sozialen Dynamiken.

F: Ist es ein Versuch, die Beteiligung aus diesem Teil Afrikas zu verstärken?

A: In der Tat. Nigeria ist von Dakar 2 500 Kilometer entfernt. Der Umstand, dass die Karawane durch verschiedene Länder zieht, ist eine Gelegenheit, das Forum bekannt zu machen. Bei jedem Zwischenziel werden Aktivitäten durchgeführt, um zu erklären, was in Dakar stattfinden wird. All das versetzt mich in vorsichtige Begeisterung.

(…) Es gibt einen wichtigen Punkt: am ersten Tag des WSF – und an den seiner Eröffnung vorausgehenden Tagen– wird der Akzent auf die 50 Jahre der afrikanischen Unabhängigkeit gesetzt . Aktivitäten werden auf der Dakar gegenüberliegenden Insel Gorée stattfinden, von der aus zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert mehr als eine Million Sklaven eingeschifft wurden. Auf diese Weise werden, die Sklaverei von gestern und das heutige System auf die Anklagebank. gesetzt Es ist ein für das kollektive Gedächtnis wichtiges Symbol, eine Brücke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft, ein Aufruf, gegen die Weltkrisen aufzustehen.

F: Die Rede ist von Weltkrisen, müsste das WSF von Dakar sich nicht auch für die Ergebnisse des WEF (Weltwirtschaftsforum) in Davos (Schweiz) interessieren, das kurz zuvor, vom 26. bis zum 30. Januar stattfindet?

A: In der Tat, wir erleben eine Systemkrise, wo alles miteinander verknüpft ist: die Krise trifft das Finanzsystem, die Wirtschaft, das Klima, die Lebensmittel, die Migration. Sie müsste auf globaler Ebene bewältigt werden. Aber heute gibt es keine legitimierte Weltinstitution. Das G20-Treffen ist nicht legitimer als das der G8. Und der UNO gelingt es nicht, die in ihrer Charta vorgesehene Rolle zu spielen.

Diese Krise ist sicher von der fortschreitenden Deregulierung hervorgerufen worden, aber sie ist auch direkt an das System selbst gebunden. Die Botschaft des WSF müsste noch klarer sein als bei seiner Gründung vor 10 Jahren. Sie müsste auf der Notwendigkeit bestehen, den Widerstand zu globalisieren, globale Lösungen voranzubringen und einen anderen Weg als das globalisierte, patriarchale, kapitalistische System vorschlagen.

Diejenigen, die in Davos zusammentreffen, haben im Augenblick noch die Fähigkeit, die Menschen "da unten" anzugreifen. Letztere überwinden nach und nach ihre Vereinzelung –gewiss nicht ohne Schwierigkeiten – um auf den Vorschlag einer mehr als notwendigen globalen Alternative zuzugehen. Und ich denke, dass die Lösung nicht darin besteht, das aktuelle System zu reformieren, sondern sich entschlossen dagegen zu positionieren.

http://www.cadtm.org/Le-defi-d-une-solution-globale

Aus dem Französischen von Angelika Gross, und Bruno Nieser, coorditrad

(1) http://www.suisse.attac.org/La-caravane-des-mouvements-sociaux

Attac Österreich

Eine andere Welt gestalten!

Ein gutes Leben für alle ermöglichen!

I Ein kurzer Blick zurück

Attac hat seit der Gründung im Jahr 2000 der angeblichen Alternativenlosigkeit der neoliberalen Globalisierung konkrete Alternativen für eine andere, gerechtere Welt entgegengestellt und zu einem besseren Verständnis der globalen Wirtschaft beigetragen. Wir haben erfolgreich die negativen Folgen deregulierter Finanzmärkte, neoliberaler Handelspolitik und der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen aufgezeigt sowie Rolle, Macht und Interessen der Profiteure transparent gemacht. Unsere Vorschläge zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte – allen voran die Finanztransaktionssteuer – werden heute weltweit diskutiert und gefordert.

Angesichts der immer stärker zu Tage tretenden negativen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems ist es jedoch zu wenig, einzelne Probleme isoliert zu bearbeiten. Wir stehen mehr denn je vor der Herausforderung dieses System zu hinterfragen und neue Antworten zu finden.

II Das gegenwärtige Wirtschaftssystem

Die Art und Weise wie wir heute vorwiegend produzieren, stellt eine bisher noch nie gekannte Fülle an Gütern und Dienstleistungen bereit. Damit könnten die Bedürfnisse aller Menschen befriedigt werden. Tatsächlich werden jedoch immer mehr Menschen ausgebeutet und von der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ausgeschlossen und die Umwelt zerstört. Attac hat bereits im Jahr 2000 viele Probleme unseres Wirtschaftssystems aufgezeigt. Diese haben sich seither weiter verschärft: Rund eine Milliarde Menschen hungert, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst in Süd und Nord, klimatische Extremereignisse (Flächenbrände, Überschwemmungen, Stürme, Trockenheit etc.) als Folge des Klimawandels nehmen zu und Rohstoffvorräte sowie die Biodiversität nehmen rapide ab. Vermögen und Ressourcen sind immer ungleicher verteilt und führen zu einer steigenden Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen einer kleinen (Wirtschafts)Elite.

All das ist Folge und Ausdruck eines Wirtschaftssystems, in dem die Maximierung des individuellen Profits im Zentrum steht und das auf dem Dogma des grenzenlosen Wachstums und dem scheinbar unbegrenzten Vorhandensein von Ressourcen aufbaut. Heute sind beinahe alle Bereiche der Gesellschaft dieser Logik unterworfen.

Diese Situation müsste politische EntscheidungsträgerInnen dazu veranlassen, ihre Politik grundlegend zu verändern. Wir sind jedoch ZeugInnen eines „Weiter wie bisher". Demokratisch gewählte VolksvertreterInnen treffen weiterhin Entscheidungen, die nicht dem Gemeinwohl sondern vorrangig den Interessen einer Wirtschafts- und Vermögenselite dienen. Die Macht der Wirtschaftselite und ihre zunehmende Verflechtung mit der politischen Elite führen zu einer umfassenden Entdemokratisierung.
Wichtige Entscheidungen entziehen sich immer mehr der demokratischen Mitgestaltung und werden an „ExpertInnen" oder „BeraterInnengremien" ausgelagert. Angesichts dieser Machtverhältnisse ist es naiv darauf zu vertrauen, dass PolitikerInnen ihre geliehene Macht dazu nutzen, Gesetze und Regulierungen zu beschließen, die mit der Profit- und Wachstumslogik brechen. Wir stehen vor der Herausforderung uns mit der Rolle des Staates, der Demokratie und mit der Zurückeroberung unserer Entscheidungsmacht auseinanderzusetzen.

III Unsere Ziele für die nächsten Jahre

Wenn wir allen Menschen das Recht auf ein gutes Leben zugestehen ist ein „Weiter wie bisher" nicht möglich. Wir müssen die Art und Weise wie, für wen und wofür wir produzieren und wie wir konsumieren gänzlich umgestalten und an Zielen und Prinzipien orientieren, die aus sozialer, ökologischer und demokratischer Perspektive dem Gemeinwohl dienen.

Gesamtgesellschaftliche Ziele

Zentrales Ziel unserer Arbeit ist die Erreichung eines guten Lebens für alle Menschen – heute und in Zukunft.
Ein „Gutes Leben für Alle" bedeutet für uns konkret:

- Die Würde aller Menschen wird geachtet, die grundlegenden Bedürfnisse werden befriedigt, individuelle Entwicklungsmöglichkeiten gefördert.
- Die Ressourcen (Boden, Wasser, Pflanzen, Mineralien etc.) werden ökologisch nachhaltig genutzt und im Interesse des globalen Gemeinwohls gerecht verteilt. Die Lebens- und Überlebensinteressen kommender Generationen werden mitberücksichtigt.
- Menschen entscheiden gemeinsam darüber, was für wen in welcher Form produziert wird, wie gemeinwirtschaftliche Güter genutzt und erhalten werden und wie die strukturellen Rahmenbedingungen dafür zu gestalten sind. Menschen gestalten ihr Lebensumfeld selbstbestimmt mit.

Ein gutes Leben für alle Menschen setzt die Sicherstellung der Existenzgrundlagen voraus.

Prinzipien des Wirtschaftens

Um diese Ziele zu erreichen braucht es Formen des Wirtschaftens, die nach folgenden Prinzipien organisiert sind:

- Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit: Gesellschaftlicher Reichtum wird in einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Form produziert und verteilt und garantiert dadurch soziale Sicherheit für alle. Der Fokus des Wirtschaftens liegt auf dem Versorgungs- und Vorsorgeprinzip.
- Gerechte Verteilung von Arbeit: Arbeit ist gerecht verteilt, bewertet und wertgeschätzt und an die Herstellung gesellschaftlich notwendiger Güter und Dienstleistungen geknüpft. Menschen verfügen eigenständig über ihre Lebenszeit.
- Demokratische Organisation: Entscheidungen über wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Spielregeln werden unter Einbindung aller Gesellschaftsgrup-

pen gefällt. Machtunterschiede zwischen Menschen, Geschlechtern, Klassen, Ethnien und Regionen, die zu ungerechter Verteilung von Lebenschancen führen, werden abgebaut.

• Gemeinwohlorientierung: Ziel von Wirtschaften ist das größtmögliche Gemeinwohl – lokal wie global. Kooperation, Solidarität und Verantwortung sind handlungsleitende Prinzipien.

IV Transformationspfade für ein gutes Leben für alle

Viele Menschen auf der ganzen Welt setzen bereits heute sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsformen auf lokaler Ebene um. Sie kämpfen zudem auf regionaler, nationaler oder globaler Ebene für politische Rahmenbedingungen, die diese unterstützen. Dabei geht es nicht darum, ein Wirtschaftsmodell durch ein anderes – für die ganze Welt und alle Gesellschaftsbereiche gültiges – zu ersetzen. Mechanistische und singuläre Lösungen sind weder möglich noch zielführend. Wir müssen ganzheitliche – den jeweiligen lokalen, sozialen und ökologischen Bedingungen angemessene – Formen des Wirtschaftens entwickeln, Vielfalt als Stärke und die Natur als Lebensgrundlage verstehen und respektieren. Das erfordert auch ein Überdenken und die Veränderung unserer Lebensstile.
Die Suche nach anderen Formen des Wirtschaftens wollen wir anhand von verschiedenen Wegen des Wandels beschreiten. Diese nennen wir „Transformationspfade“. Sie sind eine Fortführung und Weiterentwicklung von Inhalten, zu denen wir seit unserer Gründung arbeiten. Mit diesen Transformationspfaden greifen wir auch neue Themen auf und verbinden eine umfassende Analyse des gegenwärtigen Wirtschaftssystems mit der Entwicklung von Alternativen.

Transformationspfad Gemeinwohlorientierte Finanzwirtschaft

Die Finanzmärkte in ihrer neoliberalen Ausgestaltung sind in hohem Ausmaß für unsere aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise verantwortlich. Sie stehen nicht im Dienst einer gemeinwohlorientierten und demokratischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Dem stellen wir das Konzept einer gemeinwohlorientierten Finanzwirtschaft entgegen: Kurzfristig ist es nötig das Finanzcasino durch eine umfassende Re-Regulierung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene zu schließen und die Macht des Finanzsektors sowie einer vermögenden Elite zu brechen. Erste wichtige Maßnahmen dazu sind die Zerteilung der systemrelevanten Banken, die Schließung von Steueroasen, strengere Eigenkapital- und Bilanzierungsregeln, eine Genehmigungspflicht für Finanzprodukte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Vermögens- und Kapitaleinkommenssteuern.
Langfristig ist ein alternatives Finanzsystem mit einem demokratischen und nicht gewinn- sondern gemeinwohlorientierten Bankensystem nötig. Die Kreditvergabe erfolgt nach sozialen, ökologischen und demokratischen Kriterien, um so nachhaltige Projekte zu finanzieren. Wesentliche gesellschaftliche Bereiche – etwa die Altersvorsorge oder die Preisbildung von Rohstoffen oder Wechselkursen – werden außerhalb von Finanzmärkten organisiert.

Transformationspfad Glokalisierung der Wirtschaft

Unser heutiges Wirtschaftssystem basiert auf „billiger“ Energie (vor allem Erdöl) und den damit verbundenen niedrigen Transportkosten sowie dem Ausnützen von „Standortvorteilen“. Immer mehr Produkte und Dienstleistungen werden dort hergestellt oder erbracht, wo Unternehmen durch niedrigere Löhne, Umwelt- oder Sozialstandards Kosten sparen und damit Profite maximieren können. Verkauft wird hingegen dort, wo höhere Einkommen, Vermögen oder der Zugang zu Konsumkrediten existieren.

Dem stellen wir das Konzept der Glokalisierung entgegen: Kern dieses Konzepts ist eine Wirtschaft der kurzen Wege. Jene Güter und Dienstleistungen, die lokal produziert und konsumiert werden können, sollen auch lokal hergestellt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe werden somit gestärkt. Jene Güter, die aus Gründen der Effizienz größere Unternehmenseinheiten erfordern (z. B. die Herstellung von Eisenbahnen oder Schienen) sollen auf kontinental-regionaler Ebene organisiert sein. Ein Teil von Gütern und Dienstleistungen wird auch weiterhin global gehandelt werden, basierend auf den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität.
Um eine Wirtschaft der kurzen Wege zu erreichen, bedarf es unter anderem ökologischer und sozialer Kostenwahrheit und gerechter globaler Handels- und Investitionsregeln, die sich an den Menschenrechten und deren Umsetzung orientieren.

Transformationspfad Ernährungssouveränität

Die Industrialisierung der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sowie die Förderung eines globalen Agrarmarktes durch Freihandelsabkommen (z. B. das WTO Agrarabkommen) sind wesentliche Ursachen für zerstörte bäuerliche Betriebe, übernutzte Ressourcen, enorme Markt- und Machtkonzentration in den Händen weniger Agrar-, Lebensmittel- und Einzelhandelskonzerne sowie für mehr als eine Milliarde hungernde Menschen.

Dem stellen wir das Konzept der Ernährungssouveränität entgegen: Ernährungssouveränität orientiert sich am Menschenrecht auf Nahrung. Sie beinhaltet das Recht von Menschen Lebensmittel- und Agrarpolitiken und damit die Art und Weise der Produktion, Verteilung und des Konsumierens von Lebensmitteln selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität ist ein dezentrales Konzept. Es ermöglicht eine Vielfalt von Lebensmittel- und Agrarsystemen, die an regionale und lokale Bedingungen angepasst sind. Ziel ist eine Landwirtschaft, die den Zugang zu gesunden leistbaren und ökologisch nachhaltig produzierten Lebensmitteln für alle garantiert und ProduzentInnen von Lebensmitteln ein gerechtes Einkommen und die Lebensgrundlagen kommender Generationen sichert. Bäuerliche und ökologische Landwirtschaft sowie lokaler und regionaler (kontinentaler) Handel mit Lebensmitteln spielen dabei eine zentrale Rolle und haben Vorrang vor Exporten und Welthandel.

Transformationspfad Energiesouveränität

Die Befriedigung unserer grundlegenden Bedürfnisse ist heute von fossiler Energie abhängig. Ihr Fehlen würde innerhalb weniger Tage zum Zusammenbruch vieler Wirtschafts- und Lebensbereiche führen. Vor allem der Wohlstand im globalen Norden basiert auf der Ausbeutung und Nutzung der Energieressourcen der Länder des globalen Südens. Das hat dazu geführt, dass Energieverbrauch (und CO 2-Ausstoß) und damit Wohlstand global extrem ungleich verteilt sind.

Dem stellen wir das Konzept der Energiesouveränität entgegen. Energiesouveränität bedeutet das Recht von Menschen, die Kontrolle über die Produktion und Verteilung von Energie auszuüben. Der Zugang zu leistbarer Energie ist ein grundlegendes Menschenrecht. Eine öko-

logisch nachhaltige und sozial gerechte Energieversorgung erfordert daher nicht nur massive öffentliche Investitionen sondern auch eine Dezentralisierung und Demokratisierung von Verteilungsstrukturen. Auch die Demokratisierung von Forschung und Wissensproduktion sowie der Aufbau von autonomen Netzwerken für sozial-ökologische Innovationen sind unumgänglich. Das absehbare Ende fossiler Energieträger und Klimawandel machen einen Ausstieg aus fossiler Energie unumgänglich. Um mit erneuerbaren Energien ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, bedarf es einer Reorganisation der Art und Weise wie wir wirtschaften.

Transformationspfad Commons – Gemeinsam nutzen was allen gehört

In den vergangenen Jahrzehnten wurden immer mehr Bereiche wie Post, Telekommunikation, Bahn, Energieversorgung etc., die zuvor öffentlich organisiert waren, mittels Liberalisierung und Privatisierung der Marktlogik untergeordnet. Auch Wissen wird privatisiert – etwa durch globale Abkommen für Patente. Staaten oder Konzerne eignen sich in großem Stil Land an, vor allem in Ländern des globalen Südens (Landgrabbing). Das entzieht Menschen ihre Lebensgrundlagen, verschlechtert ihre Lebensqualität und verringert ihre Teilhabechancen.

Dem stellen wir das Konzept der Commons entgegen: Commons (Gemeingüter) bedeuten, dass wir lebensnotwendige Dinge teilen und gemeinsam nutzen. Natürliche, soziale und kulturelle Commons (z. B. Wasser, Rohstoffe, Land, Wissen), sind die Voraussetzung für jede funktionierende Gesellschaft. Ziel ist es, auch öffentliche Dienstleistungen als Commons zu definieren. Commons bestehen immer aus drei Komponenten: Aus den jeweiligen Ressourcen, der zugehörigen NutzerInnengruppe (bei manchen Commons wie z. B. Klima ist das die ganze Menschheit) sowie den Regeln, welche die NutzerInnen selbst entwickeln und kontrollieren. Menschen erhalten so die Möglichkeit Bereiche ihres Lebens selbst in die Hand zu nehmen. Commons ermöglichen Selbstbestimmung und Entfaltung ebenso wie Kooperation und gegenseitigen Respekt. Sie sind ein Beitrag zur Ermächtigung - insbesondere auch von sozial benachteiligten Menschen.
In einer Commons-basierten Gesellschaft berechtigt Eigentum zur Nutzung von Ressourcen, aber nicht dazu, andere davon auszuschließen. Natürliche Ressourcen werden nicht übernutzt und kulturelle und soziale Gemeingüter so gepflegt, dass sie nicht verloren gehen.
Wirtschaften ist so organisiert, dass alle nach ihren Fähigkeiten zur Produktion dessen, was wir brauchen, beitragen.
Commons ermöglichen somit Alternativen zur Wachstumsökonomie.

Transformationspfad menschengerechte Arbeit

Die Arbeit vieler Generationen von Frauen und Männern weltweit ist die Basis von Wissen, Wohlstand und materiellem Reichtum. Deren ungleiche und ungerechte Verteilung nach Geschlecht, sozialer und ethnischer Herkunft in und zwischen Regionen wurde und wird - global und lokal - durch politische und wirtschaftliche Macht durchgesetzt und aufrechterhalten. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsstunden bleibt unbezahlt. Diese werden mehrheitlich von Frauen geleistet und sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar. Existenzsichernde Erwerbsarbeit hingegen ist für immer weniger Menschen zugänglich. Sie wird in der konkurrenz- und profitorientierten Marktwirtschaft als Ware gehandelt und als Kostenfaktor gesehen – Löhne und Arbeitsstandards geraten unter Druck.

Dem stellen wir das Ziel menschengerechter Arbeit entgegen: Menschengerechte Arbeit setzt einen neuen Blick auf das Menschsein und ein anderes Wirtschaften voraus: Phasen der (Aus)Bildung, der Versorgungsarbeit, der Erwerbsarbeit, der politischen Tätigkeit, des Müßiggangs und des schöpferischen Seins sind gleich wichtig und müssen allen Menschen ermöglicht werden.
Wer woran und unter welchen Bedingungen arbeitet, muss sich an den Bedürfnissen der Menschen - etwa nach existenzsichernder, erfüllender, selbst- und gemeinschaftlich bestimmter Arbeit - orientieren. Wesentlich ist auch die demokratische Mitbestimmung über die Nutzung des erarbeiteten Reichtums. Alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung - bei Entkoppelung von Lohnarbeit - sind unter anderem Commons oder das Bedingungslose Grundeinkommen.

Transformationspfad Umfassende Demokratisierung

Die Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verringert. Entscheidungen z. B. über Wirtschaftspolitik werden zunehmend weit entfernt von den Einflussmöglichkeiten vieler Menschen auf supranationaler Ebene (EU, UNO, WTO) gefällt. Politische und wirtschaftliche Eliten sind immer enger verflochten. Die Folge ist, dass viele Menschen Demokratie nur mehr auf das Wählen von Parteien oder BerufspolitikerInnen reduzieren oder sogar gänzlich auf ihr Wahlrecht verzichten.

Dem stellen wir das Konzept der umfassenden Demokratisierung entgegen: Umfassende Demokratisierung bedeutet, dass sich alle Menschen - nicht nur Eliten - in sämtlichen Fragen von öffentlichem Interesse einbringen und mitentscheiden: Wie wird der Wohlstand verteilt? Wie werden lebenswichtige Ressourcen genutzt? Was wird wie produziert um sicherzustellen, dass jene Güter und Dienstleistungen hergestellt werden, die das Gemeinwohl steigern und die Lebensgrundlagen langfristig erhalten? Wir suchen und fördern neue Formen der demokratischen Organisation aller Lebensbereiche.
Dazu zählt Mitbestimmung beispielsweise bei Wohnprojekten, in der Schule oder am Arbeitsplatz genauso wie bei öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen wie Verkehrsorganisation, Raumplanung, Sozialgesetzgebung oder beim öffentlichen Budget. Für Entscheidungen, die nur global getroffen werden können (z. B. Klimawandel) braucht es ebenfalls neue demokratische Formen.

V Strategien für eine andere Welt – Politik gestalten und Alternativen leben

Seit unserer Gründung haben wir viel an politischer Erfahrung gewonnen. Wir bauen unsere Strategien darauf auf und entwickeln sie weiter. Im Zentrum steht die Kombination von politischem Handeln und gelebten Alternativen:
Wir informieren über wirtschaftliche Zusammenhänge und schaffen Reflexions- und Diskussionsräume um Menschen zu ermächtigen selbst aktiv zu werden (ökonomische Alphabetisierung).
Wir entwickeln konkrete politische Alternativen und tragen sie aktiv in die Öffentlichkeit um die Möglichkeit einer anderen Welt aufzuzeigen.
Wir vernetzen uns mit zivilgesellschaftlichen Initiativen in Österreich, Europa und auf globaler Ebene um gemeinsam politische Forderungen mittels Kampagnen und Mobilisierungen voranzutreiben.
Wir unterstützen und beteiligen uns aktiv an Initiativen vor allem auf lokaler Ebene, die eine andere Welt aktiv gestalten und leben.

http://www.attac.at/deklaration2010.html

Kampagnen von Attac Frankreich 2011

Ergebnisse der Vollversammlung im November 2010

__Attac Frankreich__ führt jedes Jahr eine Vollversammlung durch, auf der Bilanz gezogen wird und die nächsten Schritte beschlossen werden. Alle drei Jahre wird der „Verwaltungsrat“ gewählt – die Vertretung von attac Frankreich. Für die Vollversammlung legt der Verwaltungsrat einen Rechenschaftsbericht vor, über den die Mitglieder abstimmen. Behandelt werden auch Resolutionsvorschläge von Mitgliedern. Die Unterlagen für die Vollversammlung werden einige Wochen davor an alle Mitglieder verschickt, so dass jeder darüber per Brief abstimmen kann – oder während der Versammlung.

Die Vollversammlung hat - neben der Fortführung der __Kämpfe um soziale Forderungen__ - mehrere Schwerpunkte der Aktivitäten im Jahr 2011 bestimmt:

U. a. soll __eine internationale Kampagne gegen die G8- und G20-Gipfel__ in Frankreich organisiert werden. Die Strukturprobleme der __EU__ sollen wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden – das sei besonders dringlich angesichts „der zunehmenden Widersprüche innerhalb Europas und des Aufstieges der extremen Rechten, die das Fehlen einer klaren politischen Perspektive zur Lösung der Krise ausnutzen will.“.

Breite Zustimmung fand auch die Resolution „__Aktionen für Frieden und Abrüstung__“, denn „ein konsequenter und stimmiger Einsatz für die Überwindung des Kapitalismus erfordert nicht nur, den Kampf gegen die Finanzdiktatur und für die Rettung der Umwelt zu führen, sondern auch sich mehr denn je für den Frieden einzusetzen.“ Das bedeutet u. a. „ die „__Auflösung der NATO__“ einzufordern.

Wir veröffentlichen hier nur Auszüge des Berichts und 2 Resolutionen, der vollständige Text auf Französisch befindet sich unter: http://www.france.attac.org/spip.php?article11778

Einleitung

Infolge der Krise sind in den letzten Monaten **schwere Angriffe auf die sozialen Rechte** geführt worden:
Die Bürger, Beschäftigte, Rentner und Arbeitslose bezahlen gegenwärtig für die Krise und der Angriff auf die Rentner scheint dafür nur ein Vorgeschmack zu sein. Im Gegensatz dazu sind die wahren Verantwortlichen der Krise, die Finanzindustrie und alle Regierungen und internationale Institutionen, die die Deregulierung gepredigt haben, weder in Frage gestellt worden noch wurden sie zu einem Beitrag verpflichtet.

Die Krise verweist auch auf die Sackgasse, in der sich die **Europäische Union** gegenwärtig befindet. Deshalb hat Attac Frankreich seine Aktionen und Überlegungen in drei Richtungen geführt, die im ersten Teil dieses Berichts entwickelt werden: **Der Kampf gegen die Rentenreform, die Entwaffnung der Finanzmärkte und die Mobilisierung für ein anderes Europa**. Und weil wir von Anfang an den globalen Charakter dieser Krise - mit einer starken ökologischen Dimension – gesehen haben, fügen wir noch einen vierten Schwerpunkt hinzu: die **Klimagerechtigkeit**.

Diese Mobilisierungen konnten nur erfolgreich durchgeführt werden, weil alle Gliederungen von Attac aktiv beteiligt waren (Ortsgruppen mit ihrer nationalen Konferenz, Arbeitsgruppen, Wissenschaftlicher Beirat, Attac Campus und die Gründungsmitglieder der Vereinigung).

Diese Mobilisierungen haben sich gestützt auf einer breiten Bildungsarbeit(...), auf die verbesserte Kommunikation und auf eine starke Einbeziehung der Mitglieder und der Ortsgruppen. Das Ergebnis war auch eine Stabilisierung, ja sogar eine leichte Erhöhung der Mitgliederzahl.

1. Entwaffnung der Finanzmärkte

Die Finanzkrise hat die Gültigkeit unserer Analysen über die Gefahren von deregulierten und unverantwortlich wirkenden Finanzmärkte ganz und gar bestätigt, und unsere Vorstellungen sind inzwischen von den sozialen Bewegungen, den ökologischen Organisationen, den Zusammenschlüssen zur Armutsbekämpfung und sogar von "hochrangigen" politisch Verantwortlichen aufgegriffen worden. Gleichzeitig werden wir mit einem Zustand der Enttäuschung und allgemeiner Resignation in der Bevölkerung angesichts der Tragweite der Krise und der extremen Komplexität des Finanzsystems konfrontiert, das unangreifbar scheint.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, hat der Verwaltungsrat im April 2009 nach dem G 20 Gipfel in London strategische Entscheidungen getroffen: Er hat langfristig angelegte Kampagnen in Gang gesetzt mit Themen, die den Kern der Identität von Attac ausmachen, und mit dem Ziel, konkrete Fortschritte zu erzielen:

- Einführung einer Finanztransaktionssteuer – damit wurde das Gründungsthema von Attac wieder in den Vordergrund gesetzt.
- Umgestaltung des Bankensystems, Ursprung der Finanzkrise, das durch die öffentliche Intervention gerettet wurde und dem man nicht erlauben kann, seine unverantwortlichen Praktiken wieder aufzunehmen.

(...)
Der Verwaltungsrat hat eine neue **Kommission "Finanzen"** eingerichtet, um diese Kampagnen zu koordinieren und die Arbeiten über die Finanzfragen zu organisieren. Veröffentlichungen: *(http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique33)*

Wir haben uns ebenfalls zum Ziel gesetzt, die Vernetzung der sozialen Bewegungen anzustoßen, um eine **Mobilisierung zu den internationalen Gipfeln wie den G 8 und G 20 aufzubauen**.

Frankreich hat 2011 den Vorsitz für die G8 und G20 und attac will zusammen mit

anderen Organisationen eine breite Mobilisierung gegen diese Gipfel erreichen

Aufruf zur Mobilisierung zum G8 und G20 in Frankreich 2011

Im November 2010 übernimmt Frankreich den Vorsitz der G8 und der G20. Die Gipfel finden am 26-27.März (G8) und 3.-4. November 2011 (G20) statt. Die Gipfel kommen und gehen, die Krise von Wirtschaft, Finanzen, Umwelt und Sozialem bleibt jedoch bestehen. Die letzten G8 und G20 (Pittsburgh 2009, Toronto und Seoul 2010) haben keine substantielle Lösung für diese Krisen gebracht. Im Gegenteil, alles spricht dafür, dass sie in erster Linie versucht haben, die Akteure und Mechanismen, die die Krise verursacht haben, weiterhin zu legitimieren. Die Bürgerinnen und Bürger müssen dagegen die Rechnung bezahlen.

Wir wissen, dass solidarische und demokratische Antworten auf die globalen Krisen nicht von den Regierungen der reichsten Länder allein, sondern von den Menschen und der G192, von allen Ländern des Planeten kommen werden. Wir sprechen den Mächtigen das Recht ab, uns ihre Lösungen für Krisen aufzudrängen, die sie selbst herbeigeführt haben.

Wir wollen zeigen, es gibt Alternativen. Wir wollen die grundlegenden Menschenrechte für alle, eine gerechte Verteilung des Reichtums, Produktions- und Konsumweisen, die den Planeten bewahren und eine Demokratisierung der internationalen Entscheidungsgremien. Die sozialen Bewegungen demonstrieren mit ihrer Praxis und ihren Vorschlägen, dass Alternativen möglich sind.

Obwohl die Gipfel wenige Monate vor den französischen Wahlen stattfinden, sind sie von globaler Bedeutung. Auch die Mobilisierung von unten wird international sein. Das Weltsozialforum in Dakar im Februar 2011 und die anderen internationalen Aktionen bis zum Juni 2011 sollen als Vorbereitung dienen.

Wir rufen soziale Bewegungen, Netzwerke und Organisationen zur gemeinsamen Mobilisierung zu den Gipfeln der G8 und G20 in Frankreich auf. Wir stützen uns dabei auf die Vielfalt der Ideen und Aktionsformen, um unsere gemeinsamen Anliegen und Alternativen zum Ausdruck zu bringen.

www. Altermob.org

Seite von attac Frankreich:
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1127

2. Kampf gegen die Rentenreform

Seit der Schlacht von 2003 gegen die Rentenreform Fillon, welche die Berufstätigen und weitere Menschen trotz einer sehr großen Mobilisierung verloren haben, wussten wir, dass die rechte Regierung und der Unternehmerverband Medef eine neue Offensive gegen das Rentensystem mit Umlageverfahren vorbereiten würden, das schon durch die Reformen von 1993, 2003 und 2007 verschlechtert worden war.
Die Krise hat ihnen die Gelegenheit geboten, dieses Projekt in einem europäischen und globalen Kontext voranzutreiben, wo die Finanzinstitutionen erfolgreich ihre faulen Kredite der Gemeinschaft aufbürdeten, und auf diese Weise die Haushaltsdefizite und die öffentliche Schulden beträchtlich vergrößert haben. „Rentenreformen“ sind in den meisten OECD Mitgliedsländern durchgeführt worden, die eine Verringerung der Renten vorsehen und ebenfalls eine Verschärfung des Zugangsrechts zur Rente, insbesondere durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
In Frankreich hat die Regierung Sarkozy-Fillon ohne jegliche Diskussion ein Reformprojekt erzwungen, das ein Anheben des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahre vorsieht und ein Erhöhung des Renteneintritts mit einer Rente ohne Abzüge von 65 auf 67 Jahre.
Mit ihrem eindringlichen Wiederholen der Aussage, wonach das Defizit der Rentenkasse durch die Verlängerung der Lebenserwartung hervorgerufen würde, verschweigt die Regierung die Tatsache, dass sich im Jahr 2006 dieses Defizit auf nur 2,2 Milliarden Euros belief, die Krise das Defizit jedoch auf 32,2 Milliarden Euro im Jahr 2010 ansteigen ließ.
Ihr eigenes Versprechen, die Schwere der Arbeit zu berücksichtigen, verleugnet sie und sie verlangt stattdessen eine individuelle Überprüfung, bei der eine Invalidität von mindestens 10% nachzuweisen ist.
Zusammengefasst sind die Eckpunkte der Reform von 2010: Verringerung der Renten, Aufrechterhaltung des Zwangs zur Arbeit und als Folge eine steigende Arbeitslosigkeit. Dennoch wird damit keine längerfristige Absicherung der Rentenversicherung erreicht.

Die großen Linien dieses Projekts ließen sich seit vielen Monaten voraus ahnen. Im Sommer und Herbst 2009 begann daher eine aus Attac-Mitgliedern und der Stiftung Copernic zusammengesetzte Arbeitsgruppe an einem Buch zu arbeiten, um die sich abzeichnende Kampagne vorzubereiten. Dieses Buch wurde im Frühjahr 2010 veröffentlicht und bietet eine vertiefte Analyse der Rentenproblematik und Alternativvorschläge.

Anfang Januar 2010 schlug diese Gruppe dem Verwaltungsrat vor, zusammen mit der Stiftung Copernic eine nationale Initiative zu starten, um eine einheitliche Mobilisierung großen Ausmaßes im ganzen Land herbeizuführen. Auf diese Weise entstand der Appell "Den Rentenforderungen der Bürger Gehör verschaffen" während einer ersten Zusammenkunft am 17. Februar in Paris, wo ein großes Spektrum der an unserer Initiative interessierter Bewegungen zusammentraf.
(S. SiG Nr. 83) (...)

Sehr schnell haben sich zig lokale Kollektive gebildet, oft auf die Initiative von Attac hin, und immer mit seiner aktiven Beteiligung. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 wurden mehrere hundert öffentliche Versammlungen und verschiedene Demonstrationen organisiert.
Diese Initiative, die sich die Mehrzahl der lokalen Attac- Komitees schnell zu eigen gemacht haben, hat in dem Augenblick Gestalt angenommen, als die Gewerkschaftsorganisationen sich ebenfalls auf die Eröffnung des Kampfes gegen das Regierungsprojekt vorbereiteten.
Entworfen als Ergänzung zur Gewerkschaftsaktion hat der nationale Aufruf dazu beigetragen, die wirklichen Herausforderungen bezüglich der Renten in das Zentrum der Debatte zu rücken und die Mobilisierung bis zum Höhepunkt des 24.Juni zu steigern, wo 2 Millionen Personen auf der Straße waren.
Gleich im Anschluss an diesen nationalen Aufruf haben am 30 April 2010 19 Jugendorganisationen, darunter die Studentenorganisation UNEF und Attac-Campus einen anderen Aufruf veröffentlicht "Die Rente ist eine Angelegenheit der Jugend!".
Während des 1. Halbjahres 2010 wurde der Bekanntheitsgrad von attac größer, aufgrund seiner eigenen Initiativen, und aufgrund seiner von allen Partnern anerkannten Rolle beim Aufbau einer einheitlichen Bewegung. Ersichtlich wird es am Platz, den Attac bei den Versammlungen in Paris Marseille und Lyon eingenommen hat, und an der größeren Öffnung der Medien für unsere Publikationen. Attac hat sogar einen medialen Coup gelandet, indem es mit einer Parodie der Homepage der Regierung die Idee " Lasst uns wirklich eine gerechte Reform zustande bringen" präsentiert hat.
Zur gleichen Zeit wurde innerhalb von Attac eine Arbeitsgruppe „Renten“ geschaffen, deren erste Sitzung am 1. Juli stattfand, und auch eine Diskussionsliste wurde gestartet. Die Aktivität von Attac war umso wichtiger, da sie zeigen konnte, dass über die Rentendebatte hinaus grundlegende Entscheidungen über unsere Gesellschaft anstehen:
1. Der Teil des Reichtums, den die Gesellschaft für ältere Beschäftigte aufbringt, kann vergrößert werden, wenn man auf die Dividenden, die die Konzerne

an ihre Aktionäre ausschütten, Beiträge erhebt.
2. Die soziale Ungleichheit muss reduziert werden, insbesondere die ungleiche Behandlung von Frauen, die durch die Pläne der Regierung noch verschärft wird.
3. Die Rolle der Arbeit im menschlichen Leben muss neu definiert werden. Und wenn man sich ein neues Verhältnis zur Arbeit und zur Lebenszeit vorstellt, wirkt man zugleich am Aufbau einer Gesellschaft mit, in der statt des Akkumulations-Wettlauf neu Lebensweisen entstehen, die solidarisch und ökologisch sind.
4. Die Besteuerung der Produktionsgewinne, die für die Finanzierung der Renten erforderlich ist, erlaubt es, einen Übergang in Betracht zu ziehen, der drei Forderungen berücksichtigt: Befriedigung der zahlreichen Grundbedürfnisse, die heute vernachlässigt werden; angemessene Umverteilung der Einkünfte; und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Notwendigkeit, die Grundlagen für eine menschliche Entwicklung zu schaffen, die dem Produktivismus entgegengesetzt ist, entspringt dem Kern des Schutzes und Ausbaus eines sozialen Sicherungssystems von hohem Niveau, für das die Renten eine wesentliche Säule bilden.

Die sehr wichtige Mobilisierung vom 7. September, dem Tag der Eröffnung der Parlamentsdebatte über den Gesetzesentwurf, war ein qualitativer Wendepunkt: Die verschärfte Ablehnung der Reform in der öffentlichen Meinung wurde offensichtlich und man konnte an diesem Tag die Früchte der breiten Kampagne im ganzen Lande während der Sommerferienzeit sehen.
Zur weiteren Mobilisierung wurden im September die „Montage an der Sonne“ (öffentliche Versammlungen in vielen Orten) organisiert, auch großer zentrale Kundgebungen (…)
Zum Streik können nur Gewerkschaften aufrufen – Wie kann also attac eine aktive Rolle spielen in einer Situation, wo eine Kraftprobe notwendig und unvermeidbar wird? Attac kann zu einem wachsenden Bewußtsein über die Bedeutung eines Generalstreiks beitragen, wenn die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die grundlegenden demokratischen Prinzipien bedroht werden.
(Anm. der Red.: Hier fehlt die Auswertung der Kampagne, die zum Zeitpunkt der Versammlung noch nicht geleistet war, s. dazu das Protokoll vom Verwaltungsrat http://www.france.attac.org/spip.php?article12028)

1.3. Mobilisierung für ein anderes Europa

Die Wirtschaftskrise hat durch die Spekulanten-Angriffe auf den Euro und die Verschuldung einzelner Staaten eine europäische Dimension bekommen. Sie erweist die Notwendigkeit, noch intensiver die europäischen Fragen mit denen der Entwaffnung der Finanzmärkte, der Geldpolitik und den Kämpfen gegen die Sparpolitik (zu der in Frankreich die Rentenreform zählt) zu verknüpfen. Der Rat hat daher innerhalb von Attac eine gründliche Debatte über die Alternativen zur gegenwärtigen EU, besonders im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich, angestoßen.

Ein Höhepunkt der europäischen Bewegungen war in diesem Jahr das **Europäische Sozialforum (ESF)** in Istanbul im Juli 2010. Attac Europa und insbesondere Attac Frankreich hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Dieses Forum war gekennzeichnet durch eine schwache Teilnahme der europäischen sozialen Bewegung, besonders der türkischen, woran sich ihre aktuellen Schwierigkeiten zeigen.
Es bleibt nichtsdestoweniger der einzige europäische Ort, der so viele Austauschmöglichkeiten bietet. Attac hat darauf gedrängt, dass das ESF einen europäischen Tag der Mobilisierung gegen die Sozialkürzungen ausruft, den 29. September, als passende Antwort auf die Forderungen der europäischen Konzerne.
(…)
Erwähnt sei noch die Zusammenarbeit von Attac mit anderen europäischen Verbänden (Europäisches Krisennetzwerk, Europäische Sozialkonferenz, Netzwerk S2B …).

Seite von attac Frankreich zu den Renten: http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique24

4. Klimawandel und soziale Gerechtigkeit

a) Auf internationaler Ebene sind die Verbindungen zum Netz „Climate justice now“ verstärkt worden. Attac hat auch an internationalen Konferenzen teilgenommen, (Konferenz der Völker in Cochabamba, Gegengipfel in Cancun)
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1093
(...)
b) Eine Debatte über die Wege und Möglichkeiten eines ökologischen und sozialen Übergangs wurde eingeleitet,(…)
Attac hat den Aufruf zur Unterstützung der ecuadorianischen Regierung bei ihrem Plan, ihre Erdölvorkommen nicht zu fördern (Projekt ITT), unterstützt . (…)
Einzelne lokale Attac-Gruppen engagieren sich in Klima-Projekten sowie Bewegungen wie z.B. „Langsame Städte“.
Auf der Sommer-Akademie 2010 fand eine Reihe von Workshops zum Thema „Gemeinschaftliches Eigentum“ statt.
(…) Die Diskussion darüber, was eine Neuformulierung von internationalen Rechten bedeuten könnte, ist nach dem Appell von Cochabamba für die Rechte der "Mutter Erde" verstärkt worden.
(…)

(Im zweiten Teil befasst sich der Bericht mit dem Tätigkeiten der einzelnen Gliederungen von Attac Frankreich),

Zusammenfassung

Der Orientierungsbericht, der im Dezember 2009 von der Attac-Vollversammlung verabschiedet wurde, formulierte erstmals die Notwendigkeit für unsere Vereinigung, über verschiedene Formen der Überwindung des Kapitalismus zu diskutieren.
(Text:
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1144)

Seitdem haben das Scheitern von Kopenhagen, die Entwicklung der europäischen Krise, und die Ohnmacht der G20 und der internationalen Finanzorganisationen, die irgendeine laue Reform des Kapitalismus jenseits der neoliberalen Dogmen wollen, die Richtigkeit dieser Diagnose bestätigt.

Wir werden natürlich den Kampf gegen die neoliberalen „Reformen“ und für echte fortschrittliche, solidarische und demokratische Reformen nicht aufgeben. Aber wir wissen, dass es außer gezielten Reformen auch eine radikale Neudefinition der Regeln unseres Zusammenlebens auf lokaler und globaler Ebene erfordert, um soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zu erreichen. Zu diesem Zweck muss Attac seine Handlungsfähigkeit stärken – indem die Volksbildungs-Arbeit vertieft wird, indem wir gemeinsam mit anderen Werkzeuge der Bürgerbeteiligung schaffen, durch die in aktuelle Ereignisse eingegriffen werden kann, so dass die Bürger zu echten Akteuren in ihren Städten werden.

In unseren Kampagnen zur Verteidigung der gesellschaftlichen Solidarität, gegen die Macht des Finanzkapitals und für Klimagerechtigkeit werden wir auch weiterhin die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger suchen. Dies erfordert eine stärkere Beteiligung der Mitglieder am Leben von Attac, also einen erneuerten Diskussionsprozess über das demokratische Leben unserer Organisation, sei es

in der Generalversammlung, dem Rat oder in den Ausschüssen, sei es in der Landesdelegiertenkonferenz oder den Lokalgruppen. Wir müssen weiterhin die Zustimmung unserer Anhänger wachhalten, unsere Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit verbessern, den Kontakt zu unseren Gründungsmitgliedern neu beleben und unsere Rolle als Katalysator im Herzen der sozialen Bewegungen auf lokaler wie auf globaler Ebene noch besser spielen. Die G8- und G20-Gipfel in Frankreich im Jahr 2011 geben uns in dieser Hinsicht eine gute Gelegenheit, um diese Ziele zu realisieren.

Die globale Krise, die Mobilisierung für Klimagerechtigkeit in Cancun Ende 2010 und dann in Johannesburg Ende 2011 sowie das Weltsozialforum in Dakar im Februar 2011 werden wichtige Momente sein, um die globalisierungskritische Bewegung auf internationaler Ebene weiterzuentwickeln.
Und die Europäische Sommerakademie von Attac im Sommer 2011 wird eine Gelegenheit, um den Austausch zwischen den internationalen Attac-Verbänden zu fördern.

Übersetzung: Bruno Nieser und Kolja Mendler, coorditrad, und SiG-Redaktion

Attac Frankreich

"Ernährungssouveränität und nationale Souveränität"

Resolution Nr. 5

Hintergrund

Seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2007-2008 entwickeln offenbar die Hauptakteure der Finanzmärkte und der Staaten (über Staatsfonds) eine neue Strategie. Diese begann mit einer Welle von Spekulationen auf den Rohstoffmärkten, insbesondere jenen der Agrarrohstoffe, und sie entwickelt sich weiter in Form von massiver Aneignung von Ackerland und Wäldern (land grabbing) - -zig Millionen Hektare - vorrangig in den Ländern der Südhalbkugel und mit der Unterstützung der Weltbank. Auf diesen Ländereien wird dann für den Export angebaut, vor allem zur Herstellung von Agrartreibstoffen. Es geht um einen Versuch, die Verfügungsgewalt über Grund und Boden der Länder des Südens zu bekommen, um ihre natürlichen Ressourcen zu kontrollieren und vor allem, um die dortige Bevölkerung politisch zu unterjochen, indem sie mit Hilfe von korrupten Regierungen von ihrem Land vertrieben wird.

Das Interesse des Privatkapitals an neuen Profitquellen im Bereich der Agrarwirtschaft, Viehzucht und Nahrungsmittelerzeugung ist nichts Neues, so war es schon in den frühesten Kolonialzeiten. Die Brutalität und das Ausmaß dieser neuen Strategie zur Aneignung von Agrarland durch Akteure der globalen Finanzmärkte sind jedoch Zeichen einer neuen Politik, deren Ziel es ist, die Kleinbauern massiv zu verdrängen, um den Großunternehmen und deren todbringenden Technologien der industriellen Landwirtschaft und Viehzucht Platz zu machen.

Diese neue Strategie hat vielfältige Auswirkungen: auf die Bauern, die vertrieben werden und dabei ihre Lebensgrundlage verlieren, auf die Erhaltung und Pflege der Boden, des Wassers und überhaupt aller natürlicher Ressourcen. Und sie gefährdet auch grundsätzlich die Ernährungssouveränität und damit auch die nationale Unabhängigkeit der Bevölkerungen.
Gleichzeitig entstehen starke Widerstandsbewegungen gegen diese neue Strategie: direkt bedrohte bäuerliche Gemeinschaften sowie praktisch zur Sklavenarbeit gezwungene Landarbeiter wehren sich.
Widerstand regt sich aber auch bei Gegnern einer verantwortungslosen Agrarindustrie, bei UmweltschützerInnen und VerbraucherInnen, die hochwertige Nahrungsmittel fordern und bei Völkern, die sich gegen jede Form des Neokolonialismus zur Wehr setzen.
Diese Widerstandsbewegungen sind jedoch noch sehr zersplittert und haben unterschiedliche Akzente. Die Vernetzung ihrer Widerstände ist zu stärken mit dem Ziel, zusammen mit den Sozialen Bewegungen zur Kritik und Überwindung des Finanzkapitalismus wirkungsvoll beitragen zu können.

Resolution:

Anbetracht dieser Analysen ruft die Attac-Vollversammlung 2010 die lokalen Gruppen und Mitglieder von Attac dazu auf, die Ziele dieser Widerstandsbewegungen gegen die Finanzmärkte aktiv zu unterstützen:

- für den Zugang zum eigenen Land für alle Bauern und für die Förderung einer lokalen bäuerlichen Landwirtschaft
- für die Ablehnung von «todbringenden Technologien», von gentechnisch veränderten Pflanzen und von gesundheitsgefährdender Nahrungsmittelproduktion
- gegen die Privatisierung von Saatgut und gegen die Kontrollübernahme der Viehzucht durch die Agrarindustrie
- gegen die Ausplünderung und Zerstörung der Naturressourcen durch die räuberische industrielle Landwirtschaft
- gegen die Verfechter eines "grünen Kapitalismus," der u. a. versucht, den Agrarsektor dem Handel mit CO2-Emissionszertifikaten zu unterwerfen und die Monokultur von Agrartreibstoffen auszudehnen.

Die Unterstützung solcher Widerstände sollte zu einem Schwerpunkt der attac Aktivitäten werden.

2011 wird Attac zusammen mit der Confédération paysanne, Via Campesina und anderen Partnern Mobilisierungen in Frankreich wie in Europa entwickeln für das Recht auf Ernährungssouveränität und für eine Reform der GAP, die alle genannten Ziele berücksichtigt. Attac wird insbesondere am europäischen Forum zur Ernährungssouveränität im August 2011 in Österreich teilnehmen.

Übersetzung: Kirtsen Heininger und Michele Mialane, coorditrad, und SiG-Redaktion

Attac Frankreich

« Aktionen für Frieden und Abrüstung »

Auflösung der NATO

Resolution Nr. 4

Die Vorherrschaft des globalisierten Kapitals zeigt sich in der Diktatur der Finanzmärkte, in der Ausplünderung und Verschwendung von natürlichen Ressourcen. Das gefährdet die Zukunft der Arten – Menschheit inbegriffen.

Diese Vorherrschaft zeigt sich auch in Rückschritten im sozialen Bereich, so dass noch nicht einmal die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen gewährleistet ist.

Sie bedeutet schließlich den Rückgriff der kapitalistischen Mächte auf die Waffengewalt, wenn deren Vorherrschaft in Frage gestellt wird und deren jeweilige Demokratieform dies zulässt. Militärische Gewalt ist für sie ein Mittel, die Vorherrschaft zu behalten.

Auf lokaler, nationaler und kontinentaler Ebene werden Gebiete durch Mauern und bewaffnete Wächter abgeschottet - Inseln in einem Meer von Armut. Dies kann nur dazu führen, dass Spannungen weiter geschürt und damit die Gewaltspiralen weiter angetrieben werden, die sich in großen bewaffneten bis hin zu atomaren Konflikten entladen können.

Ein konsequenter und stimmiger Einsatz für die Überwindung des Kapitalismus erfordert nicht nur den Kampf gegen die Finanzdiktaturen und für die Rettung der Umwelt zu führen, sondern auch sich mehr denn je für den Frieden einzusetzen. Bis heute haben die Aktivitäten der Zivilgesellschaft es nicht geschafft, den weltweit steigenden Rüstungsausgaben Einhalt zu gebieten. Attac gehört zweifelsohne zu den Organisationen, die am besten darauf hinweisen können: Frieden und Abrüstung müssen mit ökologischem und sozialem Fortschritt einher gehen

Die Vollversammlung beauftragt hiermit den Verwaltungsrat:
- sich dafür einzusetzen, dass dieses Thema in den verschiedenen Debatten von Attac behandelt wird, insbesondere im wissenschaftlichen Beirat, in der Sommeruniversität und den Tagungen;
- den Austausch und die Zusammenarbeit mit den anderen Attac-Gruppen - insbesondere den europäischen – zu diesem Thema zu fördern;
- die Ziele, die in der letzten Vollversammlung gesetzt wurden, umzusetzen (1).

2011 wird sich Attac vorrangig an folgenden Initiativen beteiligen und entsprechend handeln:
- Eine weltweite, schrittweise und überwachte Abrüstung und im Zuge dessen eine drastische Reduzierung der Militärausgaben und deren Umwidmung für Ausgaben im sozialen Bereich und für den Zivil- und Umweltschutz, sowie eine strenge Kontrolle durch die Parlamente der militärischen Einsätze im Ausland.
- Verabschiedung der Konvention zur Vernichtung von Atomwaffen durch die UNO, mit einer genauen Zeitplanung, die die totale Nuklearabrüstung bis zum Jahr 2020 festlegt. Als erster Schritt soll die Modernisierung der Atomrüstung aller Nuklearmächte sofort eingestellt werden und Maßnahmen zur Abrüstung sind zu treffen (Reduzierung des Alarmniveaus, Transparenz und Überwachung der Abrüstungsmaßnahmen).
- Schaffung von atomwaffenfreien Zonen, insbesondere im Mittleren Osten und in Europa.
- Die Auflösung der NATO - ein aggressiver und räuberischer Pakt - und den sofortigen Abzug der Truppen aus dem Irak, aus Afghanistan und aus den Nachbarstaaten.
- Die Neuorganisation der UNO, so dass sie ihre Rolle als stärkendes Organ des Völkerrechtes ausüben und dessen globaler Anwendung sichern kann, sowie die friedliche Konfliktlösung.

Attac wird zu diesen Themen Stellung nehmen und sich an Aktionen von Bündnissen beteiligen, insbesondere:
• bei der Verabschiedung des Verteidigungshaushaltes,
• gegen die aktuelle militaristische Politik und den Rüstungswettlauf
• an internationalen Aktionstagen (für die nukleare Abrüstung am 5. Juni, Gedenktag der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki Anfang August und internationaler Friedenstag am 21. September)

1) S. den Punkt 6.2. des Berichts (Demokratie)
http://www.france.attac.org/spip.php?article10349

.

Zu folgenden Themen sind ebenfalls Resolutionen verabschiedet worden:

Für eine Kampagne über die Europäsische Union 2011
Zur Migration Mut zur Utopie Kampf um Demokratie in Frankreich

---

www.widerspruch.ch

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland

Manifest zur Krise des Euro

Die Schuldenkrise der Staaten kann nur durch grundlegende Reformen des globalen Finanzsystems und der EU überwunden werden

Vorbemerkung

Der Euro wird durch diejenigen in Gefahr gebracht, die vorgeben, seine Retter zu sein. Dazu gehören die deutsche Bundesregierung und die sie stützenden Parteien und auch die meisten Medien in Deutschland. Sie sehen Verantwortung und Schuld an der Krise vor allem bei den Mitgliedsländern der Eurozone, die zu Umschuldungen gezwungen waren und sich daher den Auflagen (Konditionalität) der EU und des IWF unterwerfen mussten. Wie schon im Verlauf der Schuldenkrise der Länder der „Dritten Welt“ in den vergangenen Jahrzehnten werden harte Einschnitte bei Sozialausgaben verlangt, soziale und wirtschaftliche Rechte der Bürgerinnen und Bürger ausgehebelt, die politische Souveränität des Gemeinwesens eingeschränkt.

Der wissenschaftliche Beirat von ATTAC meldet sich zur schweren Eurokrise vor allem aus zwei Erwägungen zu Wort.

Erstens wird an Griechenland, Irland und anderen verschuldeten Ländern ein Exempel des Abbaus sozialer Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte statuiert. Dieses verfolgt den Zweck, durch Sozialabbau Mittel frei zu machen, die als Schuldendienst an die an den Rand der Insolvenz geratenen Finanzinstitute geleitet werden. Das ist im griechischen Fall besonders deutlich eine Auflage des IWF, der von der EU eingeladen worden ist, seine in der Schuldenkrise der Dritten Welt vor Jahrzehnten erworbene Expertise nun in der EU zur Geltung zu bringen. Sollte dieser Anschlag auf das schon schwach genug ausgeprägte europäische Sozialmodell gelingen, könnte in Zukunft harte Austeritätspolitik zur europäischen Regel werden. Den Anfängen muss gewehrt werden, die gegenwärtige Attacke auf die sozialen Errungenschaften muss daher entschlossenen europaweiten Widerstand erfahren. Demonstrationen in Athen, Dublin, Lissabon und Paris oder Rom allein reichen nicht, der Widerstand muss auch nach Berlin und Brüssel ausgedehnt werden, wenn die EU als ein soziales, ökologisches und demokratisches Modell gestaltet werden soll.

Zweitens könnte das durchaus mögliche Ende des Euroraums in ganz Europa und darüber hinaus ein Chaos auslösen, das unfriedlich enden könnte. Zwei Jahrzehnte seit den Maastricht-Verträgen zur europäischen Währungsunion sind eine lange Zeit. Was 1991 richtig gewesen wäre, nämlich das Experiment einer Währungsunion ohne eine demokratische Regulation der europäischen Ökonomie bleiben zu lassen (das war auch die Auffassung vieler Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats zu jener Zeit), ist 2011 definitiv falsch. Michail Gorbatschows Wort bleibt richtig: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Der Euro ist im Jahr 2011 eine europäische Realität, die gegen die destruktiven Tendenzen der Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise gestützt werden muss, um das Abrutschen in ein ökonomisches Chaos und vermeidbare politische Konflikte zu verhindern.

Das Projekt der monetären Integration Europas kann aber nur gerettet werden, wenn eine Politikwende eingeleitet wird. Spannungen und Krisen sind unvermeidlich, wenn in Deutschland die Lohnstückkosten gesenkt werden, während sie in allen anderen Ländern des Euroraums ansteigen.
Dafür sind die Regierungen ebenso verantwortlich wie die Gewerkschaften, die sich in Deutschland mit im europäischen Vergleich viel zu niedrigen Lohnabschlüssen in den vergangenen Jahrzehnten begnügt haben. Die sich deshalb unweigerlich ergebenden Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen haben in Ländern mit einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit auch die Zunahme von Schulden und spiegelbildlich in Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss mit entsprechendem Aufbau der Geldvermögen zur Folge. Die Ungleichgewichte wirken sich als schwere Krise des Euroraums aus, weil es keine adäquaten nationalstaatlichen Ausgleichsmechanismen mehr gibt und auf europäischer Ebene der Ausgleich den gar nicht neutralen und erst recht nicht effizienten Marktmechanismen überlassen wird.

Das gegenwärtige Krisenmanagement verlangt Anpassungen von den verschuldeten Ländern, nicht aber von den Überschussländern. Der strukturelle Fehler, der schon zum Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems in den 1970er Jahren beigetragen hat, wird im Euroraum wiederholt. Nur bricht heute kein Festkursystem in seine Bestandteile nationaler Währungen auseinander. Vielmehr könnte eine seit mehr als einem Jahrzehnt existierende Währungsunion implodieren bzw. kollabieren. Die Bestandteile nationaler Währungen müssten heute erst wieder erfunden werden. Dazu sind die Voraussetzungen im Euroraum höchst unterschiedlich, und daher wäre der Prozess außerordentlich konfliktreich. Angesichts des Umgangs der politischen Klasse in der EU mit dem Regelsystem der Anpassungen bei Leistungsbilanzungleichgewichten muss bezweifelt werden, dass diese die ungleich kompliziertere Aufgabe der Verhinderung des Kollapses bewältigen kann.

Der wissenschaftliche Beirat entwickelt im Folgenden Vorschläge und Forderungen zur Umgestaltung des Euroraums. Diese werden im Sinne der von ATTAC propagierten und praktizierten „ökonomischen Alphabetisierung“ in eine knappe, doch nachvollziehbare argumentative Struktur gebracht. Es geht um Aufklärung über Ursachen, Verlaufsformen, mögliche Folgen der Krise und wie sie überwunden werden kann.

1. Eine gefährliche Dynamik: von der Schuldenkrise der Privaten zur Schuldenkrise der Staaten, zur Währungskrise, zur geopolitischen Auseinandersetzung

Als eine Ursache der gegenwärtigen Krise werden die überbordenden Staatsschulden in der Eurozone angegeben. Diese sind tatsächlich von 2006 bis Ende 2010 im Durchschnitt der 16 beteiligten Länder des Euroraums um mehr als zehn Prozentpunkte von 68,4% auf 79,2% des Bruttoinlandsprodukts hochgeschnellt. Die vor ziemlich genau 20 Jahren verbindlich eingeführten Maastricht-Kriterien erlauben nur eine Höchstgrenze von 60%. Das staatliche Budgetdefizit hat sich im Krisenverlauf seit 2006 im Durchschnitt des Euroraums von 1,4% auf 6,3% fast verfünffacht, der Maastricht-Grenzwert ist 3,0%. Die im Schuldenstrom versinkenden Staaten reißen die Euro-Währung mit in den Strudel, heißt es. Da bietet sich ein Vergleich mit anderen Währungsräumen an. Die USA, Großbritannien, und Japan erst recht, haben eine höhere Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt als die meisten Länder der Eurozone. Die Budgetlücke der USA beträgt 2010 1537 Mrd. USD, das sind 10,4% des BIP.
Aus der Höhe der Staatsverschuldung allein lassen sich daher keine dramatischen politischen Schlussfolgerungen ableiten. Denn die Dynamik der Wirtschafts- und Finanzkrise seit ihrem Ausbruch 2007 muss in Rechnung gestellt werden. Inzwischen ist deutlich: Die Finanzkrise der Privaten hat sich in eine Schuldenkrise der Staaten verwandelt. Diese setzt sich nun auch als Währungskrise, als Eurokrise fort. Da andere Währungsräume betroffen sind, wird aus der nationalen Staatsschuldenkrise einiger Länder und der Krise des Euro sogleich eine geopolitische Krise, in die auch der US-Dollarraum, der japanische Yen, der chinesische Renminbi und andere Währungsräume hineingezogen sind.
Nun zeigt es sich, dass Währungspolitik Hegemonialpolitik ist, dass in Währungskrisen auch machtpolitische Kontroversen ausgetragen werden.

2. Die Legitimität eines Teils der Schulden ist fraglich, denn die Verschuldung der Staaten ist eine Folge der Rettung privater Banken

Die gegen einzelne Eurostaaten und den Euro insgesamt spekulierenden Banken und Fonds stammen zum größten Teil aus dem Euroraum selbst. Sie können die Freiheiten der Kapital- und Währungsmärkte nutzen, weil noch nicht einmal die schwachen Ansätze einer Regulation der Finanzmärkte nach der Explosion der gegenwärtigen Finanzkrise im Jahre 2008 wirksam fortentwickelt worden sind. Die Bekenntnisse von Regierungsvertretern und aus der Kommission zu einer wirksameren Regulation der Finanzmärkte und Finanzinstitute und das Versprechen (z.B. des EU-Kommissars für Binnenmarkt und Dienstleistungen Michel Barnier, SZ 1.2.11), dass Deregulierung nicht mehr zur „Gewohnheit“ werden dürfe, werden regelmäßig zu einem bloßen Appell „an das Verantwortungsbewusstsein und die Mäßigkeit der Banken“ (so Barnier) heruntergestuft.
Das reicht aber nicht, denn schon die Beträge, um die es geht, verlangen konkrete Eingriffe. Griechenland hat vor allem Schulden gegenüber Finanzinstituten aus Frankreich (75 Mrd. Euro), der Schweiz (64 Mrd.) und Deutschland (43 Mrd.); in Spanien halten deutsche, französische, niederländische und britische Banken den Löwenanteil der Forderungen. In Portugal sind Banken aus Spanien die größten Kreditgeber, gefolgt von Banken aus Deutschland und Frankreich. Irland hat Schulden von fast 1000 Mrd. US-Dollar, davon halten deutsche und britische Banken jeweils etwa 200 Mrd. US-Dollar.
Den Staatsschulden, die von den Medien als Skandal behandelt werden, entsprechen also Bankforderungen in etwa gleicher Höhe, hinter denen sich wiederum private Geldvermögen verbergen. Die Verteilung ist in Europa so ungleichmäßig wie die Leistungsbilanzen ungleichgewichtig sind.
Also kann es nicht nur eine „lockere Haushaltspolitik“ in den heutigen Krisenstaaten (in den abschätzig so genannten PIIGS, das sind wegen ihrer Anfangsbuchstaben Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) gewesen sein, die die Staatsschulden hat wachsen lassen.

Mitverantwortlich ist auch eine Umverteilungspolitik, die die Bildung großer privater Geldvermögen gefördert hat, die in Staatspapieren angelegt wurden, die nun von den Staaten zu bedienen sind. Dazu haben der Druck auf die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, eine die mobilen Produktionsfaktoren (Kapital) begünstigende und immobile Produktionsfaktoren (Arbeit) benachteiligende Steuerpolitik beigetragen. Klar, es gibt und gab Verschwendung, Korruption und es werden und wurden Fehler gemacht. Das griechische Fakelaki-System der kleinen und großen Korruption kennen und kritisieren die Griechen selbst, da muss man nicht erst mit dem Finger drauf zeigen.
Griechische Parlamentsabgeordnete haben daher eine Kommission zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Schulden und wer dafür verantwortlich ist vorgeschlagen. Denn die enormen Schulden Griechenlands sind auch aufgelaufen, um
(a) die beim Beitritt zum Euroraum erwarteten Steuersenkungen zu Gunsten hoher Geldvermögen finanzieren zu können,
um (b) Militärgerät vor allem in Deutschland oder Frankreich einzukaufen,
um (c) die ausufernden Kosten der olympischen Spiele von 2004 (bis zu 20 Mrd. Euro werden genannt) bezahlen zu können.
(d) Auch die verbreitete transnationale Korruption, dafür ist der Siemens-Konzern inzwischen gerichtsnotorisch, nährt Zweifel an der Legitimität der griechischen Staatsschulden. Vielleicht kann sogar deren Rechtmäßigkeit (gemessen an internationalen Normen) in Frage gestellt werden. Auch in anderen Ländern Europas wird an der Legitimität der überbordenden Schulden gezweifelt.

Es handelt sich, vergleichbar den Schulden in den Ländern Lateinamerikas in den 1980er Jahren, um *„odious debts“*, abscheulich und verhasst. Damals lauteten die Fragen: Sind Staatsschulden als Folge von Waffenkäufen der Militärdiktaturen oder zur Finanzierung der Kapitalflucht einer Kompradorenbourgeoisie oder wegen der transnationalen Korruption legitim? Muss das Volk für Schulden haften, die seine Unterdrücker gemacht haben?
Die Lage in Europa 2011 kann mit jener Lateinamerikas in den 1980er Jahren nicht verglichen werden. Doch die Frage nach der Legitimität bleibt politisch und die nach der Legalität auch rechtlich aktuell, und sie muss beantwortet werden.
Im Euroraum waren es vor allem die gewaltigen Rettungspakete für die privaten Banken und Fonds, die geschnürt wurden, um die Verluste von Spekulation und Gier privater Banken und Banker auszugleichen, die heute für die Schuldendienstbelastung der Staaten hauptverantwortlich sind. Das hat die EZB in einer Studie mit dem deutlichen Titel „The janus headed salvation“ gezeigt. Denn nach dem Zusammenbruch der Lehman-Bank im September 2008 haben die notleidenden Ban-

ken einen Teil ihrer faulen Papiere auf Staatskosten in „bad banks“ entsorgen können. Sie wurden zudem aus öffentlichen Mitteln mit frischem Haftungskapital ausgestattet, und zwar ohne dass die Regierungen Einfluss auf die Geschäftspolitik der „verstaatlichten“ Banken genommen hätten. Bürgschaften wurden von den Staaten übernommen, und es wurde ihnen ein fast unbegrenzter Zugang zu billigem Zentralbankgeld gewährt. In Deutschland hat allein der Soffin des Bundes inzwischen 136 Mrd. Euro zur Rettung der Banken aufgewendet. Das sind Mittel, die die Staatsverschuldung nach oben treiben, wenn sie nicht aus Steuern oder durch Einsparungen in anderen Posten des Haushalts aufgebracht werden. Die Öffentlichkeit zahlt also, ohne dafür politischen Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken zu bekommen. Die Staatshilfen an die Banken sind also alles andere als eine Verstaatlichung. Der Staat wird von den privaten Finanzinstituten in Dienst genommen.

In der Folge der Bankenrettung durch die öffentliche Hand verringert sich das Kreditausfallrisiko der Finanzinstitute. Spiegelbildlich steigt dieses für den öffentlichen Sektor an. Die erwähnte Studie der EZB spricht von einem „Transfer der Kreditrisiken vom Banksektor zu den Regierungen“. Die Kreditausfallversicherungen (die berüchtigten CDS, die vom Spekulanten Warren Buffett als „finanzielle Massenvernichtungsmittel“ bezeichnet wurden) konnten die Banken seit 2008 billiger erwerben, die Staaten nur noch teurer. Wenn Umschuldungen anstehen, müssen von den Regierungen entsprechend hohe Risikoaufschläge gezahlt werden. An wen? An die eben von den Staaten mit viel Geld wiederbelebten Banken. Sie können also nicht nur Gebühren einnehmen, sondern auch höhere Zinsen wegen des auf den öffentlichen Sektor transferierten Risikos durchsetzen.

3. Rating-Agenturen sind politische Institutionen und müssen demokratisch kontrolliert werden

Dabei stehen ihnen die Rating-Agenturen zur Seite, die die „Qualität“ von Staatsanleihen wegen der zunehmenden Verschuldung herabstufen. Unter dem Einfluss von Rating-Agenturen und internationalen Organisationen (IWF und EU) verlieren die Regierungen die Souveränität der Etat-Gestaltung. Das ist ein schwer wiegender Eingriff in demokratische Prärogative. Je niedriger das Rating, desto teurer die Umschuldung, desto mehr können die privaten Kreditgeber verlangen. Das ist wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Weil ein prognostizierter, drohender Zahlungsausfall eine Erhöhung des Schuldendienstes herbeiführt, tritt der Fall der Fälle infolge der Überlastung der Schuldendienstfähigkeit auch mit größerer Wahrscheinlichkeit ein. Daher kommt es darauf an, den von den Rating-Agenturen ausgelösten Mechanismus der erzwungenen Steigerung des Schuldendienstes verschuldeter Staaten zu stoppen. Rating-Agenturen müssen einer öffentlichen, demokratischen Kontrolle unterworfen werden, um den Mechanismus der sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu unterbinden. Am besten wäre es, die privaten Institute durch öffentliche Institutionen zu ersetzen. Die Kreditrisiken von Privaten und von Staaten zu bewerten ist eine öffentliche Aufgabe, die Verlässlichkeit und Verantwortung verlangt und nicht von dem Motiv, möglichst hohe Gewinne mit dem Rating und Consulting einzufahren, bestimmt werden darf.
Eine gründliche Reform des Rating ist auch deshalb dringlich, weil in den nächsten fünf Jahren in allen Krisenländern größere Umschuldungen der heute bereits aufgelaufenen Schulden anstehen; Neuschulden sind in den Zahlen noch nicht einmal berücksichtigt: im kleinen Irland in der Größenordnung von 26,7 Mrd Euro, in Portugal sind 56,2 Mrd Euro fällig, in Griechenland 151,6 Mrd Euro. Italien muss bis 2015 653,3 Mrd Euro aufbringen und Spanien 268,2 Mrd Euro. Da winken gute Geschäfte für die Banken, zumal zu den Altschulden noch neue Schulden hinzukommen dürften.
Der Risikotransfer vom privaten zum öffentlichen Sektor hat eine Kehrseite: den Transfer von finanziellen Ressourcen vom öffentlichen zum privaten Sektor. Mit seiner aktiven Rolle bei der Bankenrettung wirkt der Staat bei der regressiven Umverteilung mit, und die Rating-Agenturen beeinflussen die Größenordnung der Umverteilung mit den Ratings, die die Höhe der Schuldendiensttransfers vom öffentlichen zum privaten Sektor definieren. Rating-Agenturen sind also keine neutralen Sachwalter von Kreditrisiken. Sie greifen wirksam in den Prozess der sekundären Einkommensverteilung ein. Es handelt sich also um durch und durch politische Institutionen, die auch politisch kontrolliert werden müssen.

4. Ein solidarisches Management der Schulden ist europäische Aufgabe

Die Höhe des Schuldendienstes hängt nicht nur von der Höhe der Schulden, sondern auch von der Höhe der Zinsen und der Fristenstruktur der Tilgungen der Staatsschulden ab. Dabei gibt es beträchtliche Unterschiede im Euroraum, da dieser zwar über eine gemeinsame Währung verfügt, aber nicht über ein gemeinsames Management der Staatsschulden. Insbesondere die deutsche Bundesregierung und die sie tragenden Parteien verweigern sich einer europäischen Schuldenpolitik, z.B. einer gemeinsamen Haftung für die Schulden oder der Ausgabe gemeinsamer europäischer Anleihen (Eurobonds). Daher wird den Finanzmarktakteuren, insbesondere den Rating-Agenturen und Kreditversicherern, die Einschätzung des Risikos und der Risikodifferenzen innerhalb des Euroraums überlassen. So kommt es, dass hoch verschuldete Länder wegen der Risikoeinschätzung höhere Zinsen zahlen müssen als es notwendig wäre, wenn europäische Anleihen ausgegeben werden könnten. Also wäre eine Koordination der Finanzpolitik ebenso notwendig wie eine Regulation der Risikobewertung der Anleihen. Diese darf nicht privaten Institutionen, die ihre eigenen Gewinninteressen verfolgen, überlassen bleiben.

In einer Erklärung des Bundesfinanzministeriums zur „Solidarität zwischen Mitgliedstaaten“ der EU heißt es: *„Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gemeinsam und solidarisch handeln, wenn ein Mitgliedstaat Opfer eines terroristischen Anschlags oder einer Naturkatastrophe bzw. einer vom Menschen verursachten Katastrophe wird. Dasselbe gilt im Falle von Problemen im Energiebereich.“*
http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm

Der „Finanzbereich“ ist also aus der erklärten Solidarität ausgeschlossen. Sie ist daher wertlos, weil die Kosten und sonstigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise alles in den Schatten stellen, was an Schäden durch Naturkatastrophen, terroristische Anschläge oder „Probleme im Energiebereich“ verursacht worden oder in Zukunft zu erwarten ist. Die Bereitschaft, die Finanzmärkte zu regulieren, muss gegen die politische Klasse durchgesetzt werden.

5. Schuldenreduktion durch Insolvenzregeln und eine Vermögenssteuer und eine Revision des Maastricht-Vertrags

Die so selbstverständlich scheinende Forderung nach dem Abbau der Staatsschulden muss ergänzt werden um die Forderung nach einer entsprechenden Reduzierung der Geldvermögen, entweder
(a) durch einen „haircut“, d.h. durch eine Gläubigerbeteiligung an der Schuldenreduzierung, oder
(b) durch eine wirksame Besteuerung der Vermögen oder durch eine Kombination beider Maßnahmen.
Insolvenzregeln sind so zu vereinbaren, dass die Gläubiger sich an den Kosten der Krise beteiligen. Dabei sollte klar sein, dass der „haircut“ nicht nur eine quantitative Schulden- und daher gleichzeitige Vermögensreduktion ist. Die Finanzinstitute müssen dabei gründlich umstrukturiert werden: bei den Sparkassen in Spanien (cajas) angefangen bis zu den deutschen Skandal- und Pleitebanken, der IKB, HRE und den Landesbanken, die großen Privatbanken nicht ausgenommen. In vielen Fällen wird eine Bilanzverkürzung notwendig sein, d.h. die Institute werden nach dem Schnitt kleiner dimensioniert sein. Dann stellt sich sogleich die Frage nach der „Systemrelevanz“, mit der die staatlichen Billionenhilfen begründet worden sind, neu.
Generell muss die politische Kontrolle der Banken intensiviert werden. Kontrolle ist mehr als ein bloßer Appell, der deshalb so häufig von politischen Repräsentanten gehört werden kann, weil er billig zu haben ist.

Die Vermögenssteuern, die in den Jahren der boomenden Finanzmärkte auf Druck der Finanzlobby überall in Europa reduziert oder ganz abgeschafft worden sind, müssen in allen europäischen Staaten wieder eingeführt werden, wie überhaupt das Volumen der Unternehmenssteuern (Körperschaftssteuern) gesteigert werden muss. Dabei kommt es nicht nur auf die Erhöhung des Aufkommens an, sondern auch darauf, Schritte aus dem ruinösen und die Politik korrumpierenden Steuerwettbewerb zwischen EU-Staaten zu tun.

Im Euroraum ist die Ausgabenseite des Budgets mit den Maastricht-Kriterien strikt geregelt, auch wenn die Budgetwirkungen der Finanzkrise einen dicken Strich durch das Regelwerk gemacht haben. Die Einnahmeseite des Budgets hingegen unterliegt dem „Standortwettbewerb“. Dabei werden Vorteile mit komparativ niedrigen Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen angestrebt. Einige Länder bieten sogenannten Investoren eine niedrige „flat tax“, und drücken dann das Niveau der Unternehmenssteuern und Steuern auf Kapitaleinkünfte und Vermögen im gesamten Euroraum nach unten. Dadurch werden erstens Gerechtigkeitskriterien verletzt, da diese Vorteile nur zu Gunsten von Einkommen der mobilen Produktionsfaktoren wahrgenommen werden können, nicht bei der Versteuerung von Einkommen immobiler Produktionsfaktoren. Dadurch erodieren zweitens die Staatseinnahmen und drittens werden auf diese Weise Geldvermögen frei, die von ihren Besitzern zur Spekulation auf Finanzmärkten genutzt werden. Eine Regulation der Finanzmärkte verlangt daher unbedingt eine wirksame Besteuerung der Unternehmen und der Vermögen sowie Kapitaleinkünfte.

6. Die Gefahr einer inflationären Geldentwertung

Die Reduktion der Schulden und die Verringerung von Geldvermögen können, wie in der Vergangenheit schon sehr oft, auch inflationär erfolgen.
Die von vielen befürchtete Inflation kündigt sich bereits in Gestalt der Steigerung der Rohstoffpreise und des Goldpreises an.
Die Inflation würde jedoch nicht nur die Geldvermögensbesitzer treffen. Die würden sich sogar zur Wehr setzen können, weil sie über das know-how der Spekulation verfügen, das normale Bezieher von Kontrakteinkommen ohne Vermögen nicht haben. Auch dafür können die verschuldeten lateinamerikanischen Länder in den 1980er Jahren als ein lehrreiches Beispiel dienen.
Die inflationäre Reduzierung der Schulden würde die Verteilungsungleichheit auf die Spitze treiben und muss daher unbedingt verhindert werden.
Das wird nicht gelingen, obwohl dies immer wieder versucht wird, indem so genannte Sekundäreffekte von Preissteigerungen durch die Zentralbank unterbunden werden: Preissteigerungen von Rohstoffen (vor allem von Öl) sollen nicht durch Lohnsteigerungen aufgefangen werden, weil diese nach neoliberaler Auffassung eine sekundäre Runde von inflationären Preissteigerungen auslösen. Wenn die Gewerkschaften und die Lohnabhängigen zu einem Reallohnverlust bereit sind, könnte die Rechnung aufgehen, aber nur dann. Rohstoffpreissteigerungen haben damit zu tun, dass viele Rohstoffe den Höhepunkt ihrer Gewinnung erreicht haben („Peak everything“) und das Angebot nicht mehr so gesteigert werden kann wie die Nachfrage. Dies lässt sich nicht mit einer Politik der Inflationsbekämpfung korrigieren. Da müssten langfristige Maßnahmen eingeleitet werden, die die rohstoff- und vor allem energieintensiven Produktions- und Konsummuster verändern.
Die Preissteigerungen auf Rohstoffmärkten sind auch eine Folge der finanziellen Spekulation und daher muss Politik gegen die Inflation auch die Finanzmärkte regulieren. Die sich immer wieder aufbauenden spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten können durch Besteuerung der Vermögen in Verbindung mit einer Restrukturierung der Finanzinstitute „entlüftet“ werden. Viele Finanzinstitute sind überflüssig, weil ihr Beitrag zur produktiven Entwicklung der Wirtschaft eher negativ und wie im Fall der HRE für die Allgemeinheit sehr teuer ist.

7. Keine technokratische, eine demokratische Politik gegen die Krise

Diejenigen politischen Kräfte, die innerhalb des Euroraums gegen eine Vermögensbesteuerung und eine wirksame Gläubigerbeteiligung an der Umstrukturierung von Schulden agitieren, setzen darauf, dass die nationalen Regierungen „auf die Schuldenbremse treten“ und die Mittel für den Schuldendienst aus den Sozialetats herauspressen, Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur, in öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheit einschränken oder unterlassen und die Altersversorgung kappen, also eine „Austerity-Politik“ betreiben. All dies ist in Griechenland, Portugal, Irland, aber auch in Spanien, Großbritannien, Frankreich und in Deutschland - ja, so muss konstatiert werden, überall in Europa geschehen und all dies befindet sich immer noch auf der Tagesordnung. Die Finanzmärkte liegen wie ein Alp auf den sozialen Systemen in aller Welt, und so auch in Europa. Von „Wirtschaftsweisen“ und anderen ernannten und selbst ernannten „Sachver-

ständigen“ wird dies als gegeben hingenommen und Austeritypolitik dann als „alternativlos“, als ein Sachzwang propagiert, dem mit vom „wissenschaftlichen Sachverstand“ ausgearbeiteten „alternativen“ Maßnahmen zu folgen sei. Technokratisch ausgerichtete Regierungen von „Fachleuten“ werden gefordert, die politisch die Marktsignale, d.h. den Abbau sozialer Rechte und die Einschränkung von demokratischen Gestaltungsspielräumen umsetzen. Die europäischen Institutionen, zuvörderst die Kommission und der Rat, sind bei diesem Prozess der Entdemokratisierung der EU und einer Technokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse sowie beim Abbau der Reste des Sozialstaats federführend. Aber auch in vielen europäischen Ländern, in der EZB und anderen europäischen Institutionen verfallen viele Menschen dem Charme der technokratischen Lösung.

Das ist eine gefährliche Tendenz der Enteignung der europäischen Bürgerinnen und Bürger von den in manchmal sehr harten Auseinandersetzungen erstrittenen sozialen und politischen Errungenschaften. Daher gilt es, gegen den Sozialabbau überall in Europa Widerstand zu organisieren. Dieser hat eine europäische Dimension, auch wenn er lokal und national aufflammt. Es ist folglich notwendig, den Widerstand europaweit und zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen, also zwischen Gewerkschaften, Umwelt- und globalisierungskrischen Bewegungen und Sozialverbänden, Kirchen etc., zu koordinieren. Dabei können auch demokratisch legitimierte Etatumschichtungen zur Reduktion von Staatsschulden ausgearbeitet werden: Eine Verringerung der Rüstungsetats, der Verzicht auf ruinös teure und keinen oder wenig Nutzen stiftende Großprojekte (Die Olympischen Spiele in Griechenland sind schon angeführt worden; in Deutschland wäre Stuttgart 21 ein Beispiel) würden den Schuldendienst sehr schnell reduzieren und Erleichterung für die angespannten Etats bringen.

Das europäische Integrationsprojekt hat es zwar bis zur Währungsunion geschafft. Aber es ist nicht bis zur Koordinierung der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik fortgeführt worden. Wirtschaftliche Integration in Europa wurde vor allem als Liberalisierung der Märkte und als Deregulierung der Politik betrieben.
Nun zwingt die Sprengkraft der Eurokrise dazu, das Projekt einer koordinierten wirtschaftspolitischen Regulierung im Euro-Raum in Angriff zu nehmen.
Der Lissabon-Vertrag müsste also geändert werden. Die Schulden von Mitgliedsländern des Euroraums sind Schulden aller Teilnehmerländer am Europrojekt. So können die Schulden einzelner Euro-Länder zinsgünstiger refinanziert und die Schuldendienstbelastung verringert werden.
Aber die Einrichtung einer Art europäischer Wirtschaftsregierung bringt auch die Gefahr mit sich, dass ein technokratisches Monstrum entsteht. Das gilt es unbedingt zu verhindern.

8. Die „Systemrelevanz“ demokratischer und leistungsfähiger Staaten

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, heißt es. Der „Risikotransfer“ mit Hilfe der Rettungspakete für die Banken verschärft die soziale Ungleichheit, er hat eine gehörige soziale und politische Sprengkraft. Eine Beteiligung der Gläubiger an der Rettungsaktion ist also effizienz- und verteilungspolitisch notwendig. Boni und Prämien für das Bankmanagement sind zu streichen, die Unternehmenssteuern und die Vermögenssteuer sind zu nutzen, um die regressive Umverteilung zu korrigieren. Der Widerstand gegen die Vermögensbesteuerung ist enorm, genauso groß wie der gegen eine schärfere Kontrolle der Finanzinstitute, eine Einschränkung der Macht der privaten Rating-Agenturen, das Verbot bestimmter Vehikel der Spekulation mit Währungen oder Staatspapieren. Aber der Widerstand gegen notwendige Reformen kann nicht davon abhalten, für die Realisierung der Reformen zu streiten.

Die Bankenrettung wurde immer damit gerechtfertigt, dass die Finanzinstitute „systemrelevant“ seien. Mag sein. Sicher aber ist, dass handlungsfähige, finanziell nicht überlastete, von privaten Gläubigern nicht abhängige, also souveräne Staaten für das „System“, und das ist heute nicht nur ein Land sondern der Euro-Raum insgesamt, unverzichtbar sind. Wie weit das politische Denken in Teilen der politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten auf den Hund gekommen ist, zeigt sich daran, dass ihnen die Rettung einer spekulierenden Bank vor der Pleite „systemrelevanter“ scheint als die Rettung eines Staats aus einer durch eben diese Bank mitverschuldeten Schuldenfalle. Die Staaten sind auch die Arenen, in denen soziale Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Sie sind folglich auch für gesellschaftliche Initiativen, für Reformbewegungen „von unten“ bedeutsam. Daher sind Lösungen für die Krise der Staatsfinanzen von höchster Dringlichkeit für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

Auch die externen Wirkungen der Eurokrise müssen in einer „interdependenten Welt“ beachtet werden. Sie sind nicht weniger bedeutsam als die internen Krisenerscheinungen. Denn der Euroraum ist ein weltwirtschaftliches Schwergewicht, und daher haben seine Krisen sogleich Auswirkungen anderswo, z.B. in Ostasien, in der arabischen Welt oder im transatlantischen Verhältnis zu den USA.

9. Ein europaweiter Ratschlag über den Widerstand gegen die Krisenfolgen

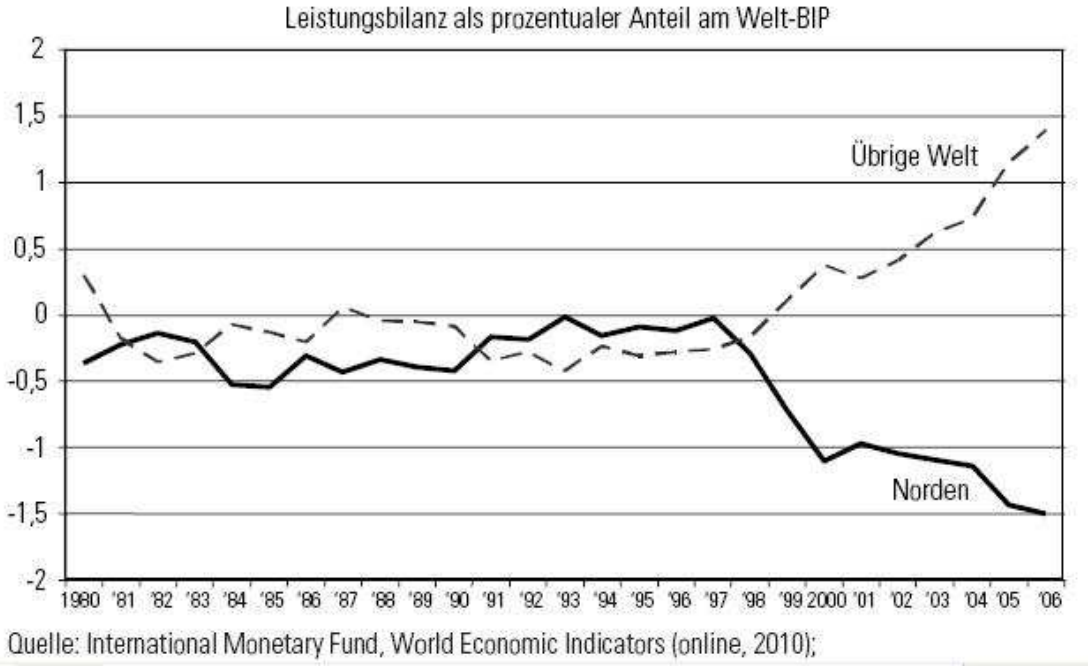
Es scheint, als ob von so manchen politisch Verantwortlichen der Zerfall des Euroraums in Kauf genommen würde, um radikale Reformen, wie sie hier vorgeschlagen werden, zu vermeiden. Kurzfristige Status-quo-Interessen überwiegen längerfristige Entwicklungsperspektives für ein soziales, demokratisches, ökologisches, friedliches Europa. Es gilt also auch Aufklärung zu betreiben und damit zugleich im Sinne der ökonomischen Alphabetisierung die sozialen und politischen Bedingungen der Umsetzung der Forderungen und Vorschläge zu verbessern. Dies kann lokal und im nationalen Rahmen erfolgen, es muss aber auch europaweit geschehen. Denn die gegenwärtige Krise des Euro ist eine bedrohliche europäische Krise. Gute Konzepte allein reichen freilich nicht, sie müssen auch politisch umgesetzt werden. Um das „wie“ zu beraten, sollten die Veranstaltungen, Konferenzen, Tagungen in der nächsten Zeit genutzt werden. Denn die Lage ist ernst, Weichen werden gestellt, und es ist notwendig, sich einzumischen, um die Richtung zu bestimmen, in die das europäische Projekt bewegt wird. Das Europäische Sozialforum oder die europäische Sommerakademie von ATTAC werden Gelegenheit bieten, das weitere Vorgehen zu beraten.

Beverly J. Silver / Giovanni Arrighi

Das Ende des langen 20. Jahrhunderts

Auszug aus dem Buch „Vielfachkrisen" im finanzmarktdominierten Kapitalismus
Alex Demirovic / Julia Dück /Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)
In Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac

Abbildung 2: Leistungsbilanz des globalen Nordens und der übrigen Welt



Quelle: International Monetary Fund, World Economic Indicators (online, 2010);

Vor fast 20 Jahren, kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, wies der britische Historiker Eric Hobsbawm auf ein verbreitetes Gefühl der Verunsicherung hin: In welche Richtung würde sich die Welt entwickeln? Wir scheinen uns durch einen »*globalen Nebel*« zu tasten. Am Ende des 20. Jahrhunderts wussten die Bürger der Welt »*mit Gewissheit nur, dass ein historisches Zeitalter zu Ende gegangen war. Sehr viel mehr wussten sie nicht.*«[1] In den zwei Jahrzehnten, seit dies geschrieben wurde, hat das neue Zeitalter weiter Gestalt angenommen, aber der »*globale Nebel*« hat sich nicht gelichtet.

Die Einschätzungen zur Richtung des globalen Wandels gingen wild hin und her. Ende der 1990er Jahre blickten die USA auf eine lange Phase wirtschaftlicher Erholung zurück und niemand hätte die globale militärische Macht der USA ernsthaft in Frage stellen können. Daher war überall zu hören, es werde zu einem »*zweiten amerikanischen Jahrhundert*« kommen. Ihren Höhepunkt erreichten solche Prognosen in der Zeit nach der Asienkrise von 1997. Dann aber wendete sich das Blatt, als 2000 und 2001 die Börsenblase der New Economy platzte, die USA im Irak Schiffbruch erlitten und die Bush-Administration mit ihrem »Project for a New American Century« scheiterte. Mit der von den USA ausgehenden Finanzkrise 2008 und dem anhaltenden rapiden Wirtschaftswachstum Chinas verflüchtigte sich das Gerede von einem »*zweiten amerikanischen Jahrhundert*«. Stattdessen begann man, über ein bevorstehendes »chinesisches Jahrhundert« zu spekulieren. Und der mögliche Niedergang der US-amerikanischen globalen Vorherrschaft wurde nun in einem Maße zum Thema, wie es seit den 1970er Jahren nicht mehr geschehen war, als die Niederlage der USA in Vietnam, der Ölschock und die wirtschaftliche Stagflation das Gefühl einer tiefen Krise hervorgerufen hatten.

Welchen Reim können wir uns auf diese extrem wechselhaften Einschätzungen bezüglich des neu angebrochenen Zeitalters der Weltgeschichte machen? Wir wollen in diesem Beitrag zeigen, dass der Vergleich mit ähnlichen früheren Umbruchphasen dazu beitragen kann, sowohl die wechselhaften Einschätzungen zu verstehen, als auch den globalen Nebel zu lichten, von dem wir immer noch umgeben sind.[2] Aber mit welcher früheren historischen Zeit sollten wir die heutige ver-

1 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 688.

2 Wir fassen hier einige der wesentlichen Befunde aus unseren früheren Untersuchungen zusammen. Wir verzichten an dieser Stelle darauf, die ganze Fülle des historischen und theoretischen Materials anzuführen, auf das sich unsere Analysen stützen. Eine ausführliche Darstellung der hier skizzierten Überlegungen findet sich (einschließlich ausführlicher Literaturhinweise) in folgenden Texten: Giovanni Arrighi: *The Long Twentieth Century: Money, Power and the Origins of Our Times*, London u.a. 1994 (zweite Auflage mit einem neuen Nachwort, 2010); Giovanni Arrighi und Beverly J. Silver: *Chaos and Governance in the Modern World System*, Minneapolis 1999; Arrighi und Silver: »Capitalism and World (Dis)Order«, *Review of International Studies*, 2001, Bd. 27, S. 257-279; Silver und Arrighi, »Polanyi's ›Double Movement‹: The Belle Époques of British and U.S. Hegemony Compared«, *Politics & Society*, 2003, Bd. 31, Nr. 2, S. 325-355; Silver: *Forces of Labor: Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin 2005; Arrighi: *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, Hamburg 2008.

gleichen? Heute wird meistens auf die Ähnlichkeiten zwischen dem Anfang und dem Ende des 20. Jahrhunderts hingewiesen. In beiden Fällen gewann das Finanzkapital eine vorherrschende Stellung gegenüber dem industriell operierenden Kapital in der globalen Ökonomie. Außerdem war die Finanzialisierung der Wirtschaftstätigkeit jedes Mal mit destabilisierenden Effekten verbunden, die zu schweren Krisen führten, insbesondere 1929 und 2008.

Diese beiden Phasen der Finanzialisierung sind in der Tat vergleichbar. Aber nicht nur am Ende des 19. und am Ende des 20. Jahrhunderts stieg das Finanzwesen zum dominierenden Sektor des Weltkapitalismus auf. Der französische Historiker Fernand Braudel hat darauf hingewiesen, dass die Finanzialisierung des Kapitals ein wiederkehrendes Phänomen im historischen Kapitalismus seit seinen frühesten Anfängen ist. Braudel, der in den 1970er Jahren schrieb (also vor Beginn der letzten Finanzialisierungsphase), konnte drei Phasen der systemweiten finanziellen Expansion mit drei verschiedenen Zentren ausmachen: Mitte des 16. Jahrhunderts in den italienischen Stadtstaaten, Mitte des 18. Jahrhunderts in Holland und Ende des 19. Jahrhunderts im Vereinigten Königreich. Um die gegenwärtige (vierte) Phase systemweiter finanzieller Expansion verstehen zu können, scheint es uns am sinnvollsten, sie mit diesen drei früheren Fällen zu vergleichen.

Wie der heutigen Finanzialisierungsphase gingen auch den drei früheren jedes Mal lange Phasen voraus, in denen die globale Ökonomie *materiell expandierte* – in denen also das Kapital vor allem in Produktion und Handel floss und weniger in finanzielle Vermittlungs- und Spekulationsgeschäfte. Nacheinander gewannen Genua, Holland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten weltweite Überlegenheit, indem sie zum Motor eines *materiellen Wachstumsschubs* der globalen Ökonomie wurden (siehe z.B. das von den USA eingeleitete Goldene Zeitalter des fordistischen Keynesianismus in den 1950er und 1960er Jahren). An einem bestimmten Punkt stießen diese materiellen Expansionen an ihre Grenzen (aus Gründen, die wir noch behandeln werden), und wenn das geschah, initiierte die führende Macht der jeweiligen Epoche eine systemweite Verschiebung der Investitionen aus der Produktion und dem Handel in die finanzielle Vermittlung und Spekulation.

Eine Phase der materiellen Expansion gefolgt von einer Phase der finanziellen Expansion haben wir als *langes Jahrhundert* oder als systemischen Akkumulationszyklus bezeichnet. Vier, sich teilweise überlappende lange Jahrhunderte oder systemische Akkumulationszyklen können wir unterscheiden: Erstens einen genuesisch-spanischen Zyklus, der vom 15. Jahrhundert bis Anfang des 17. Jahrhunderts andauert; zweitens einen niederländischen Zyklus vom Ende des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts; drittens einen britischen Zyklus von Mitte des 18. bis Anfang des 20. Jahrhunderts; und viertens einen US-amerikanischen Zyklus von Ende des 19. Jahrhunderts bis heute. Jeder Zyklus ist nach dem spezifischen Komplex aus staatlichen und unternehmerischen Agenturen benannt (und durch ihn bestimmt), die das kapitalistische System zu der materiellen und anschließenden finanziellen Expansion brachten, die zusammengenommen ein langes Jahrhundert bilden.

In allen drei von Braudel diskutierten Fällen konnte das jeweils führende kapitalistische Land durch die finanzielle Expansion auf dramatische Weise seine Macht wieder stärken und zu wirtschaftlicher Prosperität zurückkehren (so erlebten die Niederlande ihr zweites Goldenes Zeitalter oder Großbritannien seine viktorianische *belle époque*). Aber in jedem der Fälle waren die Rückgewinnung von Macht und wirtschaftliche Erholung nur von kurzer Dauer. Braudel sah in der Umlenkung der Investitionen aus Produktion und Handel in den Finanzsektor, wie sie nacheinander von den genuesischen, den niederländischen und den britischen Kapitalisten ab einem bestimmten Punkt eingeleitet wurde, das Anzeichen dafür, dass die materielle Expansion »ein Stadium der Reife« erreicht hatte, sich gewissermaßen »der Herbst« ankündigte.[3] Jedes Mal stellte sich heraus, dass die Finanzialisierung das Vorspiel einer endgültigen Krise globaler Hegemonie und des Aufstiegs eines neuen geografischen Zentrums zur weltweit führenden Wirtschafts- und Militärmacht war.

Wiederholt sich dieses Muster heute wieder? Erleben wir den »Herbst« der US-amerikanischen Welthegemonie? In diesem Beitrag wollen wir zeigen, das die Finanzkrise von 2008 einen der letzten Hinweise darauf darstellt, dass diese These zutrifft. Als die auf dem fordistischen Keynesianismus beruhende massive materielle Expansion im Weltmaßstab in den 1980er Jahren an ihre Grenzen stieß, verlagerte sich das US-Kapital zunehmend auf Finanzgeschäfte und zog sich aus Industrie und Handel zurück, so wie es vor ihm das genuesische, niederländische und britische Kapital getan hatte. Durch diese Ausrichtung auf den Finanzsektor gelang es den USA, Kapital aus der ganzen Welt anzulocken und damit die lang anhaltende Hausse am Aktienmarkt sowie eine extreme militärische Aufrüstung zu finanzieren. Unter diesem Druck kollabierte die Sowjetunion, während die USA unter Reagan und Clinton ihre *belle époque* erlebten. Die Erinnerung an die Krise der 1970er Jahre war Ende der 1990er Jahre verblasst und man begann vom bevorstehenden »zweiten amerikanischen Jahrhundert« zu sprechen.

Aus der hier entwickelten Perspektive betrachtet sitzen die Auguren des »zweiten amerikanischen Jahrhunderts« einem Missverständnis auf – den »Herbst« der US-amerikanischen Welthegemonie halten sie für einen »neuen Frühling«. Wir erleben also mit anderen Worten das Ende des *langen 20. Jahrhunderts*, das sich über die Zeitdauer von der Finanzialisierungsphase am Ende des 19. Jahrhunderts bis zur heutigen Aufblähung des Finanzsektors erstreckte. Dieses lange Jahrhundert deckt sich mit dem Aufstieg, der Blüte und dem Niedergang des US-amerikanischen Zeitalters der kapitalistischen Weltgeschichte. Außerdem wollen wir der Frage nachgehen, ob wir später einmal rückblickend im »Herbst« der globalen ökonomischen und militärischen Macht der USA den »Frühling« einer neuen Hegemonialmacht erkennen werden, wie es in den drei vorhergehenden Finanzialisierungsphasen der Fall war.

Wiederholungen

In drei Schritten wollen wir die heutige Finanzialisierungsphase mit früheren und das lange 20. Jahrhundert mit den vorhergehenden langen Jahrhunderten vergleichen. In diesem Abschnitt werden wir Ähnlichkeiten zwischen den drei früheren Phasen der Finanzialisierung herausarbeiten und auf Muster der *Wiederholung* im zeitlichen Verlauf hinweisen. Im nächsten Abschnitt werden wir auf Muster der *Entwicklung* oder der Entfaltung hinweisen. Denn die langen Jahrhunderte sollten nicht in erster Linie als wiederkehrende (zyklische) Phänomene verstanden werden. Während jeder der finanziellen Expansionen, die Anfang und Ende eines langen Jahrhunderts markierten, wurde das Weltsystem auf grundlegende Weise

3 Braudel, a.a.O., S. 268.

reorganisiert. Wir wollen zeigen, wie aus diesen wiederholten Reorganisationen ein evolutionäres Muster entsteht, das die zunehmende Größe, Macht und Komplexität – *einschließlich der gesellschaftlichen Komplexität* – der dominierenden staatlich-unternehmerischen Komplexe beschreibt.

Mit Hilfe dieser Muster von Wiederholung und Entwicklung lässt sich eingrenzen, welche zukünftigen Alternativen diesmal vor uns liegen könnten. Im letzten Abschnitt dieses Beitrags werden wir aber sehen, dass vieles dafür spricht, dass sich die vergangenen Muster der Wiederholung und Entwicklung nicht einfach in die Zukunft projizieren lassen. Im Schlussteil werden wir auf bedeutsame *Anomalien* hinweisen, die eine Abweichung der zukünftigen Entwicklung von den früheren Mustern erwarten lassen, und abschließend »mögliche Zukunftsszenarien« erörtern.

Fernand Braudel kommt im zweiten und dritten Band seiner dreibändigen *Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts* wiederholt darauf zu sprechen, dass die periodischen Aufschwünge des Finanzwesens ein Merkmal des historischen Kapitalismus seit seinen frühesten Anfängen bilden. Der »Finanzkapitalismus«, schreibt Braudel, tritt »nicht erst um 1900 in Erscheinung«. Er verweist auf mindestens zwei frühere Wellen der finanziellen Expansion, in denen das Finanzkapital stark genug wurde, um »sich des Handelsplatzes zu bemächtigen und – eine Zeitlang – die gesamte Geschäftswelt zu beherrschen«.[4] Die erste Welle der Finanzialisierung setzte etwa 1560 ein, als sich führende Gruppen der genuesischen Geschäftsdiaspora allmählich aus dem Handel zurückzogen und auf Finanzgeschäfte spezialisierten; die zweite begann um 1740, als die Holländer den Handel aufgaben und »Kredithändler für ganz Europa« wurden.[5]

So gesehen sind die finanziellen Expansionen, die Ende des 19. Jahrhunderts und erneut Ende des 20. Jahrhunderts begannen, die dritte und vierte Welle eines sich wiederholenden Prozesses auf Weltsystemebene. Als während und nach der Großen Depression von 1873 bis 1896 deutlich wurde, dass »das fantastische Experiment der industriellen Revolution« eine Überfülle an Geldkapital erzeugt hatte, dem es an gewinnbringenden industriellen Anlagemöglichkeiten fehlte, zogen sich die Briten zunehmend aus der Industrie zurück und spezialisierten sich auf Finanzgeschäfte. Während Braudel seine Trilogie schrieb, hatte die vierte, gegenwärtige Welle der Finanzialisierung noch nicht eingesetzt, aber heute können wir in ihr eine Wiederholung des gleichen Phänomens erkennen: Als sich in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts herausstellte, dass das Goldene Zeitalter des fordistischen Keynesianismus einen Überfluss an Geldkapital geschaffen hatte, dem es an profitablen industriellen Anlagemöglichkeiten fehlte, verlagerte das US-Kapital seinen Schwerpunkt von der industriellen Produktion auf den Finanzsektor. Der Anteil der von Banken, Versicherungen und mit Immobiliengeschäften (im so genannten FIRE-Sektor: *finance, insurance, real estate*) erzielten Gewinne am *weltweiten* Gesamtprofit der US-amerikanischen Unternehmen war bis Mitte der 1990er Jahre so weit angestiegen, dass er den Anteil der Industrie übertraf.[6]

Braudels Erkenntnisse zum zyklischen Wiederaufleben des Finanzkapitals lassen sich auf sinnvolle Weise in Marx' allgemeiner Formel des Kapitals ausdrücken, die von vielen als Beschreibung der Investitionsentscheidungen individueller Kapitalisten begriffen wird.[7] In der Hoffnung, zu irgendeinem zukünftigen Zeitpunkt eine vergrößerte Summe zurückzubekommen, stecken die Kapitalisten ihr Geldkapital in Waren, die für die Produktion gebraucht werden (Maschinen, Arbeitskraft usw.). Die Produktion ist für sie kein *Selbstzweck*. Wenn sie nicht erwarten können, dass sich ihr Geldkapital durch Investitionen in die Produktion vergrößert, oder wenn diese Erwartung in systematischer Weise enttäuscht wird, dann werden sie sich tendenziell aus der Produktion zurückziehen und sich flexibleren (flüssigeren) Investitionsformen zuwenden.

Aber Marx' Formel kann auch als Beschreibung einer systemischen Logik verstanden werden. Es gibt Zeiten, in denen die Kapitalisten überwiegend dazu neigen, den Großteil ihres Geldkapitals in der Produktion und im Handel zu investieren, was zu Phasen umfassender materieller Expansion führt. Aber gerade der Erfolg solcher materieller Wachstumsschübe erzeugt eine Überakkumulation von Kapital und damit einen Rückgang der Profitrate in den Geschäftszweigen, die zunächst die materielle Expansion angetrieben hatten. Die Profite geraten unter Druck und die Kapitalisten wechseln ihre Strategie: Einen immer größeren Teil ihres Kapitals halten sie in flüssiger Form und schaffen damit auf der »Angebotsseite« die Voraussetzungen für eine finanzielle Expansion im Gesamtsystem. Finanzialisierungsschübe sind daher symptomatisch für eine Situation, in der das Investieren in die Ausweitung von Handel und Produktion für den Zweck, den Geldfluss für die Schicht der Kapitalisten zu steigern, nicht mehr so dienlich ist wie reine Finanzgeschäfte.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die bisherigen finanziellen Expansionen dem führenden kapitalistischen Staat der jeweiligen Epoche vorübergehend wieder zu Macht und Reichtum verhelfen konnten (wie es jüngst an der *belle époque* der Reagan-Clinton-Zeit zu sehen war). Wie kommt es dazu? Ganz grob lässt es sich so skizzieren: Die Verlangsamung der materiellen Expansion, die mit dem Einsetzen der finanziellen Expansion verbunden ist, setzt den Staat fiskalisch unter Druck. Im Gegenzug entfesselt dieser eine schärfere Konkurrenz um das an den Finanzmärkten angehäufte mobile Kapital und treibt damit die finanzielle Expansion auf der »Nachfrageseite« voran. Dank ihrer nach wie vor zentralen Stellung in den Netzwerken der Hochfinanz war die jeweilige hegemoniale Weltmacht (die Niederlande, Großbritannien, die USA) in der Lage, die verschärfte Konkurrenz um mobiles Kapital zu ihrem Vorteil zu nutzen und sich einen privilegierten Zugang zu dem an den Weltfinanzmärkten akkumulierten überschüssigen Kapital zu verschaffen. Deutlich zu sehen war das in den 1980er und 1990er Jahren, als es den USA gelang, mobiles Kapital aus der ganzen Welt anzulocken, was ihnen einen lang andauernden Boom und anderen Teilen der Welt schwere Schuldenkrisen bescherte. Zu den ersten großen Schuldenkrisen kam es Anfang der 1980er Jahre in Lateinamerika, für deren Folgen die Vereinten Natio-

4 Braudel, a.a.O., S. 676.

5 Braudel, a.a.O., S. 167, 175, 262f., 268.

6 Greta R. Krippner: »The Financialization of the American Economy«, *Socio-Economic Review*, Bd. 3 (2005), S. 173-208.

7 Marx' allgemeine Formel des Kapitals (im 1. Band des *Kapitals*) lautet G-W-G'. G ist Geldkapital, dass in W (Waren wie Arbeitskraft, Maschinen und Rohmaterialien) investiert wird, und G' ist das dem Kapitalisten zukommende Geldkapital, wenn die produzierten Waren verkauft worden sind. Ist G' größer als G, so hat der Kapitalist einen Profit gemacht. Wäre G' ständig geringer als G, so gäbe es keinen Profit und die Kapitalisten hätten weder als Individuen noch als Klasse einen Anreiz, in die Produktion zu investieren.

nen den Ausdruck von der »verlorenen Entwicklungsdekade« prägten. Es folgten Schuldenkrisen in Osteuropa und Ostasien.

In der Vergangenheit kam die materielle Expansion im Gesamtsystem immer erst dann wieder in Schwung, wenn eine neue hegemoniale Macht die dafür erforderlichen globalen institutionellen Voraussetzungen (in finanzieller, geopolitischer und sozialer Hinsicht) schaffen konnte. Dann reinvestierten die Kapitalisten ihre Profite wieder gewohnheitsmäßig in die weitere Ausweitung von Produktion und Handel, wie es in den 1950er und 1960er Jahren zu beobachten war, nachdem die von den USA gestifteten globalen Institutionen ein gewisses Maß an Sicherheit und Vorhersehbarkeit garantieren konnten. Die Schaffung solcher globaler Institutionen ist aber kein schneller oder einfacher Prozess. In der Vergangenheit büßten die niedergehenden Mächte ihre Fähigkeit, die notwendigen globalen institutionellen Bedingungen aufrechtzuerhalten, ein, bevor aufsteigende Mächte eine Führungsrolle übernehmen konnten oder wollten. Die Übergänge von einem langen Jahrhundert zum nächsten bilden daher in der Geschichte Zeitabschnitte großer Kriege und tiefer Krisen. Nur zu deutlich wurde das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, im Übergang von der britischen zur US-amerikanischen Hegemonie. Es zeichnet sich ab, dass die Welt heute vor einem ähnlichen Dilemma steht.

Interessanterweise fällt Marx in seiner Behandlung der »ursprünglichen Akkumulation« ein historisches Muster auf: Die Aufblähung des Kreditsystems spielte wiederholte Male eine zentrale Rolle für den Transfer überschüssigen Kapitals vom niedergehenden zum aufsteigenden geografischen Zentrum der kapitalistischen Produktion und des Handels. Die von Marx beobachtete Abfolge beginnt mit dem »verfallende[n] Venedig«, das große Geldsummen an Holland lieh; gefolgt von Holland, dessen »Hauptgeschäft … das Ausleihen ungeheurer Kapitalien, speziell an seinen mächtigen Konkurrenten England« wird, als »es aufgehört [hat], herrschende Handels- und Industrienation zu sein«; und schließlich vergab England schon zur Zeit von Marx Kredite an die Vereinigten Staaten.[8] In der gesamten Lebensspanne des historischen Kapitalismus spielte also die Ausweitung des Kreditsystems mehrmals eine entscheidende Rolle, um die Kapitalakkumulation in einem neuen geografischen Zentrum wieder anzukurbeln – oder in der von uns gewählten Terminologie: Finanzielle Expansionen waren unentbehrlich für den Start eines neuen systemischen Akkumulationszyklus.[9]

Anders gesagt waren die finanziellen Expansionen in der Geschichte Zeiten *hegemonialer Übergänge*, in deren Verlauf sich in den Zwischenräumen des alten Systems eine neue Führungskraft herausbildete. Indem diese das System nach und nach reorganisierte, schuf sie die Voraussetzungen für eine neue weltweite materielle Expansion. Finanzialisierungsschübe waren nicht nur der »Herbst« des existierenden Hegemons, sie markierten auch den »Frühling« eines neuen umfassenden Zyklus kapitalistischer Entwicklung unter einer neuen Führung – also den Beginn eines neuen langen Jahrhunderts mit einem anderen geografischen Zentrum. Weil dieser Prozess keineswegs ruhig und einfach verläuft, kulminierten finanzielle Expansionen in recht lang andauernden Phasen von weit verbreitetem systemischen Chaos.

Evolution

Abbildung 1: Evolutionäre Muster des Weltkapitalismus

Organisationsform der Führungsmacht	Regimeform/Zyklus: extensiv (kosmopolitisch-imperial)	Regimeform/Zyklus: intensiv (unternehmerisch-national)	internalisierte Kosten: Schutz	Produktion	Transaktion	Reproduktion
Weltstaat		USA	Ja	Ja	Ja	Nein
		UK	Ja	Ja	Nein	Nein
Nationalstaat		Niederlande	Ja	Nein	Nein	Nein
		Genua	Nein	Nein	Nein	Nein
Stadtstaat						

Im vorhergehenden Abschnitt haben wir uns auf die Ähnlichkeiten zwischen den langen Jahrhunderten konzentriert. Würden wir von diesen Mustern der Wiederholung ausgehen, so kämen wir zu dem Schluss, dass wir uns gegenwärtig im »Spätherbst« der US-amerikanischen Welthegemonie befinden und den »Vorfrühling« eines neuen langen Jahrhunderts mit einem anderen geografischen Zentrum (eventuell Ostasien) erleben. Wir müssten auch einigermaßen beunruhigt darüber sein, dass wir in eine mehr oder wenige lange Phase des systemischen Chaos geraten (oder bereits geraten sind), die mit enormem menschlichem Leid verbunden sein wird. Aber eben weil sich das globale System im Laufe der Zeit weiterentwickelt hat, können wir aus den Mustern der Wiederholung nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf die heutige Situation und die absehbare Zukunft ziehen. In diesem Abschnitt konzentrieren wir uns auf Muster der Entwicklung.

Abb. 1 (siehe folgende Seite) stellt das historische Entwicklungsmuster dar, das sich aus den wechselnden Merkmalen der »Machtbehälter« ergibt, in denen die jeweils führenden Organe (d.h. die vorherrschenden staatlich-unternehmerischen Komplexe) der vier langen Jahrhunderte angesiedelt waren: die Republik Genua, die niederländische Republik, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.[10] Ein zentraler Aspekt des in Abb. 1 skizzierten Entwicklungsmusters ist die tendenzielle Zunahme von Größe, Macht und Komplexität der vorherrschenden staatlich-unternehmerischen Komplexe von einem langen Jahrhundert zum nächsten.

Als Genua im Mittelpunkt der materiellen Expansion stand, war die Republik Genua ein Stadtstaat. Er war klein, einfach organisiert, gesellschaftlich tief gespalten und konnte sich militärisch kaum verteidigen. Im Vergleich zu allen damaligen Großmächten war er in fast jeder Hinsicht ein schwacher Staat. Da Genua aufgrund seines Reichtums ein verlockendes Ziel von Eroberungen darstellte, die Stadt aber über keine nennenswerte militärische Macht verfügte, waren die Genuesen von den spanischen

8 Karl Marx: *Das Kapital*, Band 1, Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 783f.

9 Wir können uns diesen Prozess als eine Reihe sich überlappender S-Kurven vorstellen. Die Überlappung zeigt an, dass ein neuer systemischer Akkumulationszyklus bereits beginnt, wenn die noch vorherrschende Macht an ihre Grenzen stößt.

10 Die genauere historische Darstellung der hier zusammengefassten Entwicklungsmuster findet sich in Arrighi: *The Long Twentieth Century* und Arrighi/Silver: *Chaos and Governance in the Modern World System*.

Monarchen abhängig, von denen sie sich »Schutz kauften«. Im Gegensatz dazu war die niederländische Republik eine größere und weitaus komplexere Organisation als die Republik Genua. Während der von Holland ausgehenden materiellen Expansion war die Republik stark genug, um ihre Unabhängigkeit von der spanischen Krone zu gewinnen, ein höchst profitables Imperium von Handelsniederlassungen aufzubauen und sich die militärischen Herausforderungen seitens Englands und Frankreichs vom Leib zu halten. Anders als Genua mussten sich die Niederlande keinen Schutz von anderen Staaten »kaufen«; sie »produzierten« ihren eigenen Schutz. Wie in Abb. 1 gezeigt »internalisierten« also die Niederlande die Schutzkosten, die Genua externalisiert hatte.

Während der britischen Phase materieller Expansion war das Vereinigte Königreich ein voll entwickelter Nationalstaat mit einem weltumspannenden kommerziellen und territorialen Imperium, das seinen Führungsgruppen und seiner Kapitalistenklasse eine beispiellose Verfügungsgewalt über die menschlichen und natürlichen Ressourcen der Welt verlieh. Wie die niederländische war auch die britische kapitalistische Klasse nicht auf den Schutz durch fremde Mächte angewiesen (d.h. beide internalisierten die Schutzkosten). Aber als »Werkstatt der Welt« war Großbritannien zudem nicht darauf angewiesen, dass andere die Güter produzierten, auf denen die Profitabilität seiner Handelsgeschäfte beruhte – anders als die Niederlande internalisierten die Briten also auch die Produktionskosten.

Die Vereinigten Staaten waren schließlich ein militärisch-industrieller Komplex von kontinentaler Größe mit der Macht, sich selbst wirksam zu schützen und seinen Feinden auf glaubwürdige Weise mit wirtschaftlicher Erdrosselung oder militärischer Vernichtung zu drohen. In Verbindung mit der Größe, dem Inselcharakter und den natürlichen Reichtümern der Vereinigten Staaten ermöglichte es diese Macht der kapitalistischen Klasse, die Schutz- und Produktionskosten zu internalisieren, wie es zuvor die britische Kapitalistenklasse getan hatte. Aber indem sie vertikal integrierte multinationale Unternehmen aufbaute, konnte die US-amerikanische Kapitalistenklasse auch die »Transaktionskosten« internalisieren, also die Märkte, auf denen die Selbstverwertung ihres Kapitals beruhte.

Ausgehend von den hier dargestellten Entwicklungsmustern, kämen wir zu dem Schluss, dass die für einen zukünftigen systemischen Akkumulationszyklus erforderliche staatlich-unternehmerische Organisationsform die USA an Größe und Komplexität übertreffen müsste. Kein einzelnes Land kommt dafür in Frage. So ist China zwar sehr viel größer, aber trotz einiger Jahrzehnte rapiden wirtschaftlichen Wachstums immer noch sehr viel ärmer. Die in Abb. 1 dargestellte Entwicklung weist daher in Richtung irgendeiner Art von »Weltstaat«.

Der eindeutig lineare Trend zunehmender Größe und Komplexität wird jedoch teilweise durch einen anderen Aspekt des historischen Musters abgeschwächt, der in Abb. 1 als Pendelbewegung zwischen »extensiven« und »intensiven« Akkumulationsregimes dargestellt ist. Die mit Hoheitsrechten ausgestatteten holländischen Handelsunternehmen wie die Niederländische Ostindien-Kompanie (VOC) waren *formell* komplexere Organisationen als die familiären geschäftlichen Netzwerke der Diaspora genuesischer Kapitalisten. Aber die im Familienbesitz befindlichen Textilbetriebe der aufblühenden britischen Industrie waren von geringerer formeller Komplexität als die holländischen Chartergesellschaften; außerdem hing der umfassende weltweite Erfolg des britischen Kapitals davon ab, auf neue und komplexere Weise Strategien und Strukturen zum Einsatz zu bringen, die den kosmopolitischen genuesischen Kapitalismus mit dem globalen spanischen Territorialismus verbunden hatten. Die US-amerikanischen multinationalen Firmen waren wiederum formell komplexer als die britischen Familienbetriebe, während der weltweite Erfolg des US-Kapitals darauf beruhte, in neuen und komplexeren Formen auf Strategien und Strukturen zurückzugreifen, wie sie der niederländische Unternehmenskapitalismus hervorgebracht hatte.

Was kann uns diese Pendelbewegung zwischen »extensiven« (kosmopolitisch-imperialen) und »intensiven« (unternehmerisch-nationalen) Regimes, die den linearen Trend zunehmender Komplexität überlagert, über heutige Entwicklungsperspektiven sagen? Sollte sich dieses Muster fortsetzen, dann müsste das nächste lange Jahrhundert von einem staatlich-unternehmerischen Komplex angeführt werden, der im Vergleich zu dem »intensiven« Regime der USA einen »extensiven« Charakter hat – allerdings von größerer formeller Komplexität als während der von England ausgehenden materiellen Wachstumsphase des Weltsystems im 19. Jahrhundert. Wir wollen es hier bei dem Hinweis belassen, dass die mit dem Postfordismus verbundenen vielschichtigen Zuliefersysteme und andere Formen der flexiblen Produktion (die nicht zufällig zum größten Teil in Ostasien herausgebildet wurden) Anzeichen einer Pendelbewegung zurück in die »extensive« Richtung sein könnten.[11]

Wie problematisch es ist, diesen linearen Trend in die Zukunft zu verlängern, wird deutlicher, wenn wir uns die gegenwärtige Spaltung zwischen der Kontrolle über die globalen finanziellen und der Kontrolle über die globalen militärischen Ressourcen vergegenwärtigen. Während erstere in Ostasien konzentriert ist, liegt letztere vor allem bei den USA. Eine solche Spaltung hatte es bisher noch nie gegeben. Was das möglicherweise bedeutet, werden wir im folgenden Abschnitt diskutieren.

Anomalien

Die historisch einmalige geografische Zweiteilung von militärischer und finanzieller Macht stellt eine bemerkenswerte Anomalie dar. Die US-amerikanischen multinationalen Konzerne investierten massiv in China und wiederholten damit das von Marx beobachtete historische Muster: Überschüssiges Kapital wird von den niedergehenden zu den aufsteigenden Zentren transferiert. In deutlicher Abweichung vom bisherigen Muster verlief jedoch diesmal der *Netto*zustrom von überschüssigem Kapital *seit Beginn* der von den USA angeführten Finanzialisierung *vom aufsteigenden zum niedergehenden* Wirtschaftszentrum – insbesondere in Form massiver ostasiatischer, zuerst japanischer, später chinesischer Käufe von US-Staatsanleihen. Wie in früheren hegemonialen Übergängen verlor die niedergehende Hegemonialmacht (USA) ihre Stellung als weltweit führender Gläubiger und wurde zur Schuldnernation. Im Fall der USA hat sich dieser Prozess mit einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß vollzogen, wie er historisch beispiellos ist (siehe Abb. 2).

Die militärischen Kapazitäten von globaler Bedeutung sind jedoch zum allergrößten Teil in den Händen der USA konzentriert. Nichts deutet darauf hin, dass irgendeine der aufstrebenden Wirtschaftsmächte – einschließlich Chinas – die Absicht hegt, die militärische Macht

11 Ausführlicher hierzu: Arrighi: *The Long Twentieth Century*, und Arrighi/Silver: *Chaos and Governance in the Modern World System*, Kapitel 2 und Schlussfolgerungen.

der USA in direkter Weise herauszufordern. Aber selbst ohne eine direkte Bedrohung verfügen die USA nicht mehr über die nötigen finanziellen Mittel, um ihren weltweiten Militärapparat zu unterhalten (der sie schon jetzt tiefer und tiefer in die Verschuldung an den internationalen Finanzmärkten treibt). Das Scheitern des von der Bush-Administration betriebenen »Project for a New American Century« hat zudem deutlich werden lassen, dass es den USA nicht gelungen ist, durch Vorführung ihrer militärischen Stärke die Welt ihrem Willen zu unterwerfen oder der Eskalation systemweiter gesellschaftlicher und politischer Krisen etwas entgegenzusetzen.

Ein Zukunftsszenario, das dem in Abb. 1 wiedergegebenen historischen Muster folgt – also die Herausbildung eines Weltstaats –, würde voraussetzen, dass sich der Weltstaat auf irgendeine Weise Zugriff auf die globalen Kapitalüberschüsse verschaffen könnte, die sich heute zum größten Teil im globalen Süden, insbesondere in Ostasien, befinden. Durch die jüngste Einbeziehung einiger großer Länder des globalen Südens in die G7-Treffen der reichen Nationen (zum Beispiel die G-20-Treffen) wird diese Voraussetzung mehr oder weniger offen anerkannt und wenigstens ansatzweise begriffen, dass ein vom Westen oder Norden dominiertes Weltstaatprojekt (das in erster Linie auf einem Bündnis zwischen den USA und Westeuropa beruhen würde) keine realistische Option mehr ist. Zum ersten Mal fehlt es dem Westen an einer der zwei wichtigsten Zutaten für seine fünfhundertjährige Erfolgsgeschichte: Zugriff auf überschüssiges Kapital. Es handelt sich hier um eine deutliche Anomalie in Bezug auf die früheren hegemonialen Übergänge, die bisher stets Machtwechsel *innerhalb* des Westens und globalen Nordens waren.

Der Aufstieg Chinas und alternative Zukunftsszenarien

Wenn die Herausbildung eines vom Westen beherrschten Weltstaats unwahrscheinlich ist, wie steht es dann um die Möglichkeit, dass China selbst zum Zentrum einer neuen materiellen Expansion des Kapitalismus auf Weltebene im 21. Jahrhundert werden könnte? Zunächst sollten wir Überlegungen ausklammern, die für diese Frage bedeutungslos sind. Nach der ostasiatischen Finanzkrise von 1997/98 bezeichneten viele den Aufstieg Ostasiens als reine Illusion; und heute ist überall zu hören, dass China kurz vor einer Finanzkrise stehe, in der sich zeigen werde, dass die Aussagen zum Aufstieg Chinas übertrieben waren. Ob China eine schwere Finanzkrise erleben wird, steht noch in den Sternen. Aber eine solche Krise wäre auch kaum von Bedeutung für die Frage, ob sich das Zentrum der weltweiten Kapitalakkumulation in Richtung China verlagert hat und weiter verlagern wird. Im Schlusskapitel von *Chaos and Governance in the Modern World System* haben wir darauf hingewiesen, dass es in der Geschichte die neu entstehenden Zentren der weltweiten Kapitalakkumulation waren, die von den schwersten Finanzkrisen getroffen wurden – London 1772, New York 1929 –, weil ihrer finanziellen Potenz die institutionelle Fähigkeit zur Verwaltung der anschwellenden Kapitalströme hinterherhinkte. Es wäre albern zu behaupten, der Crash an der Wall Street von 1929 bis 1931 und die folgende Große Depression zeige, dass sich das Epizentrum der Kapitalakkumulation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts *nicht* in die USA verlagert habe. Genauso albern wäre es, aus den Finanzkrisen in Ostasien am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass es in der Vergangenheit immer erst dann zu systemweiten Schüben der materiellen Expansion gekommen ist, wenn die aufsteigende Wirtschaftsmacht hegemonial im Sinne Gramscis werden konnte – also die Welt mit neuen globalen institutionellen Arrangements (auf finanzieller, geopolitischer und gesellschaftlicher Ebene) ausstatten konnte, um so die Sicherheit und Verlässlichkeit zu schaffen, die für eine materielle Expansion auf breiter Basis erforderlich ist. Weil sich die Welt vom einen zum nächsten langen Jahrhundert auf grundlegende Weise weiterentwickelt hat, haben sich auch diese globalen Institutionen von Jahrhundert zu Jahrhundert grundlegend gewandelt.

Heute wie damals sind die Schranken, die einer neuen materiellen Expansion im Weg stehen, in gleicher Weise *gesellschaftlicher* wie ökonomischer Natur. In *Chaos and Governance* haben wir dargestellt, wie jedes neue Hegemon in der Lage sein muss, auf die Forderungen eines breiteren Spektrums sozialer Bewegungen einzugehen. Das oben beschriebene Entwicklungsmuster zunehmender Größe, Ausdehnung und Komplexität beinhaltet auch das Anwachsen *gesellschaftlicher Komplexität*. Die dauerhafte Etablierung der US-amerikanischen Hegemonie nach dem Zweiten Weltkrieg (und der Start des systemweiten materiellen Wachstumsschubs) beruhte nicht nur auf der Überlegenheit ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht. Es bedurfte vielmehr auch politischer Maßnahmen, mit denen sich die von breiten Massen getragenen sozialistischen Arbeiterbewegungen und nationalen Befreiungsbewegungen zumindest teilweise ruhig stellen ließen. Die von den USA angeregten Lösungen – ein Sozialpakt des Massenkonsums für die Arbeiter im globalen Norden, Entkolonialisierung und das Versprechen auf Entwicklung für den globalen Süden – konnten nur vorübergehend funktionieren, weil sie im Rahmen des historischen Kapitalismus nicht auf Dauer tragbar waren. Denn die vollständige Umsetzung dieser Lösungen hätte aufgrund ihrer beträchtlichen Umverteilungseffekte zu einer Profitklemme geführt.

Die erste Krise der US-Hegemonie am Ende der 1960er und in den 1970er Jahren war in der Tat in hohem Maße ein gesellschaftspolitisches Ereignis, das von einer weltweiten Welle sozialer Unruhen in der Ersten und in der Dritten Welt ausgelöst wurde. Die Forderung dieser vielfältigen Bewegungen bestand im Wesentlichen darin, auf eine schnellere Einlösung der impliziten oder expliziten Versprechen der US-Hegemonie zu pochen. Diese Krise markierte das Ende der von den USA angetriebenen materiellen Expansion und sie war gleichermaßen ein ökonomisches und ein gesellschaftspolitisches Ereignis – oder genauer gesagt: Beide Elemente waren miteinander verzahnt. Die finanzielle Expansion am Ende des 20. Jahrhunderts stellte für die Kapitalisten der USA und den US-Staat eine vorübergehende Lösung dieser miteinander verkoppelten Krisen dar und führte zur *belle époque* der 1990er Jahre. Die Finanzialisierung, also der massive Rückzug des Kapitals aus Produktion und Handel und seine Verlagerung in Finanz- und Spekulationsgeschäfte, schwächte die sozialen Bewegungen weltweit – im globalen Süden vor allem durch den Mechanismus der Schuldenkrisen, im globalen Norden durch Massenentlassungen in den Zentren der Arbeiterbewegungen.

Alle bisherigen langen Jahrhunderte hatten eine grundlegende gesellschaftspolitische Reorganisation des globalen Systems zur Voraussetzung – z.B. die Beendigung des atlantischen Sklavenhandels unter der britischen Hegemonie oder das Ende des offiziellen Kolonialismus unter US-Hegemonie. Welche Art von grundlegender Reorganisation wäre heute erforderlich, wenn wir von der hier vorgestell-

ten Analyse ausgehen? Als Erstes müsste eine neue Welthegemonie (ob sie nun von einem einzelnen Staat, einer Staatenkoalition oder einem Weltstaat angeführt würde) angesichts der Finanzmacht des globalen Südens ein höheres Maß an Gleichheit zwischen globalem Süden und Norden herbeiführen.

Sollte sich der Trend zunehmender gesellschaftlicher Komplexität fortsetzen, dann würde es zu einer solchen Angleichung zwischen Nord und Süd zumindest teilweise dadurch kommen, dass ein breiteres Spektrum der von unten ausgehenden sozialen Bewegungen integriert wird. (Die weit verbreiteten sozialen Unruhen in China, die sich seit Ende der 1990er Jahre in städtischen und ländlichen Gegenden entwickelt haben, könnten zusammen mit den auf sie bezogenen Maßnahmen der chinesischen Regierung Vorläufer eines weiteren Schubs in Richtung größerer gesellschaftlicher Komplexität im Weltmaßstab sein.)

Aber was würde das konkret bedeuten? Das bringt uns zu einem dritten Punkt, der in Abbildung 1 herausgestrichen wird und auf den wir noch nicht eingegangen sind. Alle früheren Welthegemonien beruhten darauf, dass die Reproduktionskosten der Arbeitskraft und der Natur *externalisiert* wurden. Das heißt, in allen bisherigen materiellen Wachstumsschüben war die Profitabilität daran gebunden, dass die natürliche Umwelt als kostenloser Input für die Produktion behandelt wurde. Außerdem wurden nur einer kleinen Minderheit der ArbeiterInnen auf der Welt die vollen Kosten (oder annähernd vollen Kosten) der Reproduktion ihrer Arbeitskraft gezahlt. Ein großer Teil der Reproduktionskosten wurde vielmehr auf nicht entlohnte Tätigkeiten im Haushalt und in den Gemeinden abgewälzt (wie Subsistenzlandwirtschaft oder unbezahlte Kinder-, Alten- und Krankenpflege im Haushalt).

Mit dem ressourcenhungrigen und verschwenderischen Modell der Massenproduktion und -konsumtion im Stil des »American way of life« wurden die Reproduktionskosten der Natur im langen 20. Jahrhundert in extremer Weise externalisiert. Außerdem war Entwicklung für alle ein ausdrückliches Versprechen der US-Hegemonie (unter anderem im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen institutionell verankert) – das heißt, alle sollten den »American way of life« erreichen können. Mit der Krise in den 1970er Jahren und insbesondere durch den Ölschock wurde zum ersten Mal deutlich, dass es sich um ein »falsches« Versprechen handelte.

Mahatma Gandhi hatte schon 1928 festgestellt: »Der ökonomische Imperialismus eines einzigen kleinen Insel-Königreichs [England] hält heute die ganze Welt in Ketten. Falls eine ganze Nation von dreihundert Millionen [Indiens damalige Bevölkerung] den gleichen Weg einschlagen sollte, würde sie die Welt wie Heuschrecken kahl fressen.«[12]

Die von Gandhi vor über 80 Jahren formulierte Erkenntnis ist noch heute von grundlegender Bedeutung: Der Aufstieg des Westens beruhte auf einem ökologisch nicht tragbaren Modell, das nur solange funktionieren konnte, wie die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung von diesem Entwicklungspfad *ausgeschlossen* blieb. Angesichts der oben erörterten geografischen Umverteilung ökonomischer Macht im Weltmaßstab ist völlig offen, wie die Beteiligung an diesem Konsumstil auf einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung eingeschränkt werden könnte. Aber jeder ernsthafte Versuch, den »American way of life« zu verallgemeinern, würde unweigerlich zu sozialen, politischen und ökologischen Konflikten führen, die eher die Basis einer lang gestreckten Phase systemischen Chaos denn einer neuen materiellen Expansion bilden dürften.

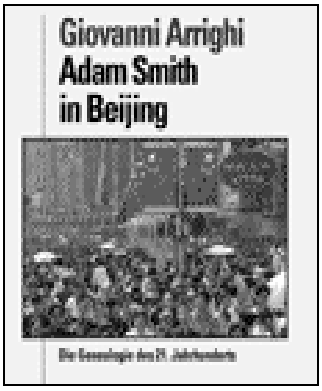
Auf der einen Seite ist nicht absehbar, wie das 21. Jahrhundert die extreme globale Ungleichheit, die sich im Laufe der letzten Jahrhunderte herausgebildet hat, politisch, gesellschaftlich und ökonomisch weiter verkraften kann. Auf der anderen Seite ist schwer vorstellbar, dass China (und der globale Süden insgesamt) weiter aufsteigen könnte, ohne auf grundlegende Weise den historischen Kapitalismus, wie wir ihn kennen, zu transformieren. Ihr weiterer Aufstieg würde die Eröffnung eines alternativen Entwicklungspfads erfordern, der sich vom ressourcenintensiven westlichen Modell der kapitalistischen Entwicklung unterscheidet – ein Pfad, der weniger Ressourcen verschwendet und der nicht darauf beruht, das die große Mehrheit der Weltbevölkerung von seinen Früchten *ausgeschlossen* bleibt.[13]

Wir haben das Ende des langen 20. Jahrhunderts erreicht. Das Akkumulationsmodell, das die materielle Expansion dieses Jahrhunderts angetrieben hat, kann keine Basis für eine neue materielle Expansion im 21. Jahrhundert sein. Eine neue weltweite materielle Expansion erfordert ein völlig anderes gesellschaftliches, geopolitisches und ökologisches Modell, das sich nicht nur vom Modell des 20. Jahrhunderts unterscheidet, sondern auch von den vorhergehenden langen Jahrhunderten. Daher ist es eine offene Frage, ob wir das, was entstehen wird, noch sinnvoller Weise als ein weiteres »langes Jahrhundert« des historischen Kapitalismus werden bezeichnen können, oder ob wir rückblickend feststellen werden, dass wir auch das Ende des historischen Kapitalismus erreicht haben.

Aus dem Amerikanischen von Christian Frings

Danke an den VSA-Verlag.

Dieser Artikel ist in dem sehr empfehlenswerten, im Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac-D erschienenen Sammelband "Vielfachkrise" erschienen



12 Zitiert nach Ramachandra Guha: *Environmentalism: A Global History*, New York: Longman 2000, S. 22 (deutsche Übersetzung nach Arrighi: *Adam Smith in Beijing*, S. 477f.).

13 In Arrighi: *Adam Smith in Beijing* wird begründet, warum China möglicherweise auf das Erbe der kommunistischen Ära und das Erbe der »Fleißrevolution« aus der Kaiserzeit zurückgreifen könnte, um ein hybrides Modell zu entwickeln, das einen solchen alternativen Pfad darstellt.

Demokratie Kongress 21

Willkommen beim Demokratie-Kongress21!

Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbst!

am Sonntag, 27.02.2011 in Stuttgart, 9 bis 18 Uhr
DGB-Haus Stuttgart

Willi-Bleicher-Straße2 / Theodor-Heuß-Straße

Vorträge Informationen Debatten Erfahrungsaustausch Plena Arbeitsgruppen Workshops und Kultur

Stuttgart 21, Bankenrettung, Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg, zahlreiche kommunale Privatisierungsprojekte: Entscheidungen werden ohne Bürgerbeteiligung getroffen und durchgesetzt.

Parlamente und Parteien repräsentieren immer kleinere Ausschnitte des gesellschaftlichen Interessenspektrums. Die politische Willensbildung findet zunehmend außerhalb gewählter Gremien statt.

Der Rückzug ins Private und ein Verfall gesellschaftlicher Solidarität sind die Folgen dieser Entwicklung.

Wir diagnostizieren einen Demokratienotstand!

Der Demokratiekongress 21 soll dazu beitragen, die Entwicklungen, die zu diesem Notstand geführt haben, aufzuarbeiten und Alternativen zu entwickeln. Er ist eine „Auftaktveranstaltung" zu einer breiten Demokratiediskussion, in der anknüpfend an die Situation und den politischen Strukturen in Stuttgart

- **Zusammenhänge zwischen verschiedenen drängenden Beispielen für das Versagen repräsentativ-demokratischer Entscheidungsfindung hergestellt und untersucht werden**
- **Demokratienotstand definiert und seine Folgen verstanden werden**
- **mögliche Konsensforderungen der Teilnehmenden ausgearbeitet und Aktivitäten für konkrete politische Initiativen von unten unterstützt und angekurbelt werden**

Eingeladen sind alle, die Interesse an einer lebendigen Demokratie haben.

Eine formlose Anmeldung ist erwünscht, ein Tagungsbeitrag erbeten.

http://www.demokratie-kongress21.de/home.html

Ratschlag von attac Deutschland 1.-3. April in Braunschweig

Berichte über das Weltsozialforum in Dakar und über Tunesien, Ägypten,…

Workshops zur Erklärung von attac Österreich (Seiten 16-18 in diesem Heft)